DIW Wochenbericht

50 2025

AUF EINEN BLICK

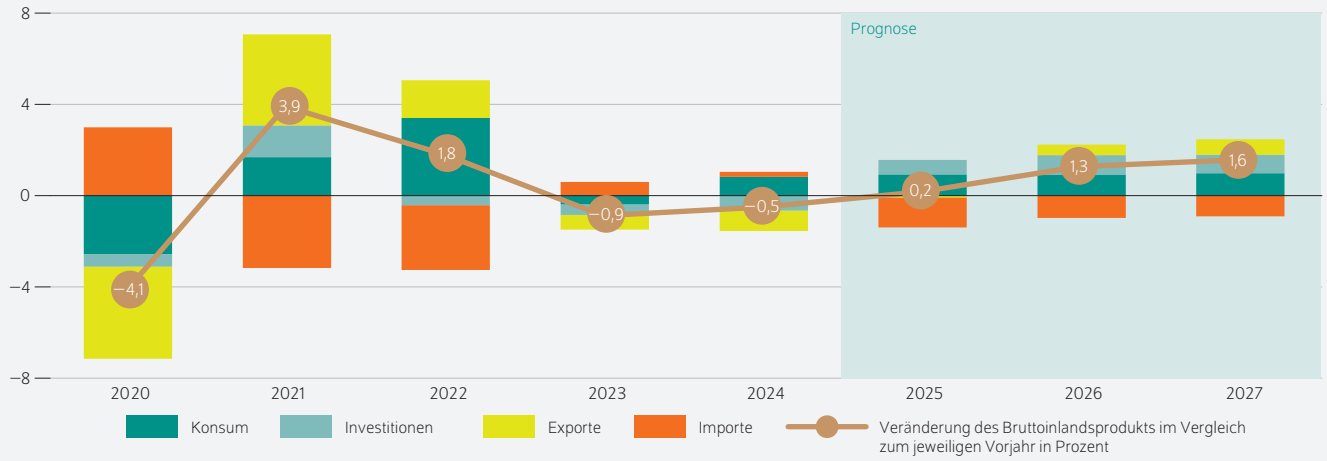
Deutsche Wirtschaft in den Startlöchern – Weltwirtschaft behauptet sich

Von den DIW-Konjunkturforscher*innen

- Deutsche Wirtschaft hat sich im laufenden Jahr stabilisiert und blickt finanzpolitisch gestütztem Aufschwung ab dem kommenden Jahr entgegen
- Maßgeblich sind hohe öffentliche Investitionen und kräftiger Staatskonsum – Strukturelle Probleme der deutschen Wirtschaft bleiben vorerst wohl ungelöst
- DIW Berlin erwartet nach Plus von 0,2 Prozent in diesem Jahr Wachstum von 1,3 im Jahr 2026 und von 1,6 Prozent im Jahr 2027
- Weltwirtschaft präsentiert sich trotz verschärfter US-Handelspolitik robuster als erwartet – Höhere Zölle bremsen zwar, globaler Handel bleibt aber dynamisch
- Prognose sieht Wachstum der weltweiten Wirtschaftsleistung um 3,3 Prozent in diesem Jahr, 3,0 Prozent im nächsten und 3,2 Prozent im übernächsten Jahr

Nach zwei Rezessionsjahren kommt der Aufschwung – vor allem dank staatlicher Konsum- und Investitionsausgaben

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



Quelle: DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

ZITAT

„Die deutsche Wirtschaft steht vor einem eher untypischen Aufschwung, denn üblicherweise wird ein Aufschwung hierzulande durch hohe Exporte, ein starkes Verarbeitendes Gewerbe und entsprechende Ausrüstungsinvestitionen getragen. Dieses Mal ist es aber in erster Linie die stark erhöhte öffentliche Nachfrage, die die Wirtschaft ankurbelt.“

— Geraldine Dany-Knedlik —

MEDIATHEK

Audio-Interview mit Geraldine Dany-Knedlik

www.diw.de/mediathek

Deutsche Wirtschaft in den Startlöchern – Weltwirtschaft behauptet sich

Von Geraldine Dany-Knedlik, Guido Baldi, Nina Maria Brehl, Hella Engerer, Angelina Hackmann, Konstantin A. Kholodilin, Frederik Kurcz, Laura Pagenhardt, Jan-Christopher Scherer, Teresa Schildmann, Hannah Magdalena Seidl, Ruben Staffa, Kristin Trautmann und Jana Wittich

EXECUTIVE SUMMARY

Die deutsche Wirtschaft hat sich im laufenden Jahr stabilisiert und blickt einem finanzpolitisch gestützten Aufschwung ab dem kommenden Jahr entgegen. Bereits seit dem Herbst liefert vor allem eine Ausweitung der öffentlichen Nachfrage wichtige konjunkturelle Impulse. Die Privatwirtschaft entwickelt sich dagegen bislang verhaltener. Globale handelspolitische Unsicherheiten, hohe Produktionskosten und strukturelle Schwächen bescheren insbesondere der deutschen Exportindustrie Sorgenfalten. Insgesamt ist die Stimmung derzeit nicht allzu fröhlich – zumal die anfängliche Zuversicht, dass die neue Bundesregierung schnell für eine Besserung der langfristigen Wachstumsaussichten sorgen würde, in den Herbstmonaten zunehmend einer Ernüchterung gewichen ist.

Im dritten Quartal stagnierte die hiesige Wirtschaftsleistung. Während private Haushalte und Unternehmen zurückhaltend agierten, verhinderte ein kräftiger Anstieg der Staatsausgaben einen neuerlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung. Der private Konsum sank trotz steigender verfügbarer Einkommen, die Sparquote legte auf 10,7 Prozent zu. Ein Faktor dürfte auch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt gewesen sein. Auch zum Jahresende wird es der Staat sein, der die Konjunktur stützt, während sich private Nachfrage und Investitionstätigkeit nur verhalten entwickeln. Vom Außenhandel sind kurzfristig keine Impulse zu erwarten. Unter dem Strich dürfte die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal um 0,2 Prozent zulegen.

Ein dynamischer Aufschwung zeichnet sich ab dem kommenden Jahr ab, wenngleich viele strukturelle Probleme wohl zunächst ungelöst bleiben. Maßgeblich ist die expansive Ausrichtung der Finanzpolitik. Die verfügbaren fiskalischen Spielräume ermöglichen steigende öffentliche Investitionen und einen kräftigen Staatskonsum. Die zunehmende inländische Nachfrage dürfte Ausrüstungsinvestitionen und Bauaktivität beleben, während sich Produktion, Beschäftigung und privater Konsum schrittweise erholen. Nach voraussichtlich 0,2 Prozent im laufenden Jahr erwartet das DIW Berlin für die kommenden beiden Jahre ein Wirtschaftswachstum von 1,3 beziehungsweise 1,6 Prozent. Entscheidend für den Aufschwung ist, dass die öffentlichen Mittel wirklich zusätzlich verwendet werden.

Die Weltwirtschaft präsentiert sich trotz der verschärften US-Handelspolitik robuster als erwartet. Höhere Zölle bremsen zwar, doch der globale Handel bleibt vor allem in Asien dynamisch. Neue US-Abkommen mit zahlreichen Ländern reduzieren die Unsicherheit und verbessern vielerorts die Unternehmensstimmung, während fiskalpolitische Impulse die Binnenmärkte stützen. Die US-Konjunktur verliert zum Jahresende an Tempo, der Euroraum wächst moderat, China verfehlt knapp sein Ziel. Für die Weltwirtschaft werden 3,3 Prozent Wachstum in diesem Jahr, 3,0 Prozent für 2026 und 3,2 Prozent für 2027 erwartet.

 DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2025-50-2

Deutsche Wirtschaft: Aufschwung dank Finanzpolitik, strukturelle Schwächen bleiben

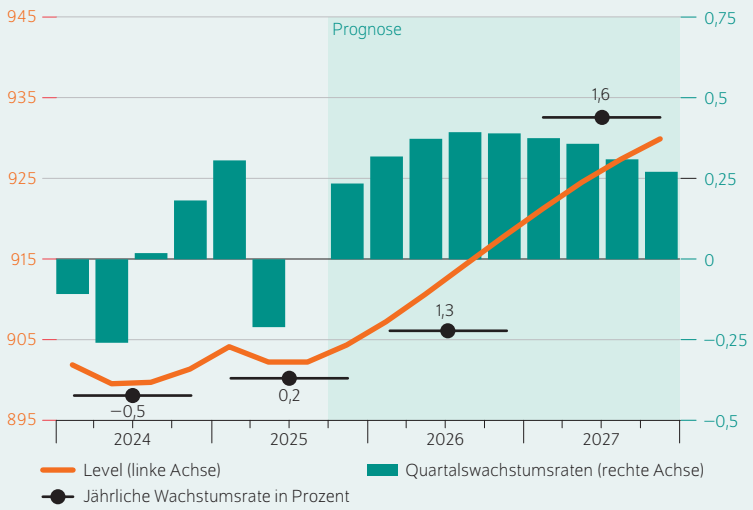
Die deutsche Wirtschaft hat sich im laufenden Jahr stabilisiert und blickt einem dynamischen Aufschwung im kommenden Jahr entgegen. Dieser dürfte vor allem von einer expansiven Finanzpolitik getragen werden. Bereits ab dem Herbst hat vor allem eine Ausweitung der öffentlichen Nachfrage die wirtschaftliche Aktivität gestützt. Die Entwicklung der Privatwirtschaft blieb dagegen hinter den Erwartungen zurück. Gebremst haben dabei nicht nur der zunehmende globale Protektionismus, sondern auch strukturelle Schwächen der deutschen Wirtschaft, insbesondere die abnehmende Wettbewerbsfähigkeit von Produkten „Made in Germany“. Die anfängliche Zuversicht, dass die neue Bundesregierung schnell für eine Besserung der langfristigen Wachstumsaussichten sorgen könnte, ist in den Herbstmonaten zunehmend einer Ernüchterung gewichen.

Insgesamt stagnierte das deutsche Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal (Abbildung 1). Während private Haushalte und Unternehmen eher zurückhaltend agierten, verhinderte nur eine robuste Ausweitung der Staatsausgaben einen Rückgang der Wirtschaftsleistung. Dieses Bild zeigt sich bei nahezu allen binnenwirtschaftlichen Komponenten (Tabelle 1). So sank der Konsum der privaten Haushalte trotz steigender verfügbarer Einkommen überraschend deutlich und die Sparquote stieg merklich von 10,2 auf 10,7 Prozent. Nicht zuletzt dürfte dabei die weiterhin angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt eine Rolle gespielt haben (Tabelle 2): Die Beschäftigung nahm deutlich ab und verstärkte somit wohl das Vorsichtsmotiv der Verbraucher*innen. Ein kräftiges Plus beim Staatskonsum – getrieben von höheren Arbeitsentgelten der Arbeitnehmenden in den Bereichen Öffentliche Verwaltung und Erziehung – sorgte dafür, dass der Konsum insgesamt noch stagnierte. Auch die Bauinvestitionen im Wohnungs- und Wirtschaftsbereich waren angesichts der anhaltenden Unsicherheiten über die konjunkturelle Entwicklung und der schwierigen Finanzierungsbedingungen rückläufig, während eine Ausweitung des öffentlichen Baus ein stärkeres Minus insgesamt verhinderte. Lediglich die privaten Ausrüstungsinvestitionen lagen – ebenso wie die der öffentlichen Hand – im Plus (Abbildung 2).

Auch vom Außenhandel gingen im dritten Quartal erneut keine positiven Wachstumsimpulse aus. Geprägt insbesondere vom schwachen Handel mit den sogenannten Drittländern – allen voran den USA – nahmen die Exporte im Quartalsvergleich recht deutlich ab. Die Einfuhren entwickelten sich ebenfalls schwach: Die Warenimporte wurden zwar kräftig ausgeweitet, vor allem im Bereich der Vorleistungs- und Investitionsgüter. Im Gegensatz zum Warenhandel brach der Dienstleistungshandel, unter den beispielweise der Reiseverkehr und IT-Leistungen fallen, sowohl bei den Aus- als auch bei den Einfuhren aber regelrecht ein.

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland
In Milliarden Euro (linke Achse) beziehungsweise in Prozent zum Vorquartal (rechte Achse)



Anmerkung: Prognose ab dem vierten Quartal 2025, preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

Die deutsche Wirtschaft blickt einem dynamischen Aufschwung im kommenden Jahr entgegen.

Die anhaltende wirtschaftliche Schwächephase spiegelte sich im dritten Quartal auch produktionsseitig wider: Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe sank erneut deutlich (um 0,9 Prozent). Damit ist das kurzfristige Aufatmen zu Jahresbeginn, als das Verarbeitende Gewerbe ein Plus verzeichnete, bereits wieder verpufft. Auch im Bau wurde zwischen Juli und September weniger produziert als im Vorquartal (–0,6 Prozent). Dass die Bruttowertschöpfung im dritten Quartal insgesamt leicht gestiegen ist (um 0,1 Prozent), war wieder einmal den Dienstleistungsbereichen zu verdanken. Besonders deutlich waren die Zuwächse im öffentlichen Bereich, wo die Bruttowertschöpfung bereits das siebte Mal in Folge ausgeweitet wurde (um 0,4 Prozent), und im Handel, Verkehr und Gastgewerbe (+0,7 Prozent). Während positive Raten in Handel und Verkehr stützten, ging die Wertschöpfung im Gastgewerbe – wohl bedingt durch die Konsumschwäche – leicht zurück.

Öffentlicher Konsum stützt auch im vierten Quartal

Die Stimmung in Deutschland bleibt zum Jahresausklang weiter verhalten (Abbildung 3). Nach wie vor belasten die

Tabelle 1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungs- und Entstehungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland

In Prozent (jeweils gegenüber dem Vorquartal, saison- und kalenderbereinigt)

	2024				2025				2026				2027			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,4	0,1	0,2	0,4	0,6	0,1	−0,3	0,0	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Öffentliche Konsumausgaben	0,0	1,8	1,0	0,5	0,2	0,2	0,8	0,7	0,6	0,5	0,5	0,6	0,5	0,6	0,4	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	−0,6	−1,6	−0,5	0,6	0,3	−1,1	0,3	0,6	0,8	1,0	1,1	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9
Bauten	0,5	−1,7	−0,7	0,7	0,2	−1,1	−0,5	0,4	0,4	0,6	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	1,0
Ausrüstungen	−0,9	−3,1	−1,0	0,0	0,3	−2,6	1,1	0,5	1,2	1,5	1,9	1,5	1,2	1,0	0,8	0,6
Sonstige Investitionen	−3,1	1,2	0,9	1,1	0,6	1,2	0,9	1,4	1,2	1,2	1,2	1,0	1,0	1,0	1,0	0,9
Lagerveränderung[1]	0,1	−0,1	0,8	0,6	−0,5	0,4	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,2	0,0	1,0	1,1	−0,1	0,3	0,3	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3
Außenbeitrag	−0,3	−0,3	−1,0	−0,9	0,4	−0,5	−0,3	−0,1	−0,1	−0,1	−0,1	−0,1	−0,1	−0,1	−0,1	−0,1
Export	−1,0	0,6	−1,7	−2,1	2,4	0,3	−0,7	0,1	0,2	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Import	−0,4	1,3	0,7	0,1	1,5	1,7	0,0	0,2	0,5	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Bruttoinlandsprodukt	−0,1	−0,3	0,0	0,2	0,3	−0,2	0,0	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
Bruttowertschöpfung	−0,8	−0,1	−0,4	−0,3	0,5	−0,1	0,1	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
Verarbeitendes Gewerbe	−1,5	−0,8	−1,4	−0,9	1,7	−0,3	−0,9	0,0	0,1	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Baugewerbe	1,0	−2,0	−2,1	−1,3	1,2	−2,3	−0,6	0,3	0,4	0,6	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	1,0
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	−0,7	−0,4	0,1	0,3	0,5	−0,6	0,7	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3
Unternehmensdienstleister	0,1	0,5	−0,6	−0,6	−0,3	0,4	−0,1	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	0,6	0,8	0,4	0,4	0,3	0,7	0,4	0,4	0,5	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,4	0,3

1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Anmerkung: Prognose ab dem vierten Quartal 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2024	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt[1]	−0,5	0,2	1,3	1,6
Erwerbstätige[2] (1000 Personen)	45 987	45 978	46 002	46 145
Arbeitslose (1000 Personen)	2 787	2 948	2 898	2 703
Arbeitslosenquote BA[3] (in Prozent)	6,0	6,3	6,2	5,8
Verbraucherpreise[4]	2,3	2,2	2,1	2,2
Lohnstückkosten[5]	5,6	4,6	2,0	2,1
Finanzierungssaldo des Staates[6]				
in Milliarden Euro	−115,3	−114,2	−155,8	−171,8
in Prozent des nominalen BIP	−2,7	−2,6	−3,4	−3,6
Leistungsbilanzsaldo				
in Milliarden Euro	249,7	206,5	187,2	179,3
in Prozent des nominalen BIP	5,8	4,6	4,0	3,7

1 Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.
2 Inlandskonzept.
3 Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).
4 Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
5 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.
6 In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2025.

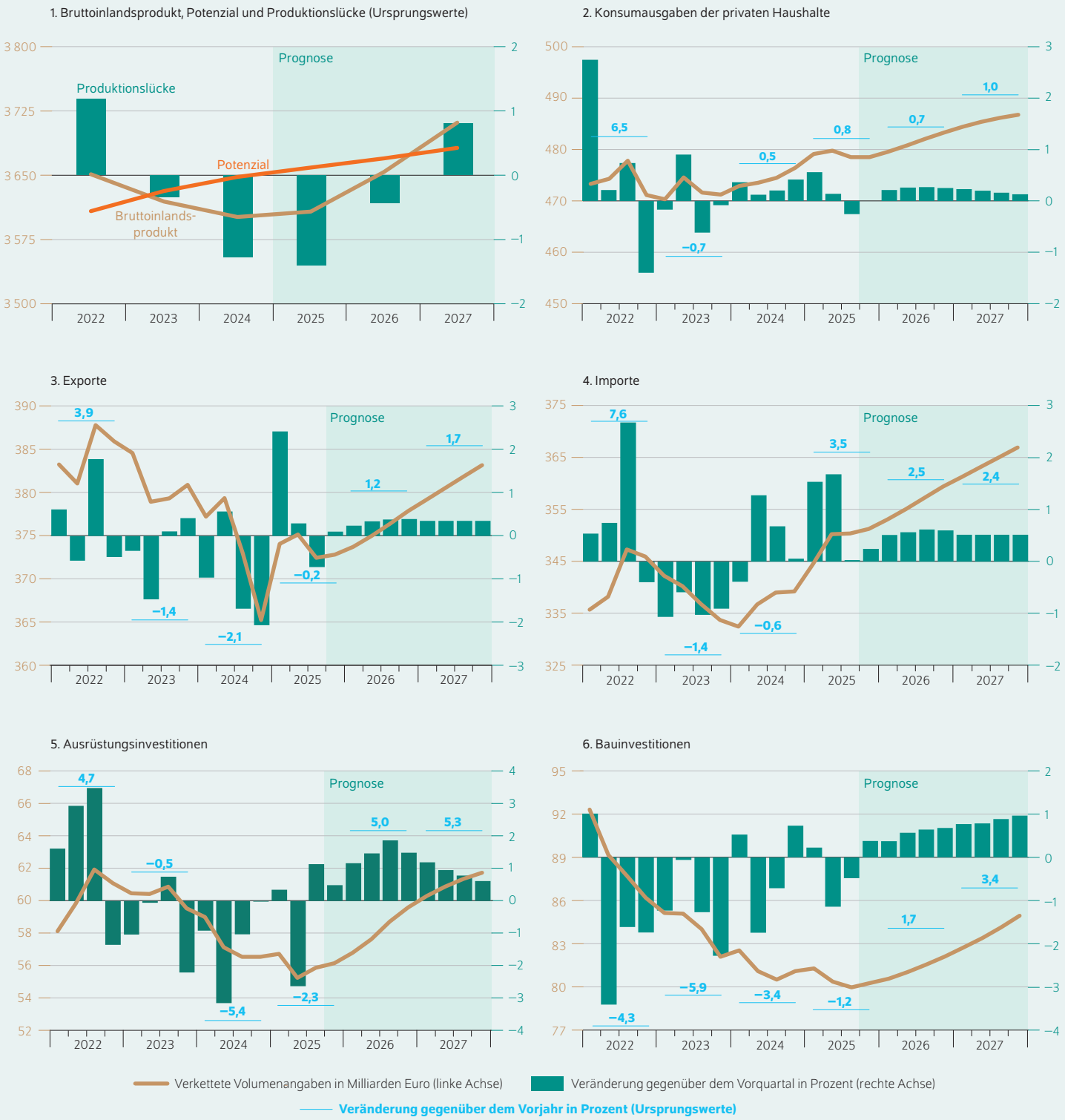
Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

abnehmende Wettbewerbsfähigkeit, die im internationalen Vergleich hohen Produktionskosten und der demografische Wandel die wirtschaftliche Aktivität. Hinzu kommen steigende handelspolitische Hemmnisse und eine damit verbundene erhöhte Unsicherheit. So hat der ifo-Geschäftsklimaindex, der die Lageeinschätzung und Geschäftserwartungen der deutschen Unternehmen zusammenfasst, seinen Aufwärtstrend aus der ersten Jahreshälfte vorerst beendet. Vor allem die Erwartungskomponente war seit Januar bis in den Sommer hinein fast kontinuierlich gestiegen, stagniert seitdem jedoch im negativen Bereich. Auch der Einkaufsmanagerindex für die Gesamtwirtschaft, der in den Sommermonaten deutlich über die Expansionsschwelle von 50 Punkten geklettert war, hat sich zuletzt wieder etwas eingetrübt. Während die Dienstleistungskomponente trotz eines Rückgangs im November oberhalb von 50 Punkten verharrte, hat sich der Index für das Verarbeitende Gewerbe seit August wieder etwas von diesem Schwellenwert entfernt. Zwar konnte der Produktionsindex im Oktober wieder zulegen, alles in allem dürfte sich die Bruttowertschöpfung im Produzierenden – insbesondere im Verarbeitenden – Gewerbe im laufenden Quartal aber erneut schwach entwickeln. Die Dienstleistungsbereiche werden dagegen wohl weiter stützen. Insgesamt dürfte die deutsche Wirtschaft im Schlussquartal um 0,2 Prozent zulegen.

Abbildung 2

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten
Saison-, kalender- und preisbereinigter Verlauf



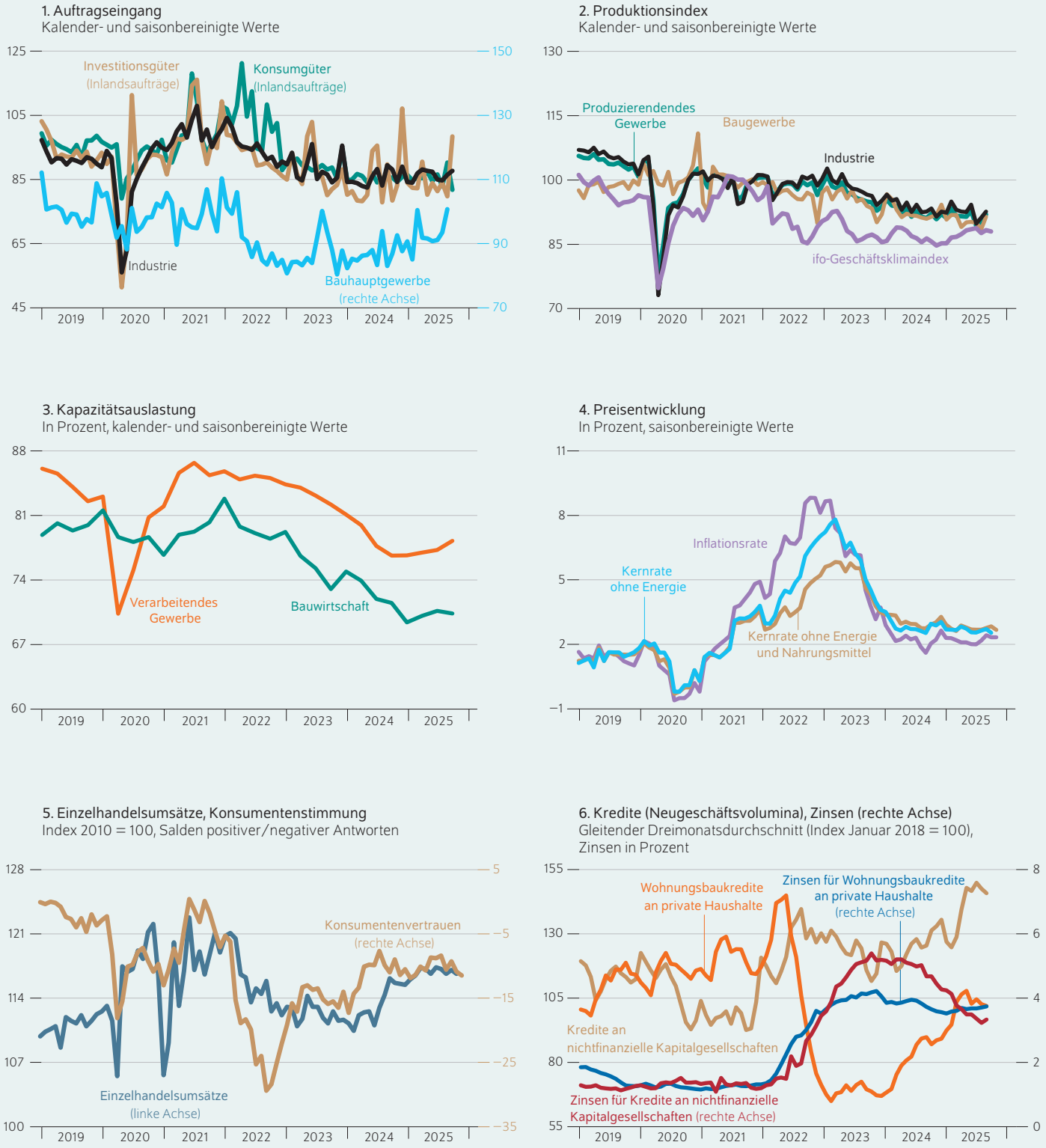
Anmerkung: Prognose ab dem vierten Quartal 2025, preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

Abbildung 3

Konjunkturindikatoren für Deutschland
Indizes (sofern nicht anders angegeben)



Quellen: Statistisches Bundesamt (1), (2), (4), (5); Bundesinstitut für Bauwesen und Raumordnung (3); ifo Institut (2), (3); GfK (5); Deutsche Bundesbank (3), (6).

© DIW Berlin 2025

Dabei wird sich das Muster der vergangenen Monate wohl fortsetzen: So ist im vierten Quartal erneut mit einer deutlichen Ausweitung der öffentlichen Ausgaben, allen voran des öffentlichen Konsums, zu rechnen, was die Wirtschaftsleistung insgesamt stützen dürfte. Hier wird wohl vor allem zu Buche schlagen, dass durch das Ende der vorläufigen Haushaltsführung beim Bund aufgeschobene Vorleistungskäufe nachgeholt werden. Auch die öffentlichen Investitionen in Ausrüstungen und Bauten werden voraussichtlich erneut ausgeweitet, wenn auch nicht ganz so kräftig wie im vergangenen Quartal. Weit weniger dynamisch dürfte sich dagegen der Privatsektor entwickeln. Private Haushalte und Unternehmen sind weiterhin verunsichert, weshalb sie zurückhaltend konsumieren und investieren. So dürften bei den Verbraucher*innen die erhöhten Arbeitsplatzsorgen fortbestehen, da die übliche „Herbstbelebung" auf dem Arbeitsmarkt dieses Jahr ausgeblieben ist. Daher bleibt die Konsumstimmung auch zum Jahresende merklich gedämpft. Gleichzeitig verspielt die Regierungskoalition mit ihren sichtbaren Uneinigkeiten das notwendige Vorschussvertrauen der Unternehmen, um beispielsweise Investitionen schnell anzukurbeln. So dürfte die private Konsum- und Investitionstätigkeit im laufenden Quartal höchstens leicht zulegen.

Der Außenhandel wird die Wirtschaftsleistung wohl erneut dämpfen: Der rechnerische Außenbeitrag dürfte negativ ausfallen. Zwar war die Nachfrage aus dem europäischen Ausland nach in Deutschland hergestellten Gütern zuletzt robust und dürfte die Ausfuhren insgesamt stützen. Weiterhin belasten jedoch die ungünstigen Handelsbedingungen und der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit die deutsche Exportwirtschaft maßgeblich, sodass die Ausfuhren insgesamt wohl nur leicht zulegen werden. Auch bei den Importen ist allenfalls eine verhaltene Ausweitung zu erwarten.

Fiskalpaket sorgt für Aufschwung auf Pump

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer Phase tiefgreifender struktureller Umbrüche und Probleme. Während im Zollkonflikt mit den USA eine weitgehende Einigung gefunden scheint, die zwar die Planungssicherheit erhöht, die deutschen Exporte aber weiter belasten wird, kristallisiert sich zunehmend eine Entkopplung der deutschen Wirtschaft vom Welthandel heraus: Profitierten die exportierenden Unternehmen hierzulande in der Vergangenheit stets von globalen Aufschwüngen, scheint die Nachfrage nun zunehmend andernorts bedient zu werden. So sinkt die Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere gegenüber Nicht-EU-Ländern, Umfragen zufolge immer weiter.[1] Es ist nicht davon auszugehen, dass sich die Produktionskosten der hier ansässigen Unternehmen in den nächsten Jahren deutlich verringern werden. Zwar versucht die Regierung aktuell durch die verlängerte Minderung der Stromsteuer, die Senkung der Netzentgelte und die Einführung eines Industriestrompreises die Kosten für Energie insbesondere für stromintensive Produzenten zu senken. Die Energiepreise bleiben im internationalen Vergleich aber wohl hoch.[2] Zudem dürften auch die Kosten für den Faktor Arbeit, nicht zuletzt aufgrund des demografischen Wandels und des sich dadurch verschärfenden Fachkräftemangels sowie steigender Sozialbeiträge, die Wettbewerbsposition der deutschen Unternehmen schwächen. Bereits jetzt deutet sich an, dass die strukturellen Schwächen wohl noch stärker zum Tragen kommen werden als in der Vergangenheit angenommen. Zudem sorgt das zunehmend machtbewusste Auftreten Chinas im globalen Handel – etwa durch die jüngsten Exportbeschränkungen für Seltenerdmetalle – für wachsende Unsicherheit in der deutschen Wirtschaft.

Tabelle 3

Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland
In Prozentpunkten (preisbereinigt)

	Veränderungsbeiträge[1]			
	2024	2025	2026	2027
Konsumausgaben	0,8	0,9	0,9	1,0
Private Haushalte	0,3	0,4	0,4	0,5
Staat	0,6	0,5	0,6	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	−0,7	−0,1	0,7	0,9
Bauten	−0,4	−0,1	0,2	0,4
Ausrüstungen	−0,4	−0,1	0,3	0,3
Sonstige Anlagen	0,0	0,2	0,2	0,2
Vorratsveränderungen	0,1	0,7	0,2	0,0
Inländische Verwendung	0,2	1,6	1,8	1,8
Außenbeitrag	−0,7	−1,4	−0,5	−0,2
Exporte	−0,9	−0,1	0,5	0,7
Importe	0,2	−1,3	−1,0	−0,9
Bruttoinlandsprodukt[2]	−0,5	0,2	1,3	1,6

1 Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts.
2 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

Der entscheidende Faktor für einen kräftigeren Aufschwung im Prognoseverlauf (Tabelle 3) dürfte die expansive Ausrichtung des Staates sein – bei einer annahmegemäß neutral wirkenden Geldpolitik (Kasten 1). Die umfangreichen Verschuldungsspielräume, aus denen potenziell weitreichende Mittel für Infrastruktur- und Verteidigungsausgaben abfließen, können den öffentlichen Konsum und die öffentlichen Investitionen vorantreiben und das Wirtschaftswachstum somit deutlich anschieben. Zwar wird in dieser Prognose unterstellt, dass die Abflüsse geringer ausfallen als in den Bundeshaushalten 2025 und 2026 vorgesehen, trotzdem dürften die finanzpolitischen Impulse in den kommenden

1 Vgl. ifo Institut (2025): Deutsche Industrie sieht eigene Wettbewerbsfähigkeit auf Rekordtief. ifo Konjunkturumfrage vom 11. November 2025 (online verfügbar; abgerufen am 9. Dezember 2025. Dies gilt auch für alle anderen Onlinequellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt).

2 Laut Eurostat (Datencode nrg_pc_204) lag der Strompreis pro Kilowattstunde (kWh) für Nichthaushaltskunden im ersten Halbjahr 2025 12,1 Prozent über dem EU-27-Durchschnitt. Im außereuropäischen Vergleich fällt der Aufschlag noch bedeutender aus. Vgl. Klaus Stratmann (2025): Wie Strompreise die deutsche Industrie belasten. Handelsblatt vom 24. November 2025.

Kasten 1

Annahmen und Rahmenbedingungen

Dieser Prognose liegen Annahmen zum Verlauf der Leitzinsen, Wechselkurse und Rohstoffpreise zugrunde (Tabelle). Die Annahmen basieren auf bisherigen Entwicklungen, den Preisen an Terminmärkten sowie Schlussständen zum Stichtag der Prognose am 12. November 2025.

Die Inflation im Euroraum liegt derzeit mit rund zwei Prozent im Einklang mit dem Preisstabilitätsziel der Europäischen Zentralbank (EZB). Vor diesem Hintergrund ließ die EZB die Leitzinsen zuletzt unverändert. Mit einem Einlagesatz von 2,0 Prozent bleibt die Geldpolitik damit neutral ausgerichtet. In dieser Prognose wird angenommen, dass die EZB die Zinsen über den gesamten Prognosehorizont hinweg konstant hält.

Im Einklang mit den Leitzinsen haben sich auch die Geldmarktzinsen auf knapp unter zwei Prozent eingependelt und dürften auf diesem Niveau verharren. Im Zuge der Leitzinssenkungen gingen auch die Refinanzierungskosten für Unternehmen und die Kreditkosten für Haushalte zurück. Dieser Prognose wird unterstellt, dass die Kreditzinsen nur noch minimal weiter fallen werden. Es wird zudem angenommen, dass die Kapitalmarktzinsen über den Prognosehorizont weitestgehend unverändert bei 2,7 Prozent für Deutschland und 3,1 Prozent für den Euroraum liegen werden. Damit haben sich die Kapitalmarktzinsen im Vergleich zur Herbstprognose nicht verändert.

Der Euro hat gegenüber dem Dollar zuletzt leicht abgewertet. Obwohl geringfügig niedriger als noch im Herbst unterstellt, verharrt der Wechselkurs auf einem hohen Niveau von 1,16 US-Dollar pro Euro. Es wird angenommen, dass der Wechselkurs auf diesem Niveau verbleibt. Der Preis für Brent-Rohöl ist zuletzt leicht gesunken. Basierend auf Future-Preisen ist dieser Prognose unterstellt, dass der Preis von Rohöl nur noch leicht sinken wird und im laufenden Jahr im Durchschnitt bei rund 68 US-Dollar pro Barrel und in den Jahren 2026 und 2027 jeweils bei rund 64 US-Dollar pro Barrel liegen wird. Verglichen mit der Herbstprognose sind die angenommenen Rohölpreise damit für das laufende Jahr 0,8 Prozent niedriger und für die kommenden beiden Jahre jeweils 1,5 Prozent niedriger. Auch die Großhandelspreise für Gas (TTF) sind zuletzt leicht rückläufig gewesen. In diesem Jahr liegen sie im Schnitt bei voraussichtlich 37 Euro je Megawattstunde, bevor sie im Jahr 2026 auf rund 31 Euro je Megawattstunde und im Jahr 2027 auf 28 Euro je Megawattstunde sinken dürften. Damit werden die Gaspreisannahmen um rund drei Prozent (für 2025), sieben Prozent (für 2026) beziehungsweise sechs Prozent (für 2027) im Vergleich zur Herbstprognose gesenkt.

Dieser Prognose liegen zudem handelspolitische Annahmen zugrunde. Es wird davon ausgegangen, dass die bis zum Stichtag der Prognose erhobenen Zölle über den Prognosehorizont hinaus Bestand haben werden. Für Deutschland bedeutet das einen Zollsatz von 15 Prozent gegenüber den USA.[1]

Tabelle

Annahmen dieser Prognose

		2024	2025	2026	2027
EZB-Einlagefazilität[1] (Jahresende)	Prozent	3,0	2,0	2,0	2,0
EZB-Leitzins (Jahresende)	Prozent	3,15	2,15	2,15	2,15
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	3,6	2,2	2,0	2,1
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit zehnjähriger Restlaufzeit	3,0	3,1	3,1	3,1
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit zehnjähriger Restlaufzeit	2,4	2,6	2,7	2,7
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,08	1,15	1,16	1,16
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	79,7	68,4	63,5	63,8
Gaspreis	Euro/Megawattstunde	34,5	37,0	30,8	28,1

1 Die EZB steuert die Wirtschaft aktuell über die Einlagefazilität, nicht den Hauptrefinanzierungssatz (Leitzins).

Anmerkung: Jahresdurchschnittswerte; EZB-Einlagefazilitätswerte zum Jahresende.

Quellen: Europäische Zentralbank; European Money Markets Institute (EMMI); Eurex Exchange; Deutsche Bundesbank; Federal Reserve; Energy Information Administration (EIA); Intercontinental Exchange (ICE); CME Group; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

1 Zu den Zollsätzen siehe auch Abbildung 8 in diesem Wochenbericht.

beiden Jahren mit 41,5 und 39,3 Milliarden Euro kräftig ausfallen (Kasten 2).

So ist 2026 und 2027 mit einem dynamischen Aufschwung zu rechnen. Eine nachhaltige Erholung der Privatwirtschaft zeichnet sich dabei allerdings nicht ab. Obwohl nach den Turbulenzen durch den Zollkonflikt wieder etwas Ruhe eingekehrt ist, werden sich die Exporte angesichts der anhaltend gedämpften Auslandsnachfrage – insbesondere aus den Drittländern – wohl weiter schwach entwickeln. Mit der steigenden inländischen Nachfrage und den Investitionsimpulsen aus öffentlicher Hand dürften die Ausrüstungsinvestitionen dennoch etwas an Fahrt aufnehmen und die Einfuhren etwas deutlicher expandieren als die Ausfuhren. Auch Indikatoren für den Bausektor deuteten zuletzt auf eine vorsichtige Erholung hin. Angesichts der steigenden Nachfrage wird wohl auch die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und im Bau wieder expandieren, während die Dienstleistungsbereiche ihren soliden Wachstumspfad fortsetzen. Die damit einhergehende Entspannung auf dem Arbeitsmarkt und die robusten Steigerungen der verfügbaren Einkommen dürften auch den privaten Verbrauch anschieben, der dann wohl wieder etwas deutlicher zulegen wird.

Alles in allem dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in diesem Jahr um 0,2 Prozent zunehmen. In den kommenden beiden Jahren dürfte es um 1,3 beziehungsweise 1,6 Prozent ausgeweitet werden.[3] Die prognostizierten Wachstumsraten für 2026 und 2027 bleiben somit kräftig, dennoch senkt das DIW Berlin seine Wachstumsprognose recht deutlich um 0,4 beziehungsweise 0,2 Prozentpunkte. Grund dafür ist, dass der Fiskalimpuls auf die privaten Sektoren aufgrund einer Verschiebung von Investitionsausgaben hin zum Staatskonsum etwas schwächer eingeschätzt wird. Dazu kommt, dass strukturelle Faktoren die deutsche Wirtschaft stärker belasten dürften als zunächst angenommen, wodurch sich die private Investitionstätigkeit wohl etwas weniger dynamisch entwickeln wird.[4]

Das potenzielle Wachstum des Bruttoinlandsprodukts liegt bis 2030 bei einer durchschnittlichen Rate von 0,3 Prozent (Kasten 3). Die demografische Alterung wird sich dabei weiterhin negativ auf das Arbeitsvolumen auswirken. Die Produktionslücke wird im laufenden Jahr aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung erneut größer werden und im Durchschnitt –1,2 Prozent betragen. Durch die kräftigen Wachstumsraten in den kommenden beiden Jahren dürfte sich die Produktionslücke im Prognoseverlauf schließen und 2027 positiv werden.

Die Verbraucherpreisinflation liegt im laufenden Jahr bei voraussichtlich 2,2 Prozent. Im Jahr 2026 dürfte die Rate auf 2,1 Prozent zurückgehen, bevor sie im Folgejahr erneut auf 2,2 Prozent steigt. Damit revidiert das DIW Berlin seine Inflationsprognose für dieses und das kommende Jahr leicht um 0,1 Prozentpunkte nach oben, während die Rate für 2027 unverändert bleibt. Hierbei ist vor allem die Dienstleistungskomponente entscheidend, die wohl weniger deutlich zurückgehen wird als noch im Herbst unterstellt worden war.

Wesentliche Risiken für die deutsche Wirtschaft ergeben sich weiterhin aus dem Handelskonflikt zwischen den USA und der EU sowie der Machtposition Chinas im Hinblick auf wichtige Rohstoffe. Die Prognose basiert auf dem derzeitigen Stand der Einigung über US-Zölle. Sollten nicht alle EU-Zusagen eingehalten werden können, droht eine Eskalation mit erheblichen negativen Effekten für beide Wirtschaftsräume. Zudem ist die deutsche Konjunktur stark von chinesischen Seltenen Erden abhängig, die für Schlüsselindustrien wie die Automobilindustrie unverzichtbar sind. Verschärfte Exportkontrollen und geopolitische Spannungen erhöhen das Risiko von Lieferengpässen und Preissprüngen, was Produktion und Wachstum erheblich gefährden könnte.

Darüber hinaus bestehen Unsicherheiten bei den gesamtwirtschaftlichen Wirkungen höherer Ausgaben für Verteidigung und Investitionen infolge der Grundgesetzänderungen. Die Effekte hängen stark von der Mittelverwendung und der Kapazitätsauslastung ab und können somit schwächer ausfallen als in dieser Prognose unterstellt.

Erhebliche Risiken entstehen zudem durch fehlende Konsolidierungsmaßnahmen. Ohne weitreichende Reformen, insbesondere bei der gesetzlichen Rentenversicherung und im Bereich Gesundheit und Pflege, nimmt die Belastung durch demografisch bedingte Sozialausgaben deutlich zu. Damit steigen die Kosten für den Faktor Arbeit (sofern Produktivitätsgewinne ausbleiben) und die strukturellen Haushaltsdefizite erhöhen sich, was das Vertrauen in die Fiskalpolitik schwächen kann. Sollten in den kommenden Monaten allerdings Maßnahmen für mehr Arbeitsanreize und ein effizienteres Staatswesen ergriffen werden, könnte dies das Wachstumspotenzial erhöhen und den Konsolidierungsdruck mindern.

Arbeitsmarkt stagniert – leichte Erholung ab 2026

Der Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen hat sich im dritten Quartal fortgesetzt. Mit im Vorquartalsvergleich 41 000 Beschäftigten weniger war es das deutlichste Minus seit dem ersten Quartal 2020. Während die abnehmenden Erwerbstätigenzahlen in den vergangenen Jahren vor allem Rückgängen bei der Zahl der Selbstständigen geschuldet waren, sank in den letzten beiden Quartalen erstmals auch die Zahl der Arbeitnehmenden (Abbildung 4). Sowohl die sozialversicherungspflichtige als auch die geringfügige Beschäftigung gingen merklich zurück. Der Beschäftigungsabbau verteilte sich dabei über nahezu alle Wirtschaftszweige: Am deutlichsten fiel er mit 45 000 Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe aus.[5] Doch auch bei den unternehmens- und konsumnahen Dienstleistern wurden weiter Stellen gekürzt. Eine gewichtige Ausnahme bildet der öffentliche Bereich, in dem die Beschäftigung um 53 000 Personen im Vergleich zum Vorquartal zunahm.[6]

Der Beschäftigungsabbau spiegelte sich auch im dritten Quartal in einem erneuten Anstieg der Arbeitslosen wider (um 18 000 Personen).[7] Der Zuwachs konzentrierte sich dabei auf den konjunkturnahen Bereich des dritten Sozialgesetzbuches (SGB III). Die Zahl der Arbeitslosen, die in den Rechtskreis des SGB II fallen, ist dagegen seit Juni leicht rückläufig. Diese Entwicklung geht vor allem auf Rückgänge bei Staatsangehörigen aus der Ukraine[8] und den Asylher-

3 Die starken Wachstumsraten sind dabei teilweise einer höheren Zahl an Arbeitstagen geschuldet: Der Kalendereffekt beträgt 0,3 Prozentpunkte im Jahr 2026 und 0,1 Prozentpunkte im Jahr 2027.

4 Ein geringerer statistischer Überhang aufgrund des schwächeren zweiten Halbjahres 2025 trägt mit 0,1 Prozentpunkten zusätzlich zur Revision der Wachstumsrate für das Jahr 2026 bei.

5 Damit hat das Produzierende Gewerbe in den vergangenen zwei Jahren (seit dem dritten Quartal 2023) mehr als 230 000 Stellen abgebaut.

6 Die öffentlichen Dienstleister haben in den vergangenen zwei Jahren damit knapp 410 000 Stellen aufgebaut. Der Zuwachs war vor allem getragen von neuen Stellen in den Bereichen Pflege und Soziales sowie dem Gesundheitswesen. In den übrigen Bereichen, beispielsweise Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Erziehung, fielen die Zuwächse geringer aus.

7 In den vergangenen drei Jahren ist die Arbeitslosigkeit damit um 470 000 Personen gestiegen. Davon entfiel der Großteil des Anstiegs auf den konjunkturnahen Rechtskreis des SGB III (320 000 Personen) und weniger auf den Rechtskreis des SGB II (150 000 Personen).

8 Dies dürfte zum Teil auf den Rechtskreiswechsel von ukrainischen Geflüchteten, die nach dem 1. April 2025 in Deutschland angekommen sind, zurückzuführen sein. Das Leistungsrechtsanpassungsgesetz regelt, dass diese statt unter das SGB II nun unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen.

Kasten 2

Annahmen zu den finanzpolitischen Maßnahmen

Nachdem die Finanzpolitik im laufenden Jahr neutral ausgerichtet ist, folgt eine Periode mit deutlich expansiver Orientierung (Tabelle). Im laufenden Jahr halten sich expansive Maßnahmen auf der Ausgabenseite und restriktive Maßnahmen auf der Einnahmenseite (insbesondere im Bereich der Sozialversicherungen) die Waage. In den Folgejahren überwiegen die expansiven Impulse der Ausgabenseite deutlich, maßgeblich bestimmt durch die erweiterten Verschuldungsspielräume für Infrastruktur, Klimaschutz und Verteidigung. Von der Einnahmenseite geht im kommenden Jahr insgesamt ein neutraler Impuls aus, im Jahr 2027 profitieren Haushalte und Unternehmen durch Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer voraussichtlich mehr, als dass sie durch höhere Sozialbeiträge belastet werden.

Einnahmenseitig können die Gebietskörperschaften im laufenden Jahr noch Mehreinnahmen durch den Wegfall pandemie- und energiepreisbedingter Maßnahmen verzeichnen. Das gilt insbesondere für die Inflationsausgleichsprämie – in dem Maße, in dem sie durch steuerpflichtige Lohnbestandteile ersetzt wird. Die im Jahr 2024 umgesetzte Ausweitung der Lkw-Maut auf die Gewichtsklasse zwischen 3,5 und 7,5 Tonnen und die stufenweise Erhöhung der Tabaksteuer ziehen im laufenden Jahr ebenfalls Mehreinnahmen nach sich. Im nächsten Jahr gehen von der globalen Mindestbesteuerung und der Plastikabgabe restriktive Impulse aus. Zum Jahreswechsel 2026 trägt außerdem die Erhöhung der CO_2-Abgabe in den Bereichen Wärme und Verkehr zu deutlichen Mehreinnahmen bei. Es wird unterstellt, dass der CO_2-Preis die dann geltende gesetzliche Obergrenze von 65 Euro erreicht und sich somit um zehn Euro je Tonne verteuert. Die Einbettung der Emissionen im Zusammenhang mit Heizen und Verkehr in den Europäischen Emissionshandel wurde vom 1. Januar 2027 auf das Folgejahr verschoben. Daher hat sich die Koalition darauf geeinigt, den nationalen CO_2-Preis in diesen Bereichen im Jahr 2027 konstant zu halten, sodass vom Emissionshandel kein finanzpolitischer Impuls ausgeht.

Zusätzlich zu Anpassungen des Einkommensteuertarifs (um die Kalte Progression auszugleichen) und der Anhebung der Grund- und Kinderfreibeträge (um das Existenzminimum weiterhin steuerlich freizustellen) entlastet auch die Erhöhung der Pendlerpauschale im kommenden Jahr die privaten Haushalte. Zudem erhalten Arbeitnehmer*innen jenseits der Regelrenteneintrittsgrenze im Rahmen der sogenannten Aktivrente ab dem kommenden Jahr einen Steuerfreibetrag von 2 000 Euro monatlich.

Auf Unternehmensseite dürfte das Investitionssofortprogramm im kommenden Jahr erstmals größere Wirkung entfalten und im Jahr 2027 noch deutlichere expansive Impulse aussenden. Zudem können landwirtschaftliche Betriebe von einer Wiedereinführung der Rückvergütung für Agrardieselausgaben im kommenden Jahr und – ebenso wie Betriebe des Produzierenden Gewerbes – von einer Verstetigung der abgesenkten Stromsteuer profitieren. Die Gastronomiebranche wird ab dem kommenden Jahr durch die dauerhafte Umsatzsteuersenkung auf sieben Prozent entlastet.

Auch auf Seiten der Sozialversicherungen sorgt der Wegfall der Inflationsausgleichsprämie für deutlich höhere Einnahmen im laufenden Jahr. Übertroffen wird dieser Effekt noch durch den deutlich gestiegenen Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung. Es wird unterstellt, dass dieser in den kommenden Jahren im Durchschnitt nochmals um 0,3 Prozentpunkte zulegen wird. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Pflegeversicherung wurde im laufenden Jahr um 0,2 Prozentpunkte angehoben. Zuschüsse stabilisieren ihn im weiteren Jahresverlauf und ein zusätzliches Darlehen des Bundes an die Pflegekassen im Jahr 2026. Für das Jahr 2027 wird ein Anstieg des Beitragssatzes in der gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkte unterstellt. Insgesamt ist die Finanzpolitik auf der Einnahmenseite im laufenden Jahr deutlich restriktiv, 2026 neutral und 2027 leicht expansiv ausgerichtet.

Die Ausgabenseite des Staates hat im Prognosehorizont einen durchgehend expansiven Charakter. Zwar gehen von den ausgelaufenen Strom- und Gaspreisbremsen im laufenden Jahr noch letzte ausgabenmindernde Impulse aus, wie auch in geringerem Maße von Kürzungen beim Bürger- und Elterngeld. Auf der anderen Seite entstehen durch das Startchancenprogramm und die Weiterführung des Deutschlandtickets Mehrausgaben, auch wenn letzteres für die Ticketinhaber*innen ab dem Jahreswechsel 2026 fünf Euro pro Monat teurer wird und 2027 erneut mit einer Preisanhebung zu rechnen ist.

Der weitaus größte expansive Impuls geht von den erweiterten Verschuldungsspielräumen für Infrastruktur, Klimaschutz und Verteidigung aus. Aus dem aufgestockten Klima- und Transformationsfonds (KTF) wird im laufenden Jahr unter anderem der Ausgleich der Gasspeicherumlage finanziert, im kommenden Jahr der Wegfall der Netzentgelte und im Jahr 2027 die annahmegemäß verabschiedete und von der EU-Kommission gebilligte Senkung des Industriestrompreises für ausgewählte energieintensive Wirtschaftszweige. Neben diesen Subventionen dürften die weiteren Programmausgaben des KTF in den kommenden Jahren stabil bleiben. Stattdessen werden sich die Ausgaben aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) ohne Berücksichtigung der KTF-Aufstockung beschleunigen. Im laufenden Jahr werden sie hingegen noch weit hinter einer hypothetischen Gleichverteilung des Finanzspielraums von 33 Milliarden Euro (400 Milliarden Euro verteilt über zwölf Jahre) zurückbleiben. Aus dem Sondervermögen Bundeswehr sind über den Prognosehorizont ebenfalls steigende Entnahmen zu erwarten, wenn bestellte Ausrüstungsgüter nach und nach geliefert werden. Zusätzlich unterstellt diese Prognose in allen Jahren zusätzliche Ausgaben im Rahmen des erweiterten Verteidigungsbegriffs, mithilfe derer

Tabelle

Finanzpolitische Maßnahmen: Be- (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts
In Milliarden Euro (gegenüber dem Vorjahr)

	2025	2026	2027
Einnahmen der Gebietskörperschaften			
Jahressteuergesetz 2022	−0,7	−0,2	−0,2
Inflationsausgleichsgesetz (Anpassung Einkommensteuertarif)	−2,1	−0,6	−0,5
Abbau Kalte Progression 2027	0,0	0,0	−4,0
Anpassungen zur steuerlichen Freistellung des Existenzminimums	−3,3	1,3	0,0
Erhöhung Entfernungspauschale	0,0	−1,1	−0,2
Steuerfortentwicklungsgesetz	−6,1	−5,5	−0,9
Abgabenfreiheit Inflationsausgleichsprämie	6,7	0,0	0,0
Jahressteuergesetz 2024	−0,8	0,3	−0,1
Aktivrente (Rentenpaket)	0,0	−0,7	−0,2
Zweites Betriebsrentenstärkungsgesetz (Rentenpaket)	0,0	−0,1	−0,1
Änderungen bei Agrardiesel-Rückvergütung	0,1	−0,4	0,0
Absenkung der Stromsteuer	−1,9	0,1	0,3
temporäre Umsatzsteuersenkung auf Gas	1,0	0,0	0,0
temporäre Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie	0,5	0,0	0,0
dauerhafte Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie	0,0	−3,5	−0,1
Erlöse Brennstoffemissionshandel (BEHG)	3,2	3,0	0,0
Degressive AfA (Zweites und Viertes Corona-Steuerhilfegesetz)	5,0	3,8	1,5
Investitionssofortprogramm (Degressive AfA, steuerliche Begünstigung Elektroautos, Ausweitung Forschungszulage)	−0,6	−3,4	−5,2
Anhebung Lkw-Maut	0,9	0,2	0,0
Wachstumschancengesetz	−2,3	−0,7	0,1
Anhebung der Tabaksteuer	0,9	0,8	0,0
Zukunftsfinanzierungsgesetz	−0,2	−0,1	0,0
Globale Mindestbesteuerung (Säule 2)	0,0	1,0	−0,3
Plastikabgabe	0,0	1,4	0,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen1	−1,8	−2,0	−1,9
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Erhöhung durchschnittlicher Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung	14,5	4,0	4,0
Erhöhung Beitragssatz in der gesetzlichen Pflegeversicherung	2,6	0,0	1,3
Abgabenfreiheit Inflationsausgleichsprämie	8,1	0,0	0,0
Erhöhung Insolvenzgeldumlage	1,1	0,0	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Strom- und Gaspreisbremsen	1,3	0,0	0,0
Wohngeldreform	−0,4	0,4	0,0
Deutschlandticket	−0,1	−0,2	−0,2
Kürzungen beim Bürgergeld und Elterngeld für Spitzenverdienende	0,4	0,1	0,0
Startchancenprogramm für Schulen	−0,5	−0,5	−0,3
BAföG-Reform	−0,2	0,0	0,0
Frühstartrente (Rentenpaket)	0,0	−0,1	0,0
Leistungsrechtanpassungsgesetz	0,0	−0,1	0,0
Subvention Netzentgelte	0,0	−6,5	0,0
Abschaffung Gasspeicherumlage	−3,4	3,4	0,0
Industriestrompreis	0,0	0,0	−1,5
Sondervermögen KTF (ohne EEG/Netzentgelte/Industriestrompreis)	−3,0	−1,9	−2,3
Mehrausgaben für Infrastruktur und Klimaneutralität (ohne KTF)	−5,4	−17,0	−14,2
Mehrausgaben für Verteidigung (inkl. Sondervermögen Bundeswehr)	−11,7	−16,7	−14,3
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Grundrente	−0,1	−0,1	−0,1
Zuschlag Erwerbsminderungsrente	−1,3	0,0	0,2
Krankenhausreform	−0,4	0,0	0,2
Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz	−3,0	−0,2	−0,3
Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz	−0,4	0,0	0,0
Verlängerung Bezugsdauer Kurzarbeitergeld	−0,2	0,2	0,0
Insgesamt	**−3,7**	**−41,5**	**−39,3**
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	**−0,1**	**−0,9**	**−0,8**

1 Sonstige steuerliche Maßnahmen: Jahressteuergesetz 2020, Zweites Familienentlastungsgesetz, Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts, Behinderten-Pauschbetragsgesetz, Viertes Bürokratieentlastungsgesetz, Kreditzweitmarktförderungsgesetz, Erhöhung Luftverkehrsabgabe.

Anmerkung: Ohne makroökonomische Rückwirkungen.

Quellen: Bundesregierung (Haushaltsplan, Gesetzesentwürfe, Monatsberichte des Bundesfinanzministeriums, Finanzberichte der Jahre 2021 bis 2024, Datensammlung zur Steuerpolitik); DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

(und des Sondervermögens Bundeswehr) bis zum Jahr 2027 voraussichtlich eine „NATO-Quote" von – gemessen am BIP – etwa 2,9 Prozent Verteidigungsausgaben erreicht wird.

Auf der Ausgabenseite der Sozialversicherungen gehen im laufenden Jahr insbesondere vom Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz expansive Impulse aus. Auch Maßnahmen wie der Zuschlag zur Erwerbsminderungsrente, das Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz und die Krankenhausreform gehen mit Mehrausgaben einher. In den kommenden beiden Jahren dürften die finanzpolitischen Maßnahmen hier neutral ausgerichtet sein.

Alles in allem beläuft sich die Budgetwirkung der finanzpolitischen Maßnahmen im laufenden Jahr auf –3,7 Milliarden Euro (0,1 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt), im Jahr 2026 auf –41,5 Milliarden Euro (–0,9 Prozent) und im Jahr 2027 auf –39,3 Milliarden Euro (–0,8 Prozent). Der Umfang der finanzpolitischen Maßnahmen für das Jahr 2027 unterliegt erheblicher Unsicherheit. Wenn die Maßnahmen nicht – wie in der vorliegenden Prognose unterstellt – in ausreichendem Maße Wirtschaftswachstum generieren und damit die strukturelle Nettokreditaufnahme des Staates stabilisieren, sind im Jahr 2027 gegebenenfalls Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich.

kunftsländern zurück; die Langzeitarbeitslosigkeit, die ebenfalls in diesen Rechtskreis fällt, bleibt dagegen in der Tendenz steigend. Die konjunkturelle Kurzarbeit verringerte sich in den Sommermonaten zwar, lag im August mit 171 000 Personen jedoch weiterhin auf erhöhtem Niveau.

Im weiteren Verlauf dürfte der Arbeitsmarkt zunächst stagnieren: Indikatoren am aktuellen Rand signalisieren, dass die Phase des verstärkten Anstiegs der Arbeitslosigkeit zwar wohl abgeschlossen ist. Gleichzeitig dürfte ein Beschäftigungsaufbau aber vorerst ausbleiben. So deutet das ifo-Beschäftigungsbarometer an, dass Unternehmen weiterhin eher einen Ab- als einen Aufbau von Beschäftigung planen. Das IAB-Arbeitsmarktbarometer, das zusätzlich den öffentlichen Sektor einschließt, verharrt hingegen nahezu im neutralen Bereich: Sowohl die Arbeitslosigkeits- als auch die Beschäftigungskomponente sind positiv, liegen aber nahe der neutralen Schwelle.[9] Die Arbeitskräftenachfrage hat sich in den vergangenen Monaten weiter abgeschwächt. Dies zeigt sich an der rückläufigen Zahl gemeldeter offener Stellen, die im November bei 624 000 lag – ein Rückgang um 44 000 gegenüber dem Vorjahresmonat. Immerhin hat sich der Abwärtstrend zuletzt verlangsamt. Gleichzeitig deutet eine erneut gestiegene Vakanzzeit darauf hin, dass trotz höherer Arbeitslosigkeit Engpässe in bestimmten Berufsgruppen bestehen bleiben und einige Unternehmen weiterhin Schwierigkeiten haben, ihre offenen Stellen zeitnah zu besetzen. Angesichts des zu erwartenden leichten Rückgangs im laufenden Quartal ergibt sich für das Gesamtjahr 2025 nahezu eine Stagnation der Erwerbstätigen (8 000 Personen weniger als 2024), während die Zahl der Arbeitslosen insgesamt um etwa 160 000 steigen dürfte (Tabelle 4).

Im Zuge der erwarteten Belebung der wirtschaftlichen Aktivität dürfte sich der Arbeitsmarkt im Prognosezeitraum wieder dynamischer entwickeln. Die Erwerbstätigkeit wird in den beiden kommenden Jahren wohl zunächst leicht (um 23 000 Personen) und dann deutlicher zunehmen (um 143 000 Personen). Dabei wird ein stärkerer Aufbau der Beschäftigung durch das demografisch bedingte Schrumpfen des Erwerbspersonenpotenzials begrenzt. Die Aktivrente, die im kommenden Jahr in Kraft tritt, wird nach einer Anlaufphase im Jahr 2027 die Beschäftigten- und damit auch die Erwerbspersonenzahl wohl um immerhin etwa 30 000 Vollzeitäquivalente erhöhen.[10] Gleichzeitig dürfte die Arbeitslosigkeit sinken, 2026 um rund 50 000 Personen und 2027 deutlicher um knapp 200 000 Personen. Damit würde die Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent im laufenden auf 6,2 Prozent im kommenden und 5,8 Prozent im Jahr 2027 zurückgehen.

9 Die Unterschiede zwischen beiden Indikatoren legen nahe, dass der Stellenaufbau in den kommenden Monaten weiterhin eher im öffentlichen Sektor als in der Privatwirtschaft stattfinden dürfte.

10 Diese Zahl steht auch im Einklang mit einer Analyse des Dezernats Zukunft, die bis zum Jahr 2034 von einem Zuwachs von etwa 255 000 Vollzeitäquivalenten durch die Aktivrente ausgeht, siehe Sven von Wangenheim, Saskia Gottschalk und Florian Schuster-Johnson (2025): Wie viel Potenzialwachstum steckt im Koalitionsvertrag? Dezernat Zukunft Policy Paper (online verfügbar). Für eine Abschätzung der Aufkommens- und Verteilungswirkungen der Aktivrente siehe Stefan Bach et al. (2025): Aktivrente entlastet vor allem besserverdienende Rentner*innen – mit unsicheren Beschäftigungseffekten. DIW Wochenbericht Nr. 25, 395–402 (online verfügbar).

Kasten 3

Produktionspotenzial

Die Berechnung des Produktionspotenzials basiert auf dem Verfahren der Europäischen Kommission.[1] Demografische Effekte werden durch ein Alterskohortenmodell berücksichtigt.[2]

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird im Wesentlichen anhand der 2021 aktualisierten Bevölkerungsprojektion (unter Annahme der moderaten Entwicklung von Geburtenrate und Lebenserwartung sowie des niedrigen Wanderungssaldos) fortgeschrieben.[3] Diese Projektion musste infolge der hohen Zuwanderung Geflüchteter im Jahr 2022, vor allem aus der Ukraine, angepasst werden: Im Jahr 2022 erreichte die Nettozuwanderung den höchsten Wert seit 1950 und betrug knapp 1,46 Millionen Personen.[4] Im laufenden Jahr wird die Nettoeinwanderung auf 200 000 Personen zurückgehen und deutlich unter den Durchschnitt der letzten zehn Jahre von knapp 600 000 Personen pro Jahr fallen. Unter diesen Bedingungen wird die Erwerbsbevölkerung in Deutschland im Zuge der demografischen Alterung ab dem laufenden Jahr insgesamt allmählich sinken (Tabelle 1). Für den Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung bei den Erwerbszuwanderern und den Nicht-Erwerbszuwanderern wird der Wert aus dem Ausländerzentralregister angesetzt.[5] Die Partizipationsquoten werden für Geflüchtete und die übrige Bevölkerung getrennt geschätzt und anschließend zusammengefasst. Angefangen mit 75,1 Prozent im Jahr 2025 steigt die gesamte Partizipationsquote leicht bis ins Jahr 2026 und geht danach wieder zurück. Auch die natürliche Erwerbslosenquote ergibt sich als gewichteter Durchschnitt der entsprechenden Werte für Geflüchtete und der übrigen Bevölkerung. Sie liegt im Jahr 2025 bei 3,4 Prozent und geht bis 2030 auf 2,9 Prozent zurück.

Das Arbeitsvolumen wird bis 2030 voraussichtlich um durchschnittlich 0,3 Prozentpunkte pro Jahr sinken (Tabelle 2). Ab 2026 werden vor allem die schrumpfende Erwerbsbevölkerung und die sinkende Arbeitszeit zu Buche schlagen. Ab 2028 kommt auch die fallende Partizipationsquote als weiterer negativer Wachstumsfaktor hinzu. Insgesamt dürfte das potenzielle Arbeitsvolumen in Stunden somit bis 2030 einen durchschnittlichen Wachstumsbeitrag von –0,2 Prozentpunkten leisten.

1 Für eine ausführliche Beschreibung dieser Methode siehe Karel Havik et al. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. Europäische Kommission in ihrer Reihe European Economy – Economic Papers Nr. 420.

2 Siehe Timm Bönke et al. (2023): DIW-Konjunkturprognose: Aussichten reichen von wolkig bis heiter. DIW Wochenbericht Nr. 50, 703–742 (online verfügbar).

3 Statistisches Bundesamt (2021): Ausblick auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und den Bundesländern nach dem Corona-Jahr 2020 – Erste mittelfristige Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2035 (online verfügbar).

4 Statistisches Bundesamt (2025): Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland von 1950 bis 2024 (online verfügbar).

5 Rund 90 Prozent der EU-Zuwanderer sind im erwerbsfähigen Alter. Bei der Nicht-EU-Zuwanderung beträgt der Anteil 71 Prozent. Vgl. Statistisches Bundesamt (2020): Ausländische Bevölkerung – Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2019. Fachserie 1, Reihe 2.

Tabelle 1

Mittelfrist: Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

In tausend Personen (sofern nicht anders angegeben)

Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit								
	Erwerbstätige (Inland)	beschäftigte Arbeitnehmer*innen (Inland)	jährliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				preisbereinigt, verkettete Volumenwerte				
				insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigen-stunde	in jeweiligen Preisen	Deflator
	in Tausenden	in Tausenden	in Stunden	in Milliarden Euro	in Euro	in Euro	in Milliarden Euro	2020 = 100
2018	44 878	40 649	1 381	3 565	79 428	58	3 434	96
2024	45 987	42 283	1 334	3 601	78 302	59	4 329	120
2030	45 845	42 221	1 335	3 779	82 424	62	5 197	138
	Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent							
2024/2018	0,4	0,7	−0,6	0,2	−0,2	0,3	3,9	3,8
2030/2024	−0,1	0,0	0,0	0,8	0,9	0,9	3,1	2,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

Tabelle 2

Wachstum des realen Produktionspotenzials

Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2018–2024	2024–2030
Produktionspotential	0,7	0,3
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,1	−0,2
Kapitalvolumen	0,4	0,3
Totale Faktorproduktivität	0,2	0,2

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

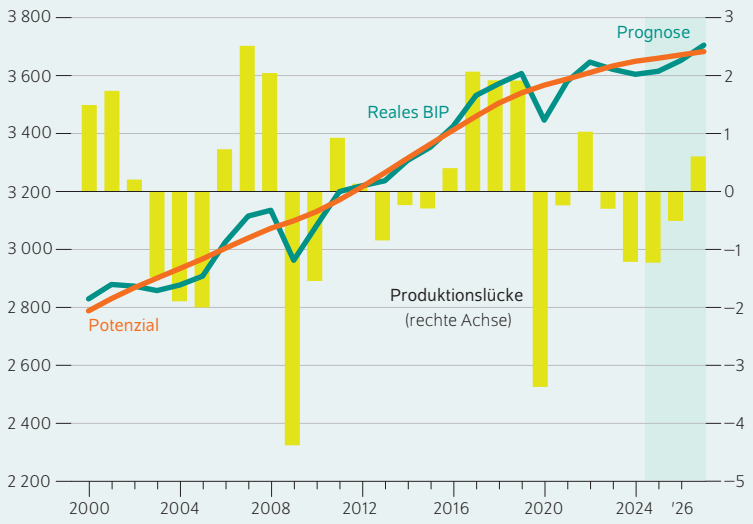
© DIW Berlin 2025

Zusammen mit dem Wachstumsbeitrag des Kapitalstocks in Höhe von 0,3 Prozentpunkten und dem der Totalen Faktorproduktivität in Höhe von 0,2 Prozentpunkten ergibt sich, dass das reale Produktionspotenzial bis 2030 um jahresdurchschnittlich 0,3 Prozent zunehmen wird, wobei die Raten demografisch bedingt von Jahr zu Jahr sinken werden (Abbildung).

Abbildung

Bruttoinlandsprodukt und Potenzial bzw. Produktionslücke

In Milliarden Euro (linke Achse) bzw.
Prozent des Potenzials (rechte Achse)



Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2025.

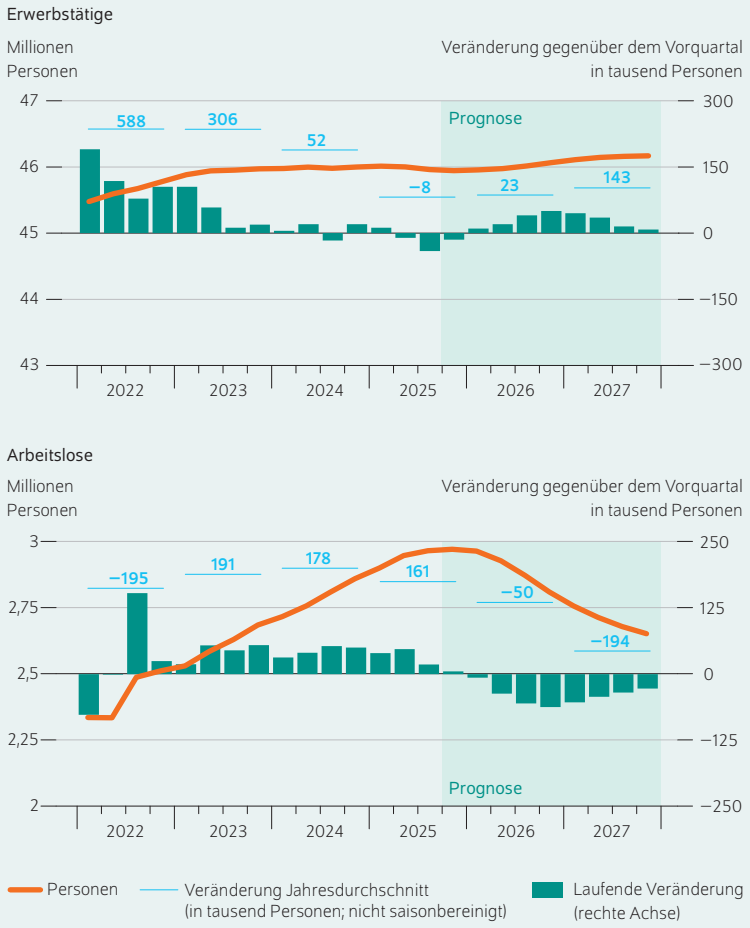
Quelle: DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

Das reale Produktionspotenzial nimmt zu, die Raten flachen aber ab.

Abbildung 4

Erwerbstätige und Arbeitslose in Deutschland
Zahl der Personen (saisonbereinigt)



Anmerkung: Prognose ab dem vierten Quartal 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

Die Zahl der Arbeitslosen wird wieder sinken.

Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen wurde für die ersten beiden Quartale 2025 nach unten revidiert, was vor allem auf eine niedrigere Arbeitszeit der Arbeitnehmenden zurückzuführen ist. Nichtsdestotrotz ist diese im dritten Quartal gegenüber dem zweiten Vierteljahr und auch im Vorjahresvergleich leicht gestiegen, während die Arbeitszeit je Selbstständigen weiter kontinuierlich rückläufig war. Mit der erwarteten konjunkturellen Belebung dürfte die Kurzarbeit wieder abgebaut und der Aufbau der Arbeitszeitkonten vorangetrieben werden. Entsprechend ist mit einem Anstieg der Arbeitszeit je Erwerbstätigen um 0,6 Prozent für 2026 und um 0,3 Prozent für 2027 zu rechnen. Hiervon gehen jeweils rund 0,3 beziehungsweise 0,1 Prozentpunkte auf eine höhere Zahl an Arbeitstagen in den jeweiligen Jahren zurück.

Abschwächung bei Tariflöhnen stehen starke Effektivverdienste gegenüber

Die Lohnentwicklung ist derzeit heterogen: Während sich das Wachstum der Tarifverdienste im laufenden Jahr verlangsamt hat, beschleunigte sich der Anstieg der Effektivverdienste. Im dritten Quartal 2025 lagen die Tarifverdienste einschließlich Sonderzahlungen 2,7 Prozent über dem Vorjahreswert. Die abgeschwächte Entwicklung ist zum einen darauf zurückzuführen, dass zu Beginn dieses Jahres die Inflationsausgleichsprämien ausgelaufen sind. Darüber hinaus fielen die Tarifabschlüsse angesichts der schwachen wirtschaftlichen Lage zuletzt moderat aus. Die Verhandlungsmacht der Beschäftigten ist im Vergleich zu den Vorjahren geringer, was sich unter anderem im jüngsten Abschluss im Leiharbeitsgewerbe zeigt: Dort steigen die Tariflöhne nach drei Nullmonaten zum Jahresende ab Januar 2026 lediglich um 2,5 Prozent, ab September 2026 um weitere 3,5 Prozent. Zum Jahresende 2025 beginnen zudem die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder, deren Abschluss allerdings erst Anfang 2026 zu erwarten ist. Insgesamt dürften die Tarifverdienste im Jahr 2025 um 2,8 Prozent steigen. Für 2026 und 2027 ist eine ähnliche Dynamik zu erwarten, wobei sich für das Jahr 2027 im Rahmen der konjunkturellen Erholung eine leichte Beschleunigung einstellen dürfte.

Anders als bei den Tariflöhnen hat sich die Dynamik bei den Effektivverdiensten seit Jahresbeginn spürbar beschleunigt. Im dritten Quartal 2025 lagen sie 5,1 Prozent über dem Vorjahreswert, wobei die höchsten Zuwächse in den Dienstleistungsbranchen erzielt wurden – insbesondere in den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen mit Wachstumsraten von bis zu sieben Prozent. Auch im Verarbeitenden Gewerbe stiegen die Löhne robust, wobei ein Teil dieser Anstiege wohl durch eine temporäre Erhöhung von Abfindungszahlungen erklärt werden kann. Insgesamt ergibt sich für 2025 ein deutlicher Anstieg der Effektivverdienste um 4,5 Prozent. Mit dem allmählichen Anziehen der wirtschaftlichen Dynamik sind für die Jahre 2026 und 2027 robuste Zuwächse der Effektivverdienste von 3,2 beziehungsweise 3,3 Prozent zu erwarten (Tabelle 5). Dabei stützt die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 13,90 Euro im Januar 2026 und auf 14,60 Euro im Januar 2027 insbesondere die unteren Einkommensgruppen. Die realen Lohnstückkosten dürften in diesem Jahr erneut kräftig zulegen, bevor sie 2026 leicht zurückgehen und im Jahr 2027 unverändert bleiben. Damit liegen sie zum Ende des Prognosezeitraums dann geringfügig über ihrem langfristigen Durchschnitt.

Inflation bleibt leicht über Zielwert

Nachdem die Verbraucherpreisinflation in der ersten Jahreshälfte 2025 leicht zurückging und das Preisstabilitätsziel der EZB von zwei Prozent in den Monaten Juni und Juli erreichte, hat sie seit dem Sommer wieder zugelegt. Im November lag sie mit 2,3 Prozent leicht über dem EZB-Ziel (Abbildung 5). Haupttreiber dieses Anstiegs waren zum einen die Dienstleistungspreise, die seit September wieder kräftiger zulegten und zuletzt mit einer Rate von 3,5 Prozent

gegenüber dem Vorjahreswert stiegen. Gleichzeitig verlangsamten sich die Rückgänge bei den Energiepreisen. Diese sanken im November nur noch um 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Preisauftrieb bei Lebensmitteln hat sich zuletzt abgeschwächt.[11] Die Kerninflationsrate, die die volatilen Energie- und Lebensmittelpreise ausklammert, blieb mit 2,7 Prozent deutlich erhöht und spiegelt die hartnäckigen Preissteigerungen im Dienstleistungssektor wider.

Bis zum Jahresende dürften die Dienstleistungspreise der treibende Faktor für die Verbraucherpreisinflation bleiben. Im kommenden Jahr wird sich der Preisdruck aufgrund von Basiseffekten und geringeren Lohnzuwächsen wohl abschwächen. Zwar wird der Mindestlohn zum 1. Januar 2026 von aktuell 12,82 Euro auf zunächst 13,90 Euro und im Folgejahr auf 14,60 Euro angehoben. Die Effekte auf die Verbraucherpreise dürften jedoch mangels größerer Preissetzungsspielräume der Unternehmen gering ausfallen und auf die betroffenen Dienstleistungen – allen voran in der Gastronomie, im Einzelhandel und bei Friseur- und Kosmetikleistungen – begrenzt bleiben.[12] Von der Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie von 19 auf sieben Prozent dürften dagegen kaum inflationsdämpfende Impulse ausgehen, da die Steuererleichterungen wohl weitestgehend zur Abdeckung der steigenden (Lohn-)Kosten verwendet werden.

Die weiterhin rückläufigen Rohstoff- und Energiepreise dürften bis zum Jahresende ebenfalls leicht dämpfend wirken, wenngleich sich dieser Effekt mit der annahmegemäßen Stabilisierung der Rohöl- und Gaspreise (Kasten 1) wohl weiter abschwächen wird. Mit der Anhebung des CO_2-Preises von aktuell 55 Euro je Tonne auf einen Wert am oberen Ende des Korridors von 55 bis 65 Euro zum 1. Januar 2026 dürfte von den Energiepreisen im weiteren Prognosehorizont wieder Preisdruck ausgehen.[13] Durch die erwartete Weitergabe der Senkung der Übertragungsnetzentgelte um 6,5 Milliarden Euro an die Verbraucher*innen wird dieser aber wohl etwas abgemildert. Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) dürfte im Prognoseverlauf leicht preissteigernd wirken.

Insgesamt ergibt sich für die Verbraucherpreisinflation im Jahresdurchschnitt 2025 eine Rate von 2,2 Prozent. Im Jahr 2026 ist eine Teuerungsrate von 2,1 Prozent zu erwarten, die im Jahr 2027 wieder auf 2,2 Prozent ansteigen dürfte. Die Kerninflationsrate wird dieses Jahr aufgrund anhaltend hoher Dienstleistungspreise bei voraussichtlich 2,7 Prozent liegen und in den Jahren 2026 und 2027 bei jeweils 2,2 Prozent.

11 Es zeigen sich jedoch große Unterschiede zwischen den einzelnen Nahrungsmittelgruppen: Während sich Süßwaren, Kaffee, Fleisch und Obst spürbar verteuerten, gingen die Preise für Butter und Speiseöle sowie für Gemüse deutlich zurück.

12 Vgl. Matthias Dütsch, Clemens Ohlert und Arne Baumann (2025): The Minimum Wage in Germany: Institutional Setting and a Systematic Review of Key Findings. Journal of Economics and Statistics. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 245(1–2), 113–151.

13 Die ursprünglich für den 1. Januar 2027 geplante Umstellung des nationalen Emissionshandelssystems (nEHS) auf das Europäische Emissionshandelssystem 2 (EU ETS 2) wurde um ein Jahr verschoben, sodass davon im Prognosezeitraum keine Effekte zu erwarten sind.

Tabelle 4

Arbeitsmarktbilanz
In tausend Personen (sofern nicht anders angegeben)

	2024	2025	2026	2027
Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	61 364	61 229	61 615	62 010
Erwerbstätige Inland	45 987	45 978	46 002	46 145
Arbeitnehmer*innen	42 283	42 313	42 353	42 499
darunter:				
SV Beschäftigte	34 939	34 968	35 041	35 204
Geringfügig Beschäftigte	4 178	4 121	4 082	4 064
Selbstständige	3 704	3 665	3 649	3 646
Pendlersaldo	157	157	157	157
Erwerbstätige Inländer	45 830	45 821	45 844	45 987
Arbeitslose	2 787	2 948	2 898	2 703
Arbeitslosenquote BA[1]	6,0	6,3	6,2	5,8
Erwerbslose[2]	1 490	1 665	1 645	1 514
Erwerbslosenquote[3]	3,1	3,5	3,5	3,2

1 Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).
2 Definition der ILO.
3 Erwerbslose in Prozent der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer*innen plus Erwerbslose).

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

Tabelle 5

Entwicklung der Löhne[1] in Deutschland
In Prozent (jeweils gegenüber dem Vorjahr)

	2024	2025	2026	2027
Durchschnittliche Arbeitszeit	–0,2	–0,1	0,7	0,4
Verdienst je Arbeitnehmer*in	5,2	4,5	3,2	3,3
Verdienst je Stunde	5,3	4,6	2,5	2,9
Lohndrift (Arbeitnehmer*in)	0,5	1,7	0,6	0,4
Tariflohn (Monat)	4,7	2,8	2,6	2,8

1 Inlandskonzept.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

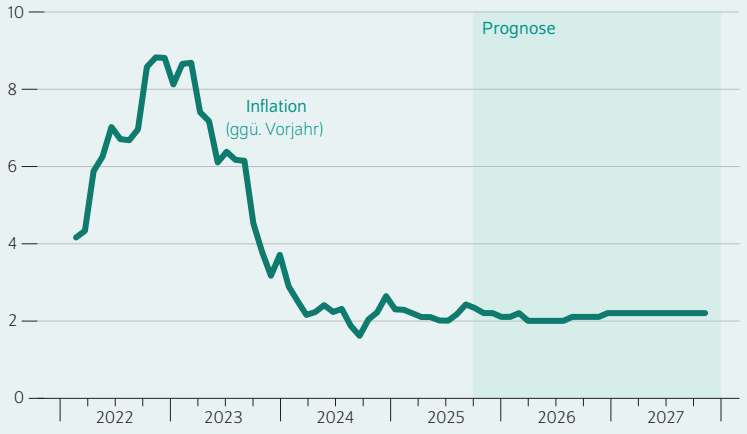
© DIW Berlin 2025

Verunsicherung dämpft privaten Konsum

Der private Konsum wird weiterhin vom Vorsichtsmotiv der Verbraucher*innen bestimmt. Nachdem die Konsumausgaben im zweiten Quartal nahezu stagnierten, gingen sie im dritten Quartal im Vorquartalsvergleich überraschend deutlich zurück (um 0,3 Prozent). Gleichzeitig stieg die saisonbereinigte Sparquote deutlich um einen halben Prozentpunkt auf 10,7 Prozent und liegt damit wieder über dem Durchschnitt in Vorpandemiezeiten. Zum Rückgang des privaten Verbrauchs dürften vor allem sinkende Ausgaben und Sondereffekte im Reiseverkehr beigetragen haben. Auch die Aufwendungen für Gastronomie- und Beherbergungsdienstleistungen sowie für Nahrungsmittel nahmen ab. Die Gesundheitsausgaben setzten ihren Aufwärtstrend dagegen fort. Bekleidung und Schuhe sowie Versicherungs- und

Abbildung 5

Verbraucherpreisinflation in Deutschland
In Prozent



Anmerkung: Prognose ab dem vierten Quartal 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

Die Inflation bleibt in der Nähe des Zwei-Prozent-Ziels der Europäischen Zentralbank.

Finanzdienstleistungen wurden im Vorquartalsvergleich ebenfalls mehr gekauft.

Im laufenden Quartal dürfte der private Konsum kaum an Schwung gewinnen. So stagniert der GfK-Konsumklimaindex seit mehreren Monaten im negativen Bereich; die Konjunktur- und Einkommenserwartungen haben sich im November weiter eingetrübt. Auch im Einzelhandel wird sorgenvoll auf das Weihnachtsgeschäft und die kommenden Monate geblickt. Die Umsätze stagnieren seit mehreren Monaten und sanken im Oktober, sodass der Indexwert zuletzt um 0,3 Prozent unter dem Durchschnitt des dritten Quartals lag. Zudem ging das ifo-Geschäftsklima für den Einzelhandel im November merklich zurück. Dabei fiel die Bewertung der Lage so schlecht aus wie zuletzt vor über vier Jahren; auch die Erwartungskomponente erhielt einen deutlichen Dämpfer. Ähnliches zeigt sich bei den Konsumgüterherstellern, wo die Lageeinschätzung ebenfalls rückläufig war – dies dürfte an den schwachen Auftragszahlen gelegen haben. Hinzu kommen Sorgen der privaten Haushalte um den Arbeitsplatz und mögliche Einkommensverluste sowie die anhaltende konjunkturelle Schwäche, die wohl dämpfend auf die Konsumneigung wirken. Hoffnungsvoll stimmen dagegen die privaten Pkw-Zulassungen, die in den letzten Monaten deutlich gestiegen sind. Insgesamt dürfte der private Konsum im aktuellen Quartal stagnieren und die Sparquote leicht zurückgehen.

Im weiteren Prognoseverlauf ist mit einer moderaten Belebung des privaten Konsums zu rechnen. Die Masseneinkommen werden in den beiden kommenden Jahren wohl kräftig zulegen – getrieben durch robuste Zuwächse der Nettolöhne und der monetären Sozialleistungen. Hierbei dürfte auch die schrittweise Anhebung des Mindestlohns wirken, von der insbesondere Verbraucher*innen im unteren Einkommensbereich mit hoher Konsumneigung profitieren. Die Sparquote dürfte sinken und sich ihrem durchschnittlichen Vorkrisenniveau von rund 10,3 Prozent annähern. Allerdings dürfte die Ungleichheit der Arbeitseinkommen leicht steigen (Kasten 4).

Die gesamten real verfügbaren Einkommen werden in den beiden kommenden Jahren wohl wieder anziehen. Können sie im laufenden Jahr den Preisauftrieb, gemessen am Deflator des privaten Konsums, kaum ausgleichen, ist mit der erwarteten Entspannung auf dem Arbeitsmarkt infolge der konjunkturellen Erholung ab dem nächsten Jahr wieder mit kräftigeren Zuwächsen zu rechnen.

Getragen von einem starken ersten Quartal dürfte der private Konsum in diesem Jahr um 0,8 Prozent zulegen. Für das kommende Jahr ergibt sich ein jahresdurchschnittliches Plus von 0,7 Prozent. Mit der anziehenden konjunkturellen Dynamik und der erwarteten Aufhellung auf dem Arbeitsmarkt dürfte der private Konsum im Jahr 2027 um 1,0 Prozent zulegen.

Staatsverbrauch schiebt weiter an

Der Staat hat seine nominalen Konsumausgaben im bisherigen Jahresverlauf kräftig ausgeweitet. Der Anstieg schlug sich allerdings nur zum Teil im preisbereinigten Staatskonsum nieder, da es sich bei einem Gutteil wohl um Tariflohnanstiege bei den öffentlich Beschäftigten handelte. Die vorläufige Haushaltsführung des Bundes sorgte ab dem zweiten Quartal für einen Einbruch bei den Vorleistungskäufen der Gebietskörperschaften, während insbesondere im Bereich der Sozialversicherungen die gewichtigen sozialen Sachleistungen weiter dynamisch zulegten. In realer Rechnung schlägt somit insgesamt immer noch ein deutliches Plus von 2,3 Prozent für das laufende Jahr zu Buche.

Im Prognosezeitraum sind weitere deutliche Anstiege beim staatlichen Verbrauch von 2,4 Prozent im kommenden Jahr und 2,0 Prozent im Jahr 2027 zu erwarten. Zum einen dürften Ausgaben für Vorleistungen, soziale Sachleistungen sowie Personal in den Bereichen Pflege und Gesundheit im Zuge der demografischen Alterung weiter zunehmen. Zum anderen werden wohl die Ausgaben für Verteidigung und die Inanspruchnahme der Verschuldungsspielräume für Infrastrukturmaßnahmen ab dem nächsten Jahr an Fahrt gewinnen. Beides dürfte sich vornehmlich in Vorleistungskäufen niederschlagen.

Ausrüstungsinvestitionen nehmen Fahrt auf

Nach einem schwachen ersten Halbjahr 2025 (–4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreshalbjahr) haben Unternehmen und Staat im dritten Quartal deutlich mehr Maschinen, Geräte und Fahrzeuge angeschafft (+1,1 Prozent im Vorquartalsvergleich). Während die volatileren öffentlichen Investitionsausgaben deutlich zulegten (um 5,3 Prozent), verzeichneten

Kasten 4

Nowcast der Arbeitseinkommensungleichheit

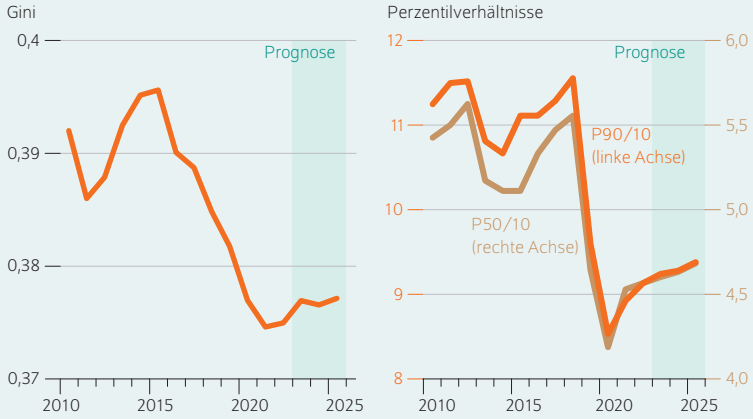
Das DIW Berlin hat ein Modell entwickelt, das die Arbeitseinkommensungleichheit bis an den aktuellen Rand prognostizieren kann (sogenannter Nowcast). Es kombiniert jährlich vorliegende mikroökonomische Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) im DIW Berlin mit einer Vielzahl höherfrequenter gesamtwirtschaftlicher und Arbeitsmarktindikatoren sowie den aktuellen Ergebnissen der DIW-Konjunkturprognosen in einem makroökonometrischen Modell, um so die durchschnittlichen Arbeitseinkommen verschiedener Einkommensgruppen fortzuschreiben. Auf Basis der Modellergebnisse kann unter bestimmten Verteilungsannahmen eine Arbeitseinkommensverteilung für die Gesamtbevölkerung erstellt werden.

Die SOEP-Daten liegen aktuell bis zum Jahr 2022 (Welle v39) vor. Somit wird das Modell genutzt, um die Entwicklung der Ungleichheit für die Jahre 2023, 2024 und 2025 zu schätzen. Dabei beruht die Schätzung für 2023 und 2024 ausschließlich auf makroökonomischen Daten aus der öffentlichen Statistik, während der Nowcast für das aktuelle Jahr auch die Konjunkturprognose des DIW Berlin beinhaltet.

Die Modellergebnisse zeigen, dass sich die Arbeitseinkommen seit 2023 wieder etwas ungleicher über die erwerbstätige Bevölkerung verteilen, nachdem die Ungleichheit vor allem in der Corona-Pandemie, aber auch während der Energiekrise kontinuierlich abgenommen hatte (Abbildung). Der Gini-Koeffizient steigt von 0,375 im Jahr 2022 auf 0,378 im Jahr 2023 und verharrt seitdem in etwa auf diesem Niveau. Dass die Ungleichheit vor allem 2023 zugenommen hat, dürfte in erster Linie daran liegen, dass die mittleren bis topverdienenden Haushalte von den Lohnverhandlungen und entsprechend kräftigen Reallohnzuwächsen nach der Energiekrise profitiert haben. Dies legt nahe, dass die finanzpolitische Ausrichtung in Deutschland einen Anstieg der Arbeitseinkommensungleichheit zumindest nicht verhindern konnte. Erkennen lässt sich das auch daran, dass die Einkommensverhältnisse zwischen Spitzen- und Niedrigverdienenden (P90/10) sowie zwischen der Mitte und dem unteren Ende der Verteilung (P50/10) im Jahr 2023 ebenfalls zunahmen.

Abbildung

Nowcast der Arbeitseinkommensungleichheit: Gini-Koeffizient und ausgewählte Perzentilverhältnisse
Indexpunkte (linke Grafik), Prozent (rechte Grafik)



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP); Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

Die Ungleichheit der Arbeitseinkommen hat seit 2023 wieder etwas zugenommen.

auch die privaten Ausrüstungsinvestitionen erstmals seit eineinhalb Jahren eine positive Wachstumsrate (+0,6 Prozent). Gemeinsam mit einem schwachen zweiten Quartal legt der Zuwachs nahe,[14] dass Unternehmen die Einführung der verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten im Juli abwarteten, um neue Investitionsgüter anzuschaffen. Insgesamt wurde vor allem mehr in Fahrzeuge investiert. Sowohl der öffentliche als auch der private Bereich dürften dort eine Rolle gespielt haben: Umsatzzahlen aus dem dritten Quartal deuten darauf hin, dass neben einem Zuwachs bei Kraftfahrzeugen insbesondere der Absatz so genannter „anderer Transportgüter", unter die beispielweise Militärfahrzeuge fallen, zulegte. Die Anschaffungen von Maschinen gingen dagegen zum wiederholten Male zurück.

Die Stimmung der Investitionsgüterhersteller hat sich im Laufe des Jahres merklich aufgehellt. Laut ifo-Konjunkturumfragen sind die Geschäftserwartungen verbessert, auch die Einschätzung der Geschäftslage ist optimistischer als zu Jahresbeginn. Die Kapazitätsauslastung liegt nach einem deutlichen Tief im Sommer 2024 wieder über der 80-Prozent-Marke – Tendenz aufwärts. Am aktuellen Rand stagniert die Stimmung allerdings. Dies veranschaulicht neben den ifo-Umfragen auch die Herbstumfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), nach der weiterhin vor allem die unsicheren wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und die schwache Inlandsnachfrage auf den Unternehmen lasten; die Investitionsbereitschaft bleibt verhalten.[15] So ist bei den Auftragseingängen der Investitionsgüterhersteller – obwohl der Abwärtstrend der vergangenen Jahre gestoppt scheint – noch keine Kehrtwende ersichtlich. Gleichzeitig ging der Anteil der Unternehmen, die über

14 Die Veränderungsrate der privaten Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Quartal wurde mit der aktuellen Datenlieferung des Statistischen Bundesamtes um mehr als zwei Prozentpunkte auf −2,2 Prozent nach unten revidiert.

15 Deutsche Industrie- und Handelskammer (2025): Steiniger Weg aus der Krise: DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2025 (online verfügbar).

Auftragsmangel als Produktionshindernis klagen, zuletzt wieder deutlich zurück und im Oktober nahm die Investitionsgüterproduktion im Vergleich zum Durchschnitt des dritten Quartals um ein gutes Prozent zu. Insgesamt ergibt sich für das laufende Quartal ein gemischtes Bild. So dürften die Ausrüstungsinvestitionen zwar erneut zulegen; der Zuwachs wird aber wohl weniger kräftig ausfallen als im vergangenen Quartal.

Im weiteren Prognoseverlauf ist mit einer Beschleunigung der Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen. Haupttreiber dieser Entwicklung dürfte das umfassende staatliche Maßnahmenpaket sein: Zum einen ist zu erwarten, dass die geplanten Ausgaben für militärische Ausstattung die staatlichen Investitionen in den kommenden Jahren deutlich steigen lassen. Darüber hinaus werden wohl viele der bereits im Rahmen des Sondervermögens Bundeswehr in Auftrag gegebenen Militärgüter im Prognosezeitraum geliefert und somit buchungswirksam werden. Zum anderen dürfte die steigende öffentliche Nachfrage Unternehmen anregen, Produktionskapazitäten auszubauen. Auch die Ausweitung der degressiven Absetzung für Abnutzung (AfA) dürfte zunehmend Wirkung entfalten. Obwohl die Wachstumsraten dann wohl recht kräftig ausfallen werden, dürften die schwelenden strukturellen Probleme ohne grundsätzliche Reformen bestehen und die Ausrüstungsinvestitionen im Niveau – insbesondere aufgrund vergleichsweise schwächerer Umfänge im privaten Bereich – weit hinter den Höchstwerten vergangener Boom-Jahre zurückbleiben.

Insgesamt ergibt sich für das laufende Jahr ein erneuter Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen (um 2,3 Prozent) – dabei ist ein deutliches Minus bei den Unternehmensinvestitionen ausschlaggebend, während die öffentlichen Investitionsausgaben kräftig ausgeweitet werden. In den kommenden Jahren dürften die Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen robust zulegen. Angetrieben von zweistelligen Steigerungsraten der öffentlichen Investitionen und soliden Ausweitungen im privaten Bereich ergeben sich für 2026 und 2027 Jahresdurchschnittsraten von 5,0 und 5,3 Prozent.

Bauinvestitionen bleiben schwach

Das dritte Quartal sah einen weiteren Rückgang der Bauinvestitionen (um 0,5 Prozent): Sie fielen damit auf den niedrigsten Quartalswert seit 15 Jahren.[16] Dabei war die Entwicklung zweigeteilt. Während die Investitionen in öffentliche Bauten recht kräftig zulegten und das Gesamtaggregat stützten (+2,1 Prozent), wurde im privaten Bereich erneut weniger gebaut als im Vorquartal. Vor allem der gewerbliche Bau sackte deutlich ab (–2,4 Prozent). Auch im Wohnbau stand ein geringeres Investitionsvolumen zu Buche (–0,5 Prozent). Damit setzte sich der Trend, der im Bau nun bereits seit mehreren Jahren zu beobachten ist, fort: Eine nachhaltige Schwäche im Wohnbau, der gelegentlich positive Impulse aus dem Nichtwohnbaubereich gegenüberstehen. Weiterhin dürften vor allem Investitionen in den Tiefbau stabilisierend gewirkt haben; dort legte die Produktion im Durchschnitt des dritten Quartals weiter zu, während sie im Hochbau erneut deutlich zurückging. Im laufenden Quartal wird sich die Dynamik wohl in ähnlicher Weise fortsetzen.

Obwohl die Krise im Wohnbau weiter anhält, häufen sich die Anzeichen auf ein Ende der Talfahrt: Die Baugenehmigungen sind zuletzt von ihrem sehr niedrigen Niveau aus etwas gestiegen, die Auftragseingänge legten im Spätsommer merklich zu. So ist auch der Anteil der Wohnbauunternehmen, die über Auftragsmangel klagen, etwas zurückgegangen und liegt nun bei rund 45 Prozent – zu Jahresbeginn waren es noch 55 Prozent. Gleichzeitig wirken die bremsenden Faktoren weiterhin; vor allem die Finanzierbarkeit stellt für Haushalte und Wohnbauunternehmen ein anhaltendes Problem dar. So hat sich die Preisentwicklung zwar stabilisiert, das hohe Niveau dürfte jedoch viele potenzielle Investor*innen weiter von Projekten abhalten. Dazu kommt, dass die Zinsen für Neubaukredite zuletzt wieder etwas gestiegen sind und die Finanzierung zusätzlich erschweren. So dürften die Wohnbauinvestitionen im Prognoseverlauf nur wenig Dynamik entfalten. Zwar ist bis zum Ende des Prognosezeitraums mit Zuwächsen zu rechnen, diese fallen verglichen mit den massiven Rückgängen der vergangenen Jahre jedoch relativ gering aus.

Der Nichtwohnbau dürfte robuster expandieren, getragen von kräftigen Ausweitungen im öffentlichen Bereich. Während der Tiefbau jenseits des Straßenbaus bereits seit Jahren regelmäßig kräftige Neuaufträge verzeichnet, was sich sichtbar in der Bauproduktion niederschlägt, ließen sich auch bei den Auftragseingängen im Hochbau außerhalb des Wohnbaus am aktuellen Rand Zuwächse beobachten. Zahlen zu den spezifisch öffentlichen Auftragseingängen, die nur nominal zur Verfügung stehen, unterstreichen diese Entwicklung: Zwischen Januar und September dieses Jahres stiegen die nominalen Auftragseingänge im öffentlichen Hoch- und Tiefbau verglichen mit dem Vorjahreszeitraum um jeweils über zehn Prozent. Auch wenn ein Teil dieses Anstiegs durch Preisanstiege getrieben sein dürfte – die Baupreise im öffentlichen Nichtwohnbau stiegen im gleichen Zeitraum um durchschnittlich knapp drei Prozent –, deuten diese Zahlen auf eine kräftige Dynamik bei den Nichtwohnbauten in den kommenden Jahren hin. Im Wirtschaftsbau dürfte die Dynamik ebenfalls etwas anziehen, aber schwächer ausfallen. Angesichts der suboptimalen Standortbedingungen fehlen die Anreize, hierzulande neue Produktionsstätten zu bauen.[17]

Die Baupreisentwicklung hat sich nach der Preisexplosion in den Jahren 2021 bis 2023 weitgehend normalisiert – zunächst erwartete Rückgänge aufgrund der stark sinkenden

16 Das reale, saison- und kalenderbereinigte Volumen der Bauinvestitionen lag im dritten Quartal 2025 bei 80 Milliarden Euro. Niedriger war das Niveau zuletzt im vierten Quartal 2010 (77,7 Milliarden Euro).

17 Laut DIHK-Umfrage sind die Standortbedingungen weiterhin eines der größten Geschäftsrisiken. Insbesondere Bürokratie und Arbeitskosten werden als problematisch genannt. Vgl. Deutsche Industrie- und Handelskammer (2025), a.a.O.

Kapazitätsauslastung haben sich allerdings nicht eingestellt. Im weiteren Verlauf dürften die Baupreise weiter moderat zulegen. Im öffentlichen Bereich werden die Zuwächse aufgrund der stark steigenden Nachfrage dabei wohl kräftiger ausfallen als im Wohn- und Wirtschaftsbau.

Insgesamt ergibt sich für die Bauinvestitionen in diesem Jahr ein weiteres Minus von 1,2 Prozent. In den kommenden Jahren dürften sie um 1,7 und 3,4 Prozent ausgeweitet werden (Tabelle 6). Dabei fallen die Zuwachsraten bei den öffentlichen Nichtwohnbauinvestitionen mit jeweils knapp sieben Prozent besonders kräftig aus, während die privaten Bauinvestitionen die Gesamtentwicklung wohl dämpfen werden.

Tabelle 6

Reale Investitionen
In Prozent

	2024	2024	2025	2026	2027
	Anteile in Prozent	Veränderung gegenüber dem Vorjahr			
Wohnungsbau	60,0	−5,4	−2,6	0,9	2,7
Nichtwohnungsbau	40,0	−0,1	0,8	2,7	4,4
Gewerblicher Bau	23,2	−5,0	0,7	−0,1	2,7
Öffentlicher Bau	16,8	7,4	1,0	6,7	6,7
Bauinvestitionen	100,0	−3,4	−1,2	1,7	3,4
Ausrüstungen		−5,4	−2,3	5,0	5,3

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

Struktureller Anpassungsdruck im Außenhandel

Die Exporte sind in diesem Jahr deutlich von der US-amerikanischen Zollpolitik geprägt. Während im ersten Quartal Vorzieheffekte die deutschen Ausfuhren kräftig ansteigen ließen, zeigten sich zwischen April und Juni insbesondere bei den Warenexporten Rückpralleffekte. Auch im dritten Vierteljahr waren die Nachwirkungen der US-Zollerhöhungen spürbar: Die deutschen Ausfuhren sanken um 0,7 Prozent im Vergleich zum Vorquartal. Dabei stand für die Warenexporte zwar insgesamt nur ein leichtes Minus von 0,1 Prozent zu Buche. Es zeigte sich jedoch eine zweigeteilte Entwicklung: Während die Ausfuhren in Drittländer – allen voran in die USA und nach China, das viele ehemals importierte Güter zunehmend selbst produziert – merklich zurückgingen, wurde die Gesamtentwicklung zumindest teilweise durch starke Zuwächse bei den Warenexporten ins europäische Ausland abgefedert. Die Dienstleistungsausfuhren verzeichneten – nach zwei starken Quartalen – einen deutlichen Rückgang (um 2,6 Prozent zum Vorquartal). Dabei sind vor allem Dienstleistungen im Bereich der Gebühren für die Nutzung geistigen Eigentums sowie sonstige unternehmensnahe Dienstleistungen, die Forschungs- und Entwicklungsdienste, Unternehmensberatungen und Ingenieurleistungen umfassen, gesunken.

Auch für das laufende Quartal legen die Frühindikatoren keine spürbare Belebung der Exporte nahe. So nahmen die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland im Oktober um vier Prozent gegenüber September ab. Die ifo-Exporterwartungen sind zuletzt ebenfalls merklich gesunken und verharren nunmehr im negativen Bereich. Das Zollumfeld lastet weiterhin auf den Ausfuhren und wird die Exporte in die USA wohl weiter dämpfen. Stützend dürfte dagegen die robuste Nachfrage aus EU-Ländern wirken, in die mehr als die Hälfte der deutschen Warenexporte fließen. Insbesondere die Ausfuhren in die mittel- und osteuropäischen Länder, allen voran nach Polen und Tschechien, dürften weiter anziehen. Insgesamt ist für das laufende Quartal mit einem leichten Anstieg der Exporte zu rechnen.

Für den weiteren Prognoseverlauf deutet sich bei den Ausfuhren nur eine fragile Erholung an. Zu viele strukturelle Probleme lasten auf der Exportindustrie, als dass der Außenhandel wesentliche Wachstumsimpulse für die deutsche Wirtschaft entfalten kann. Hohe Energie- und Lohnstückkosten, eine schleppende Digitalisierung, höherer Bürokratieaufwand und ein Rückstand bei wichtigen Zukunftstechnologien belasten – gemeinsam mit einem weiterhin starken Euro – die ohnehin strauchelnde Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf den internationalen Märkten.[18] Dazu kommt das verstärkte Vordringen chinesischer Produkte in EU-Märkte, die bislang von deutschen Exporteuren dominiert wurden.

Insgesamt dürften die Exporte in diesem Jahr um 0,2 Prozent zurückgehen. Für die beiden nächsten Jahre ergibt sich – getragen durch eine robuste Nachfrage aus dem europäischen Ausland – ein Wachstum von 1,2 beziehungsweise 1,7 Prozent. Wenngleich die Exporte moderat zulegen, bleiben die Wachstumsraten historisch niedrig, da die deutschen Ausfuhren nicht mehr so stark wie früher von der Dynamik des Welthandels profitieren. Über den Prognosehorizont hinweg dürfte die Bedeutung der Warenexporte für die deutsche Wirtschaft weiter abnehmen (Tabelle 7).

Die Importe konnten ihren Aufwärtstrend aus der ersten Jahreshälfte nicht fortsetzen und stagnierten im dritten Quartal. Während die Warenimporte noch zulegten (um 0,9 Prozent zum Vorquartal), gingen die Dienstleistungsimporte spürbar zurück (um 1,9 Prozent). Ähnlich wie bei den Exporten stützten die Wareneinfuhren aus dem europäischen Ausland, wobei insbesondere mehr Vorleistungs- und Investitionsgüter importiert wurden. Bei den Dienstleistungsimporten wirkten vor allem der Reiseverkehr sowie Transportleistungen dämpfend, wohingegen es leichte Zuwächse bei Regierungs- und IT-/EDV-Leistungen gab.

18 Laut ifo-Konjunkturumfrage ist die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Industrieunternehmen im Oktober 2025 auf ein Rekordtief gesunken. So berichtete mehr als jedes dritte Industrieunternehmen einen Rückgang seiner Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Ländern außerhalb der EU; gegenüber anderen EU-Ländern waren es 21,5 Prozent. Besonders stark war der Rückgang in den energieintensiven Branchen, bei den Herstellern von elektronischen und optischen Erzeugnissen und im Maschinenbau. Vgl. ifo Institut (2025), a. a. O.

Tabelle 7

Indikatoren zur Außenwirtschaft[1]
In Prozent bzw. Milliarden Euro

	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Exporte, preisbereinigt	−2,1	−0,2	1,2	1,7
Waren	−2,9	−0,7	1,2	1,5
Dienstleistungen	0,8	1,4	1,0	2,4
Importe, preisbereinigt	−0,6	3,5	2,5	2,4
Waren	−2,3	5,0	3,3	2,6
Dienstleistungen	3,7	0,2	0,9	2,0
Terms of Trade	1,4	0,6	0,3	−0,5
	In Milliarden Euro			
Außenbeitrag, nominal	163,5	113,7	97,4	80,1

1 In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

Im laufenden Quartal dürften die Importe moderat zulegen. Sowohl die Exporte als auch der private Konsum, die aufgrund ihrer Importintensität die Entwicklung der Wareneinfuhren treiben, kommen nur langsam in Schwung. Im kommenden Jahr dürften die im Zuge des Sondervermögens wachsenden öffentlichen Investitionen und insbesondere die steigende Nachfrage nach Rüstungsgütern die Einfuhren beschleunigen. Stützend dürfte zudem wirken, dass Vorleistungsgüter künftig in stärkerem Maße importiert statt inländisch produziert werden. Auch der immer noch starke Euro-Wechselkurs, der die Einfuhren für inländische Unternehmen günstiger macht, wird die Importtätigkeit wohl etwas antreiben. Insgesamt dürften die Importe aufgrund der starken ersten Jahreshälfte in diesem Jahr um 3,5 Prozent wachsen. In den beiden kommenden Jahren ist dann mit einem robusten Plus von 2,5 beziehungsweise 2,4 Prozent zu rechnen.

Die Außenhandelspreise waren zuletzt rückläufig. Da die Importpreise aufgrund sinkender Energiepreise stärker zurückgingen als die Exportpreise, verbesserten sich die Terms of Trade im dritten Quartal abermals. Diese Entwicklung dürfte aufgrund der rückläufigen Rohölpreise zunächst anhalten. Mit der erwarteten Stabilisierung der Energiepreise im kommenden Jahr rückt die gesunkene Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporte dann aber zunehmend in den Vordergrund. Steigender internationaler Konkurrenzdruck und engere Preissetzungsspielräume dürften die Terms of Trade ab 2027 weiter in Richtung ihres langfristigen Mittels drücken.

Neue Ausgaben, schwächere Einnahmen: Defizit weitet sich deutlich aus

Im laufenden Jahr halten sich gesamtstaatliche Einnahmen und Ausgaben die Waage. Während auf der Einnahmenseite die empfangenen Sozialbeiträge insbesondere aufgrund diskretionärer Maßnahmen zulegen, tragen auf der Ausgabenseite neben einem kräftigen Staatskonsum auch deutliche Anstiege der monetären Sozialleistungen zur Ausweitung bei. In den kommenden Jahren kommt es zu Mehreinnahmen bei den direkten und indirekten Steuern und Minderausgaben bei der Arbeitslosenversicherung im Zuge der verbesserten konjunkturellen Lage. Durch Steuererleichterungen zum Ausgleich der Kalten Progression, für Investitionen und im Gastgewerbe wird der Einnahmeneffekt allerdings abgeschwächt. Ausgabenseitig materialisiert sich zudem das Ausschöpfen der alten und neuen Verschuldungsspielräume für Infrastruktur, Klimatransformation und Verteidigung. Zusätzlich ist aufgrund der demografischen Alterung nicht mit einer Abschwächung der Wachstumsraten bei den Sozialversicherungsausgaben zu rechnen. Damit wird sich das gesamtstaatliche Defizit in den Jahren 2026 und 2027 deutlich ausweiten.

Die direkten Steuereinnahmen legen im laufenden Jahr aufgrund einer weiterhin kräftigen Lohndynamik, die nach dem Wegfall der Inflationsausgleichsprämie zum Jahresende 2024 wieder vollumfänglich steuerpflichtig ist, robust zu. Für sich genommen einnahmendämpfend wirkt hingegen die Anpassung des Einkommensteuertarifs zum Ausgleich der Kalten Progression. Die direkten Steuern der Kapitalgesellschaften und die gewinnabhängigen Steuern entwickeln sich im Einklang mit rückläufigen Unternehmens- und Vermögenseinkommen im laufenden Jahr verhalten. In den nächsten Jahren sorgt die konjunkturelle Belebung für Steuermehreinnahmen, die allerdings durch zahlreiche Maßnahmen wie dem Investitionssofortprogramm, der Umsatzsteuersenkung im Gastgewerbe ab 2026 sowie der Einkommensteuerbefreiung im Rahmen der Aktivrente ab dem Jahr 2027 abgeschwächt werden. Die sonstigen Produktionsabgaben, die im Jahr 2026 wohl maßgeblich von den Erhöhungen der CO_2-Abgabe angeschoben werden, bleiben im Folgejahr aufgrund des stabilen CO_2-Preises nahezu konstant. Insgesamt dürften die Steuereinnahmen im laufenden Jahr um 3,6 Prozent und in den Jahren 2026 und 2027 jeweils um 3,7 Prozent zunehmen. Insgesamt bleibt die Steuerquote damit über den Prognosezeitraum in etwa konstant bei 23 Prozent.

Der deutliche Anstieg der Sozialversicherungsbeitragseinnahmen im laufenden Jahr ist nicht allein auf den Wegfall der Inflationsausgleichsprämie zurückzuführen, sondern in erheblichem Maße auch auf die Erhöhung der Beitragssätze in den gesetzlichen Pflege- und Krankenversicherungen. Auch in den kommenden zwei Jahren werden die Beitragseinnahmen aufgrund weiterer Erhöhungen und einer robusten Lohndynamik deutlich zulegen. Das Verhältnis der Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen zum nominalen Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2027 damit wohl um 1,3 Prozentpunkte höher liegen als noch im Jahr 2024 und seit Mitte der 1990er Jahre nicht gesehene Höhen erklimmen.

Mit den Zinssenkungen der EZB hat sich der Zuwachs der vom Staat empfangenen Vermögenseinkommen so stark abgeschwächt, dass für das laufende Jahr ein Rückgang

zu verzeichnen ist. Im weiteren Prognosehorizont dürften moderate Zuwächse verbucht werden. Die sonstigen laufenden Transfers – wie auch die empfangenen Vermögenstransfers – sind vornehmlich geprägt von Zahlungen aus dem Next-Generation-EU-Aufbauinstrument. Diese Transfers haben im laufenden Jahr nur geringfügig zugelegt und werden auch in den kommenden Jahren lediglich moderat ausgeweitet werden. Im laufenden Jahr führte ein Erbschaftsteuerfall in Bayern zu einer ungewöhnlich hohen Zunahme der empfangenen Vermögenstransfers. Der Wegfall dieses Einmaleffekts wird ihre Zuwachsrate im kommenden Jahr ins Negative drücken; im Jahr 2027 ist insgesamt dann wieder mit einer moderaten Ausweitung zu rechnen.

Die Verkäufe des Staates wurden unter anderem durch die Ausweitung der Lkw-Maut auf weitere Gewichtsklassen zur Mitte des vergangenen Jahres, die bis zur Jahresmitte 2025 nachwirkten, dynamisch ausgeweitet. Eine deutliche Abschwächung der Einnahmen durch Verkäufe ist im Prognosezeitraum nicht zu erwarten – zum einen, da der Preis des Deutschlandtickets weiter angehoben wird und zum anderen, weil die Kommunen aufgrund ihrer angespannten Finanzlage immer häufiger Gebührensätze anheben dürften.

Alles in allem werden die Staatseinnahmen im laufenden Jahr um voraussichtlich 5,5 Prozent und in den Jahren 2026 und 2027 um 4,0 beziehungsweise 4,2 Prozent steigen. Damit erhöht sich die Staatseinnahmenquote im Jahr 2025 deutlich auf 47,8 Prozent und steigt im weiteren Prognoseverlauf moderat auf 48,3 Prozent.

Die Staatsausgaben legen im gesamten Prognosehorizont dynamisch zu. Konjunkturelle Ausgabentreiber werden dabei abgelöst von diskretionären ausgabenseitigen Maßnahmen, während strukturelle Ausgabenverpflichtungen aufgrund der demografischen Alterung durchgehend anschieben.

Die monetären Sozialleistungen nehmen im aktuellen Jahr noch deutlich zu; neben dem kontinuierlichen Anstieg der Arbeitslosenzahl wirkte im ersten Halbjahr auch noch die robuste Rentenerhöhung zum Juli des Vorjahres nach. Ab dem kommenden Jahr dürfte sich die Wachstumsrate zum einen aufgrund einer verbesserten Arbeitsmarktlage und damit einhergehender geringerer Arbeitslosigkeit abschwächen. Zum anderen wird die Preis- und Lohndynamik wohl weiter an Fahrt verlieren, sodass die Leistungssätze weniger kräftig expandieren.

Die sozialen Sachleistungen legen im laufenden Jahr unter anderem aufgrund des Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetzes um 6,9 Prozent zu. In den beiden Folgejahren dürften die Raten geringer, aber im Zuge der alternden Gesellschaft weiterhin kräftig ausfallen. Bei den Arbeitnehmerentgelten des Staates hat sich im laufenden Jahr eine starke Dynamik entfaltet. Neben teilweise noch deutlichen – da der Inflationsdynamik verzögert folgenden – Tariferhöhungen hat auch eine erneute Ausweitung der Beschäftigung zu dieser Entwicklung beigetragen. Im Zuge der gesamtwirtschaftlich nachlassenden Lohndynamik dürften in den kommenden Jahren auch die geleisteten Arbeitnehmerentgelte mit geringeren Raten expandieren. Aufgrund von Konsolidierungsbestrebungen ist zudem ein Personalaufbau nur noch in ausgewählten Bereichen wie Verteidigung vorgesehen.

Die Expansionsrate der Vorleistungskäufe wie auch der Bauinvestitionen fällt im laufenden Jahr nicht zuletzt aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung beim Bund und der angespannten Kassenlage der Kommunen mit 3,2 beziehungsweise 3,8 Prozent eher gering aus. Mit ersten Abflüssen aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität und der sogenannten Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse wird sich die Dynamik ab dem Jahr 2026 beschleunigen. In den Ausrüstungsinvestitionen zeigt sich bereits im laufenden Jahr eine deutliche Aufwärtstendenz, da sich nun Aufträge aus dem Sondervermögen Bundeswehr materialisieren. Die Zuwachsraten dürften hier aufgrund von militärischen Ausrüstungen auch in den nächsten Jahren kräftig ausfallen.

Nachdem die Gütersubventionen mit dem Auslaufen der Strom- und Gaspreisbremsen im Laufe des Jahres 2024 auf null gefallen waren, werden sie ab dem kommenden Jahr durch die Subvention der Netzentgelte wieder deutlich ausgeweitet. Bei den sonstigen Subventionen schlägt unter anderem die Abschaffung der Gasspeicherumlage im laufenden Jahr zu Buche, im Jahr 2027 trägt der Industriestrompreis für sich genommen zu einer Ausweitung der Subventionen bei. Insgesamt dürften die Subventionen somit in den beiden kommenden Jahren robust ausgeweitet werden. Die geleisteten Vermögenstransfers werden ihre Dynamik wohl ab dem kommenden Jahr infolge von Abflüssen aus den Sondervermögen und Mehrausgaben unter dem erweiterten Verteidigungsbegriff wieder entfalten, nachdem sie sich im laufenden Jahr aufgrund eines Basiseffekts infolge eines Gerichtsurteils negativ entwickeln.

Mit der Zinswende der EZB hat sich der Zinssatz, zu dem langjährige Staatsanleihen refinanziert werden müssen, wieder abgeschwächt, liegt aber immer noch über dem Zinsniveau der Niedrigzinsphase. Daher werden die geleisteten Vermögenseinkommen über den Prognosezeitraum mit 8,3 bis elf Prozent weiterhin kräftig expandieren, die Zuwachsraten von über 20 Prozent der Jahre 2022 bis 2024 werden aber bei weitem nicht mehr erreicht. Nach einem moderaten Anstieg im laufenden Jahr werden die sonstigen laufenden Transfers im Jahr 2026 kräftig und im Jahr 2027 wieder verhalten wachsen. Maßgeblich für ihre Entwicklung sind Abführungen an die EU, die wohl insbesondere im kommenden Jahr deutlich ausfallen werden.

Insgesamt steigen die Staatsausgaben in diesem Jahr um voraussichtlich 5,2 Prozent und in den kommenden beiden Jahren um 5,7 beziehungsweise 4,6 Prozent. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt dürften sie somit ausgehend von 49,4 Prozent im Jahr 2024 bis auf 51,9 Prozent im Jahr 2027 klettern.

Tabelle 8

Ausgewählte finanzpolitische Indikatoren[1]
In Prozent (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt)

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	Nachrichtlich: Zinssteuer-quote[2]	Staatsschul-denquote nach Maastricht
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeträge		Zinsausgaben	Brutto-investitionen			
2016	45,9	23,7	16,4	44,7	1,2	2,4	1,1	5,0	68,9
2017	45,9	23,8	16,5	44,5	1,0	2,4	1,3	4,3	64,4
2018	46,5	24,1	16,7	44,7	0,9	2,6	1,9	3,8	61,1
2019	46,9	24,1	16,9	45,5	0,8	2,7	1,3	3,3	59,1
2020	46,7	23,2	17,6	51,1	0,6	3,1	−4,4	2,8	66,1
2021	47,5	24,4	17,2	50,7	0,6	2,9	−3,2	2,4	66,3
2022	46,7	24,2	16,7	48,6	0,7	2,9	−1,9	2,9	63,7
2023	45,7	22,8	16,8	48,1	0,9	2,8	−2,5	3,8	62,0
2024	46,8	23,0	17,5	49,4	1,1	3,0	−2,7	4,6	61,4
2025	47,8	23,1	18,4	50,4	1,1	3,1	−2,6	4,9	62,1
2026	48,1	23,2	18,6	51,4	1,2	3,4	−3,4	5,1	63,1
2027	48,3	23,2	18,8	51,9	1,2	3,6	−3,6	5,4	64,3
2027/2024	47,7	23,1	18,3	50,8	1,2	3,3	−3,0	5,0	62,8

1 In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

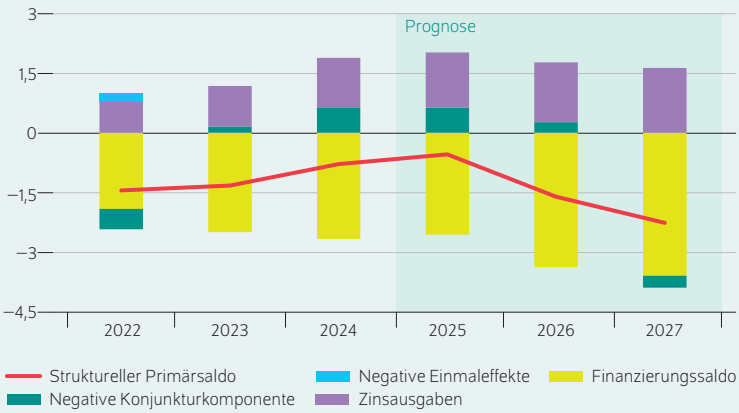
Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

Abbildung 6

Struktureller Primärsaldo
In Prozent (in Relation zum nominalen Produktionspotenzial)



Anmerkung: Der strukturelle Primärsaldo ergibt sich als Summe der Balken. Prognose ab dem Jahr 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

Der strukturelle Primärsaldo geht im Prognosezeitraum zurück.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt dürfte sich damit ausgehend von –2,7 Prozent im Jahr 2024 im laufenden Jahr noch leicht auf –2,6 Prozent verbessern, über den weiteren Prognosehorizont dann aber bis auf –3,6 Prozent absacken (Tabelle 8). Der strukturelle Primärsaldo nach modifizierter EU-Methode verbessert sich aufgrund der ausgeprägten negativen Konjunkturkomponenten zunächst deutlicher von –0,8 Prozent (2024) auf –0,5 Prozent (2025) in Relation zum Produktionspotenzial (Abbildung 6). Mit der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik und zum Ende des Prognosehorizonts geschlossener Output-Lücke verschlechtert er sich dann auf –1,6 Prozent im Jahr 2026 und –2,3 Prozent im Jahr 2027. Der Bruttoschuldenstand des Staates wird sich, ausgehend von 61,4 Prozent im Jahr 2024, im Prognosezeitraum auf über 64 Prozent erhöhen.

Weltwirtschaft trotzt US-Handelspolitik stärker als erwartet

Trotz spürbarer Belastungen durch US-Handelshemmnisse in vielen Regionen erweist sich die Weltwirtschaft widerstandsfähiger als erwartet. Der globale Handel bleibt stark, vor allem dank eines dynamischen Handels in Asien. Auch die seit dem Frühjahr geschlossenen Handelsabkommen der USA mit der EU, China und weiteren Partnern haben die zuvor hohe Unsicherheit gemindert. Zugleich stützt eine vielerorts expansive Finanzpolitik die Konjunktur, während die anhaltend hohen Investitionen in Künstliche Intelligenz – insbesondere in den USA – für zusätzliche Impulse sorgen.

Die weltweite Konjunktur hat im dritten Quartal etwas an Tempo verloren, legte mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,7 Prozent nach 0,9 Prozent im Vorquartal jedoch weiter robust zu (Abbildung 7).[19] Gedämpft wurde die Entwicklung vor allem durch eine nachlassende Binnenkonjunktur in mehreren großen Volkswirtschaften, während sich der Außenhandel insgesamt widerstandsfähig zeigte. Zwar belasteten die erhöhten US-Zölle in einigen Ländern die Exporte. Insgesamt blieb der Welthandel mit einem Plus von 1,1 Prozent aber überraschend dynamisch, nicht zuletzt getragen von einem kräftigen innerasiatischen Handel.

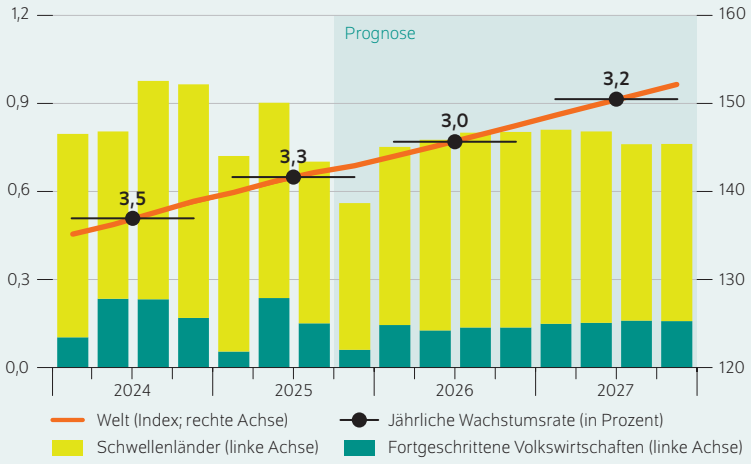
In den USA liegen wegen des Shutdowns – der zeitweisen Schließung vieler Bundesbehörden infolge fehlender Haushaltsbeschlüsse – zwar keine offiziellen Daten vor. Doch verfügbare Indikatoren deuten auf ein Quartalsplus von 0,6 Prozent und damit ein abnehmendes, aber weiterhin solides Wachstum hin. Der private Konsum hat dabei wohl an Dynamik verloren, während Investitionen, insbesondere im Bereich der Künstlichen Intelligenz, stabilisierend wirken. Im Euroraum stützen überraschend starke französische Exporte sowie robuste Beiträge aus Spanien das Quartalsplus von 0,2 Prozent. In Großbritannien flaute die wirtschaftliche Aktivität ab, in der Schweiz und in Japan ging sie auch wegen der US-Zölle zurück. In China konnte der Rückgang der US-Exporte weitgehend durch stärkere Ausfuhren in andere Regionen sowie stützende geld- und fiskalpolitische Maßnahmen kompensiert werden. Insgesamt wuchs die chinesische Wirtschaft im dritten Quartal um 1,1 Prozent, nach 1,0 Prozent im Vorquartal. Im Vorjahresvergleich verlangsamte sich das Wachstum hingegen von 5,2 auf 4,8 Prozent.

Seit dem Frühjahr haben die USA mit ihren wichtigsten Handelspartnern eine Reihe neuer Zollabkommen geschlossen. Im Oktober verlängerten sie zudem die Zollpause mit China um ein Jahr. Die Abkommen legen die allgemeinen Zollsätze auf US-Importe neu fest, enthalten jedoch zahlreiche Ausnahmen: So werden Stahl und Aluminium pauschal mit 50 Prozent verzollt, während für andere Güter niedrigere oder gar keine Zölle gelten. Dadurch weicht der handelsgewichtete effektive Zollsatz je nach Güterzusammensetzung teils deutlich vom allgemeinen Niveau ab (Abbildung 8). Die neuen Vereinbarungen haben die Unsicherheit im globalen Handel reduziert und die Planungssicherheit für Unternehmen erhöht. Dies zeigt sich auch im Rückgang des globalen Unsicherheitsindex – insgesamt bleibt er jedoch weiterhin auf erhöhtem Niveau (Abbildung 9). Entsprechend hat sich die Stimmung in den Unternehmen wieder etwas verbessert: Die globalen Einkaufsmanagerindizes sowohl für das Verarbeitende Gewerbe als auch für den Dienstleistungssektor liegen wieder oberhalb der Expansionsschwelle von 50 Punkten.

Gleichzeitig zementieren die Zollabkommen jedoch ein deutlich erhöhtes US-Zollniveau auf Importe, was die Nachfrage dämpfen und somit die Produktion sowie globale Konjunktur zum Jahresende etwas bremsen dürfte. Auch der Welthandel wird im vierten Quartal wohl an Schwung verlieren, da viele Unternehmen ihre kurzfristigen Ausweichstrategien – etwa das Vorziehen von Lieferungen – zunehmend ausgeschöpft haben dürften. Im Euroraum drückt

Abbildung 7

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts
In Prozent zum Vorquartal (linke Achse); Index 1. Quartal 2015 = 100 (rechte Achse)



Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

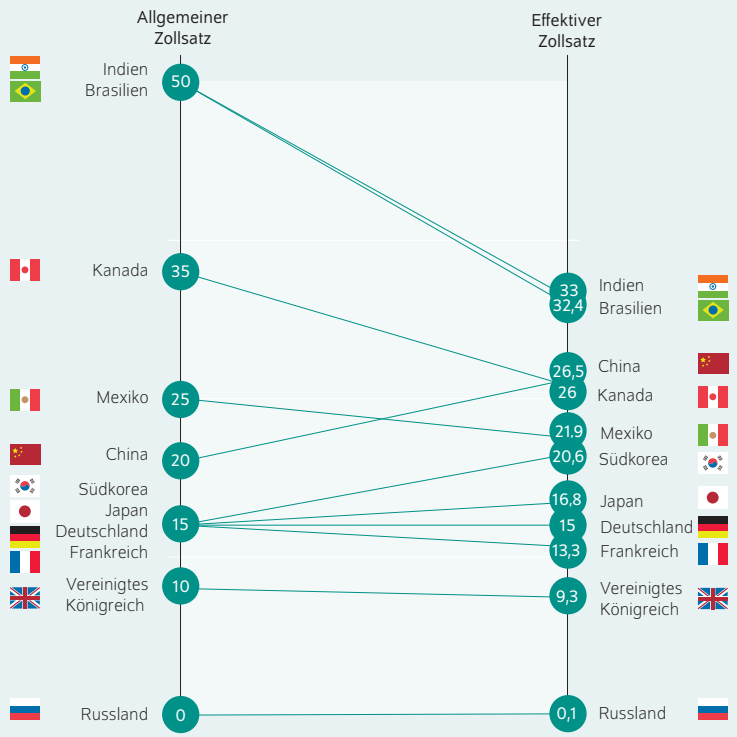
© DIW Berlin 2025

Die gestiegenen US-Handelshemmnisse belasten sowohl die Schwellenländer als auch die fortgeschrittenen Volkswirtschaften.

19 Die globalen Quartals- und Jahreszahlen unterscheiden sich von der Herbstprognose, da die Gewichtung der Schwellenländer im Verhältnis zu den fortgeschrittenen Volkswirtschaften aktualisiert wurde.

Abbildung 8

Allgemeine und effektive US-Zollsätze für ausgewählte Länder
In Prozent



Anmerkung: Stand: 1. Dezember 2025. Im effektiven Zollsatz werden güterspezifische Abweichungen vom allgemeinen Zollsatz berücksichtigt.

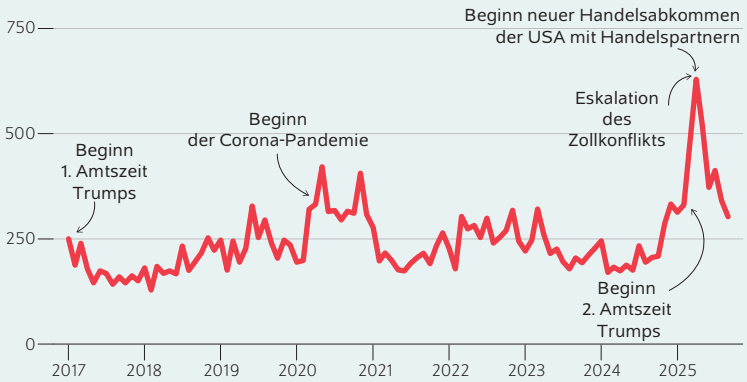
Quelle: The Economist.

© DIW Berlin 2025

Die allgemeinen und die effektiven US-Zollsätze für einzelne Länder unterscheiden sich teils erheblich.

Abbildung 9

Weltweite ökonomische Unsicherheit
Index in Punkten



Quelle: Global Economic Policy Uncertainty Index.

© DIW Berlin 2025

Die weltweite Unsicherheit ist durch die Zollabkommen wieder etwas zurückgegangen.

neben den US-Importzöllen auch der anhaltend schwache US-Dollar auf die Exporte. Seit Jahresbeginn hat der Dollar gegenüber dem Euro um knapp zwölf Prozent nachgegeben, was Ausfuhren aus dem Euroraum verteuert und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Produkte auf dem US-Markt weiter verringert. In den USA dürfte der Shutdown das Wachstum im laufenden Quartal spürbar bremsen, sodass die Wirtschaft voraussichtlich stagniert. Auch in China dürfte das Wachstum im laufenden Quartal aufgrund der nachlassenden Exportdynamik und des verhaltenen Konsums nur moderat ausfallen.

Für die erste Jahreshälfte 2026 wird nur mit einer geringen Expansionsdynamik der Weltwirtschaft gerechnet, die erst ab Jahresmitte wieder etwas anzieht. Dabei dürften vor allem die US-Handelshemmnisse belasten, während eine vielerorts leicht expansive Finanzpolitik die Binnenkonjunktur stützt. In den USA dürfte das Defizit hoch bleiben, bedingt durch die Steuerentlastungen aus dem „One Big Beautiful Bill Act“. Geringere Gesundheitsausgaben und höhere Zolleinnahmen gleichen dies wohl nur teilweise aus. Für den Euroraum wird eine weitgehend neutrale Ausrichtung der Finanzpolitik angenommen: Zwar stehen einige Länder angesichts hoher Staatsverschuldung vor Konsolidierungsanforderungen, doch die gelockerten Fiskalregeln schaffen zugleich zusätzlichen Spielraum, insbesondere für höhere Verteidigungsausgaben. In China und Japan verfolgen die Regierungen mit neuen Fiskalpaketen eine expansive Finanzpolitik.

Geldpolitik liefert wohl kaum Impulse

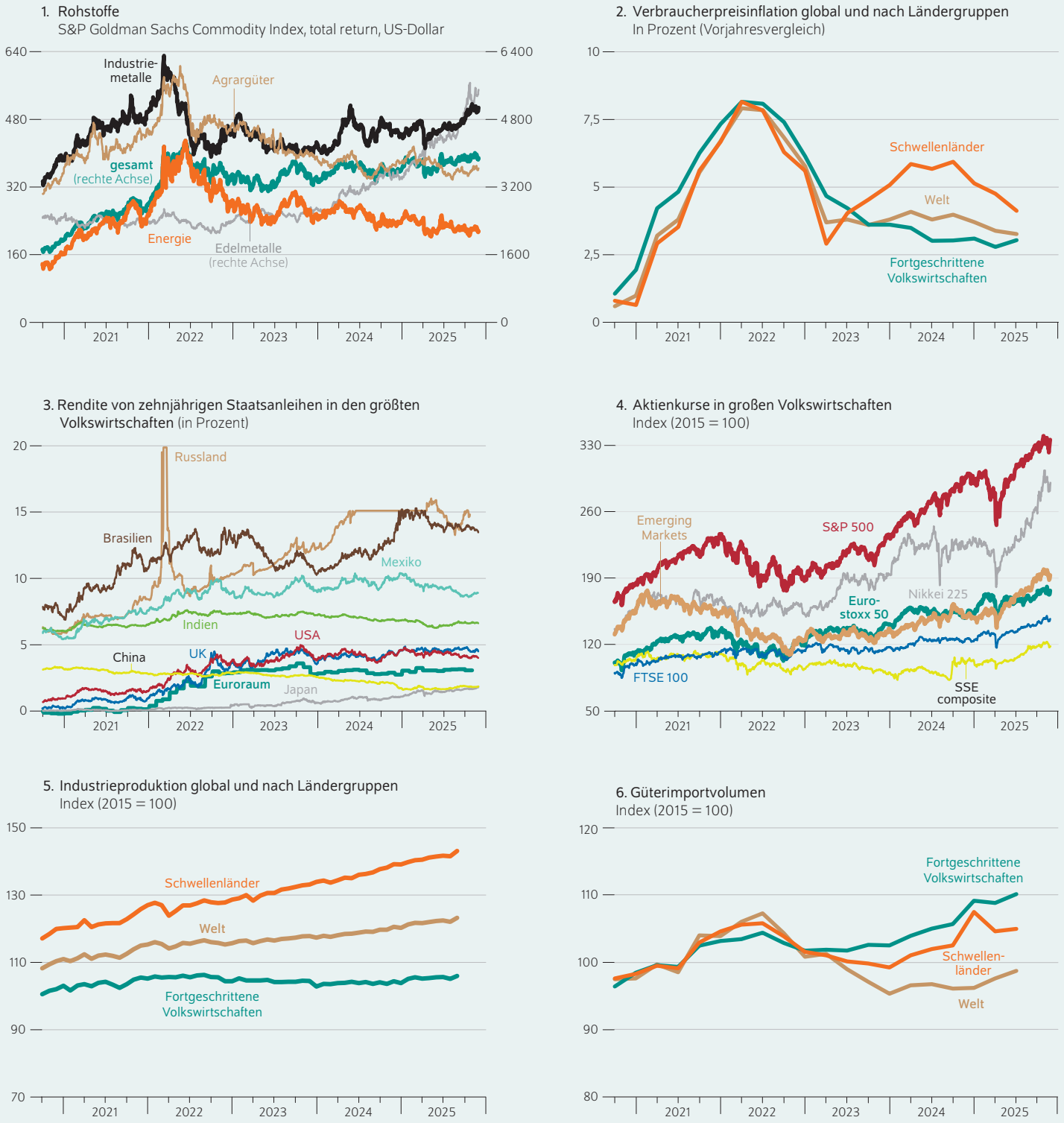
Die Geldpolitik dürfte im Prognosezeitraum kaum Impulse setzen. Die Europäische Zentralbank hat den Einlagesatz im ersten Halbjahr auf zwei Prozent gesenkt und bewegt sich damit weitgehend im neutralen Bereich. Weitere Zinsschritte sind vorerst nicht zu erwarten. Im Vereinigten Königreich und in Indien liegen die Leitzinsen weiterhin im restriktiven Bereich, auch wenn die Zentralbanken ihren Lockerungskurs vorerst fortsetzen dürften. In China bleibt die Geldpolitik wohl expansiv, um die schwache Binnenwirtschaft zu stützen und den bestehenden Deflationstendenzen entgegenzuwirken.

In den USA zeichnet sich trotz weiterhin erhöhter Inflation – sie lag im September bei drei Prozent – eine weniger restriktive geldpolitische Ausrichtung ab, da die Arbeitsmarktrisiken zunehmen. Für das laufende Jahr wird in den USA eine Inflationsrate von 2,7 Prozent erwartet, während sie im Euroraum im Durchschnitt auf etwa 2,2 Prozent sinken dürfte, gestützt durch anhaltend niedrige Energiepreise. Seit Jahresbeginn sind sowohl Öl- als auch Gasgroßhandelspreise deutlich gefallen. Auch die globalen Nahrungsmittelpreise steigen insgesamt weniger stark. Die Arbeitsmärkte präsentieren sich weitgehend stabil und stützen zusammen mit den rückläufigen Energie- und Nahrungsmittelpreisen die Konsumnachfrage (Abbildung 10).

Allerdings dürfte das hohe US-Zollniveau den Welthandel und die globale Konjunktur merklich belasten. In den USA

Abbildung 10

Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld



Anmerkungen: Letzte Beobachtungen: 26. November 2025 (Abbildungsteil 1); 30. September 2025 (Abbildungsteil 2); 26. November 2025 (Euroraum: 31. Oktober 2025) (Abbildungsteil 3); 26. November 2025 (Abbildungsteil 4); 1. September 2025 (Abbildungsteil 5); 30. September 2025 (Abbildungsteil 6).

Quellen: S&P Dow Jones Indices; Deutsche Börse; CBOE; EZB; PboC; Federal Reserve; BoE; BOJ; Central Bank of Brazil; Bureau of Labor Statistics; IHS Markit; CPB Word Trade Monitor.

© DIW Berlin 2025

Tabelle 9

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft
In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
Europa												
Europäische Union	1,0	1,6	1,6	1,9	2,6	2,5	2,3	2,3	6,0	6,0	5,9	6,1
Euroraum	0,8	1,4	1,2	1,4	2,4	2,2	2,0	2,0	6,4	6,4	6,3	6,5
... ohne Deutschland	1,4	2,0	1,2	1,4	2,4	2,1	2,0	1,9	8,0	7,6	7,2	7,7
Frankreich	1,1	0,8	1,0	1,0	2,3	1,0	1,2	1,4	7,4	7,5	7,4	7,4
Italien	0,5	0,5	0,5	0,6	1,1	1,8	1,9	2,0	6,6	6,2	6,3	6,3
Spanien	3,5	2,9	2,2	2,1	2,9	2,5	2,1	2,0	11,4	10,5	9,7	9,4
Niederlande	1,1	1,7	1,2	1,3	3,2	2,9	2,4	2,0	3,7	3,8	3,6	3,6
Vereinigtes Königreich	1,1	1,4	1,2	1,4	2,5	3,4	2,6	2,0	4,3	4,7	5,0	4,7
Schweiz	1,4	1,2	1,0	1,3	1,1	0,3	0,5	0,8	4,3	4,8	4,9	4,4
Mittel- und Südosteuropa	2,0	2,6	2,9	3,5	4,0	4,1	3,1	3,2	3,7	3,9	3,8	3,6
Türkei	3,5	3,5	3,2	3,4	58,5	36,1	29,6	27,0	8,7	8,5	8,5	8,5
Russland[1]	4,3	0,8	0,6	1,2	8,5	9,0	7,3	6,9	2,5	2,2	2,2	2,3
Amerika												
USA	2,8	1,9	1,7	1,9	3,0	2,7	2,5	2,2	4,0	4,3	4,6	4,7
Mexiko	1,2	0,6	0,9	1,9	4,7	3,8	3,4	3,2	2,7	2,7	3,0	2,9
Brasilien	3,0	2,5	1,6	2,2	4,4	5,2	4,0	3,6	6,9	6,3	6,5	6,7
Asien												
Japan	−0,2	1,3	0,7	0,7	2,7	3,1	2,0	2,0	2,5	2,5	2,4	2,3
Südkorea	2,0	1,1	1,9	1,6	2,3	2,1	2,0	2,0	2,8	2,6	2,5	2,5
China	5,0	4,9	4,3	4,3	0,0	−0,4	−0,1	0,5	5,1	5,2	5,2	5,0
Indien	6,9	6,9	6,0	6,5	4,9	2,4	4,3	3,7	8,0	7,3	7,3	7,2
Total												
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	1,8	1,7	1,4	1,6	3,3	3,0	2,6	2,3	4,5	4,6	4,7	4,7
Schwellenländer	5,1	4,9	4,4	4,7	5,6	4,5	4,9	5,0	6,0	5,7	5,8	5,7
Welt	3,5	3,3	3,0	3,2	3,9	3,4	3,4	3,3	5,7	5,5	5,5	5,5
Nachrichtlich:												
Exportgewichtet[2]	*2,3*	*2,1*	*1,8*	*2,1*								
BIP in US-Dollar gewichtet[3]	*3,0*	*2,8*	*2,5*	*2,7*								

1 Die für Russland prognostizierten Daten sind mit großen Unsicherheiten behaftet. Russland hat nur geringes Gewicht in der Gesamtprognose.
2 Gewichtung der Welt mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr über das Jahr 2024 laut Statistischem Bundesamt.
3 Gewichtung der Welt mit dem BIP in US-Dollar von 2024 bis 2027.

Anmerkungen: Die schwarzen Zahlen sind abgerechnete Zahlen. Die Werte der Ländergruppen sind ein gewichteter Durchschnitt, wobei für die Gewichtung des BIP und der Verbraucherpreise das jeweilige Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparitäten aus dem IMF World Economic Outlook für die Jahre 2024 bis 2027 verwendet wird. Für die Gewichtung der Arbeitslosenzahlen in den Ländergruppen wird die Erwerbsbevölkerung (15 bis 64 Jahre) des jeweiligen Landes für das Jahr 2023 verwendet. Zu den mittel- und südosteuropäischen Staaten zählen Polen, Rumänien, Tschechische Republik und Ungarn.

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

werden sich die Konsument*innen wohl nach dem Auslaufen der zollbedingten Vorzieheffekte zunehmend zurückhalten. Trotz stützender Impulse durch KI-bezogene Investitionen ist angesichts der anhaltend hohen Unsicherheit bei den übrigen Unternehmensinvestitionen vorerst insgesamt nur wenig Schwung zu erwarten. Die in den vergangenen Jahren starke wirtschaftliche Expansion dürfte sich damit nicht fortsetzen – trotz einer weniger restriktiven Geldpolitik und einer leicht expansiven Ausrichtung der Finanzpolitik. Insgesamt dürfte die US-Wirtschaft in diesem Jahr um 1,9 Prozent wachsen und sich im Jahr 2026 mit einem Plus von 1,7 Prozent etwas abkühlen, bevor sie im Jahr 2027 wieder um 1,9 Prozent anzieht.

China dürfte wegen der hohen US-Zölle und der dadurch gedämpften Exporttätigkeit das Wachstumsziel der Regierung von fünf Prozent dieses Jahr knapp verfehlen. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Immobilienkrise, die den privaten Konsum weiterhin spürbar belastet, dürfte das Wachstum trotz der expansiven Wirtschaftspolitik in den kommenden beiden Jahren nur noch bei jeweils rund 4,3 Prozent liegen.

Im Euroraum dürfte die Wirtschaft im Jahr 2025 um 1,4 Prozent zulegen. Wachstumsmotoren in diesem Jahr sind vor allem der private Konsum und Investitionen, die sich nach der Energiekrise weiterhin auf einem Erholungspfad

befinden. Im kommenden Jahr dürfte sich die Dynamik angesichts nur moderat zunehmender Investitionen und einer insgesamt neutral ausgerichteten Finanzpolitik auf 1,2 Prozent abschwächen. Im Jahr 2027 ist mit einer etwas stärkeren, wenn auch weiterhin moderaten Expansion von rund 1,4 Prozent zu rechnen, unterstützt durch eine leichte Erholung der Güterexporte.

Insgesamt wird für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und von 4,9 Prozent in den Schwellenländern erwartet. Die globale Wirtschaft dürfte 2025 um 3,3 Prozent und 2026 um 3,0 Prozent wachsen. Für 2027 wird ein Plus von 3,2 Prozent erwartet (Tabelle 9). Die Prognose fällt damit für das laufende Jahr um 0,1 Prozentpunkte und für die Jahre 2026 und 2027 um jeweils 0,2 Prozentpunkte höher aus als die Herbstprognose. Grund dafür ist insbesondere die gesunkene Unsicherheit infolge der seit dem Frühjahr geschlossenen Zollabkommen.

Große Risiken für Weltwirtschaft bleiben

Der Ausblick für die Weltwirtschaft bleibt mit erheblichen Risiken behaftet. Ein wesentliches Risiko ergibt sich aus den verschärften chinesischen Exportkontrollen für Seltene Erden. Da viele Volkswirtschaften stark von Lieferungen aus China abhängig sind, könnten strengere Genehmigungspflichten oder Ausfuhrbeschränkungen kurzfristig zu deutlichen Produktionsengpässen in Schlüsselbranchen wie Maschinenbau, Elektronik und Halbleiterfertigung führen. Dies würde globale Lieferketten belasten und den Preisdruck erhöhen. Langfristig birgt die verpflichtende Offenlegung sensibler Geschäfts- und Produktionsdaten für Exportlizenzen zudem das Risiko eines beschleunigten Wissenstransfers nach China. Dies könnte die technologische Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen schwächen und die bestehende strukturelle Abhängigkeit weiter zementieren.

Ein weiteres Risiko stellt die gestiegene Verwundbarkeit des US-Finanzsystems dar. Der stark expandierende Markt für private Kredite finanziert zunehmend große Projekte mit begrenzter Transparenz, was die Anfälligkeit für Fehlbewertungen erhöht. Die Pleite des Autozulieferers First Brands Group verdeutlicht, dass die Ausfallrisiken in diesem Segment zunehmen. Besonders groß sind die Anforderungen derzeit im KI-Bereich, wo viele kapitalkräftige Projekte über den Markt für private Kredite finanziert werden. Sollte es hier zu einer Marktkorrektur kommen, könnten umfangreiche Kreditausfälle entstehen – mit negativen Folgen für die Investitionstätigkeit und die konjunkturelle Entwicklung in den USA und weltweit.

Ein weiteres strukturelles Risiko ergibt sich aus den vielerorts angespannten Staatsfinanzen. In mehreren großen Volkswirtschaften – etwa in den USA, Frankreich und Japan – bleiben die Defizite hoch, während zugleich die Zinslast deutlich gestiegen ist. Wie sich derzeit am japanischen Anleihemarkt zeigt, reagieren Investoren zunehmend sensibel auf mangelnde Konsolidierungsperspektiven: Die Renditen legten dort sprunghaft zu, da die Aussicht auf ein groß angelegtes, schuldenfinanziertes Konjunkturpaket zusätzliche Belastungen für die ohnehin hohe Staatsverschuldung erwarten lässt. Dadurch könnten steigende Finanzierungskosten Investitionen und Konsum dämpfen und die konjunkturelle Dynamik bremsen.

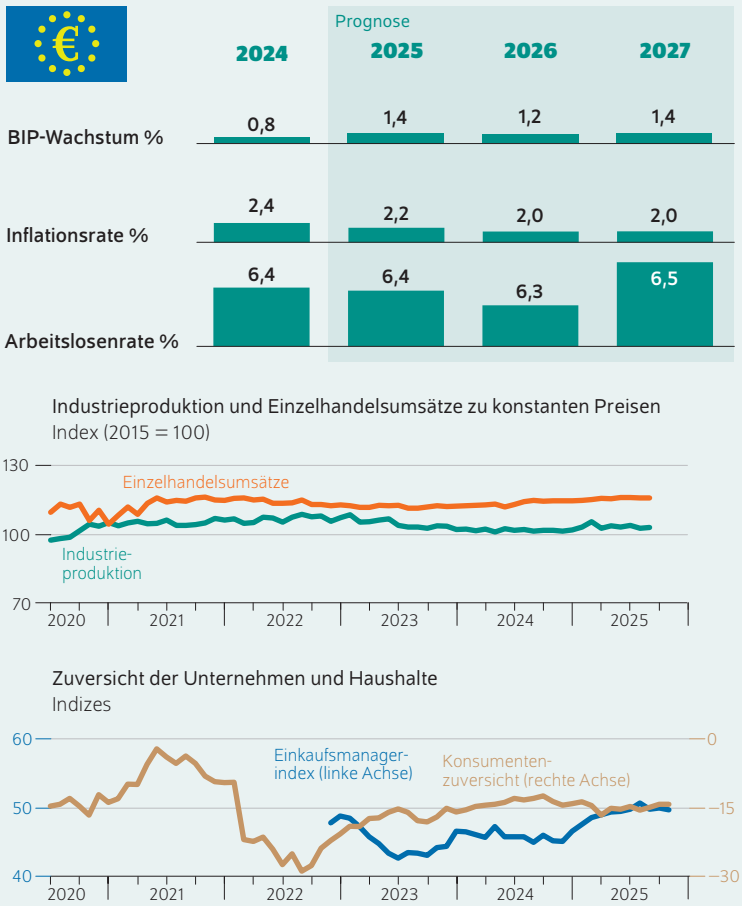
Euroraum: US-Handelshemmnisse und starker Euro dämpfen Ausblick

Nach einem Plus der Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr von 0,7 Prozent hat sich der moderate Wachstumspfad auch im dritten Quartal mit einem Zuwachs von 0,2 Prozent fortgesetzt. Die Erholung stützt sich dabei auf die steigenden Reallöhne, die den privaten Konsum ankurbeln. Zusätzlich trug vielerorts ein positiver Außenbeitrag zum Wachstum bei.

Frankreich und Spanien lieferten im dritten Quartal die größten Wachstumsimpulse. In Spanien stärkten wie schon in den Vorperioden der private Konsum und Investitionen die Konjunktur. In Frankreich trieb ein überraschend kräftiger Anstieg der Exporte das Wachstum, vor allem durch höhere Ausfuhren der Luftfahrt- und der Pharmaindustrie. In Deutschland und Italien stagnierte die Wirtschaft hingegen. In den Niederlanden setzte sich das seit Mitte vergangenen Jahres anhaltende Wachstum mit einer Rate von 0,4 Prozent fort. Wachstumstreiber waren hier ebenfalls steigende Exporte sowie privater und öffentlicher Konsum.

Abbildung 11

Euroraum auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtungen September 2025 (Industrieproduktion, Einzelhandelsumsätze); November 2025 (Einkaufsmanagerindex, Konsumentenzuversicht).

Quellen: Markit; Eurostat; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

In den meisten großen Ländern des Euroraums stützte der Außenhandel die Konjunktur. Im Zuge einer Stabilisierung der US-Zollpolitik dürften Vorzieheffekte keine Rolle mehr spielen. Eine Belebung des Handels fand vermehrt auf dem innereuropäischen sowie chinesischen Absatzmärken statt. Insgesamt zeigt sich der europäische Außenhandel gegenüber der erratischen Handelspolitik der USA robust. Auch die Vorzieheffekte im ersten Halbjahr waren nur in einzelnen Ländern von Bedeutung, wobei in Irland und Deutschland die größten Effekte zu sehen waren. Insgesamt lagen die außereuropäischen Exporte zuletzt sogar auf einem höheren Niveau verglichen zur Zeit vor der Trump-Regierung.

Im laufenden Quartal dürfte sich die bisherige Wachstumsdynamik fortsetzen. Der Anstieg der französischen Exporte wird sich wohl abschwächen, da Luftfahrzeuge über die Vorquartale produziert werden und dann meist zu temporären Exportanstiegen führen. Mit Ausnahme von Frankreich steigen die Reallöhne in allen großen Ländern des Euroraums stetig. Dies dürfte weiterhin den realen Konsum und damit die Expansion stützen. Bemerkenswert ist hingegen die weiterhin erhöhte Sparquote. Sie steigt, wenn das verfügbare Bruttoeinkommen schneller wächst als die Konsumausgaben. Die Verbraucher*innen sind nicht nur wegen der konjunkturellen Lage zurückhaltend. Die Kauffreude drückt auch, dass ihr wahrgenommenes Einkommen seit Ende 2024 nicht mehr steigt – das zeigen Berechnungen der EZB.[20] Somit steht aus Sicht der europäischen Konsument*innen weniger Einkommen zur Verfügung, als es der Anstieg der Reallöhne vermuten lässt.

Auch die Frühindikatorik deutet darauf hin, dass die bisherige Wachstumsdynamik anhält. Der Gesamtindex der Einkaufsmanagerindizes stieg zuletzt auf 52,5 Punkte und liegt damit auf dem höchsten Wert dieses Jahres. Zugrunde liegt ein Anstieg der Aufträge und Nachfrage im Dienstleistungssektor. Die Einkaufsmanagerindizes im produzierenden Gewerbe stagnierten hingegen an der Expansionsschwelle, während sie im Bau deutlich fielen. Insgesamt dürfte der Euroraum im vierten Quartal um 0,3 Prozent expandieren.

Im weiteren Prognoseverlauf wird die Konjunktur im Euroraum wohl zunächst an Fahrt verlieren, bevor sie sich im Jahr 2027 wieder leicht beschleunigt. Die erhöhten US-Handelshemmnisse dürften den Außenhandel zunächst dämpfen. Zusätzlich belastend wirkt der starke Euro, der seit Jahresbeginn um mehr als zwölf Prozent gegenüber dem Dollar aufgewertet hat, und die Ausfuhren verteuert. Allerdings dürfte die EU dank niedrigerer US-Importzölle gegenüber vielen anderen Regionen einen relativen Vorteil behalten, was die europäischen Güterexporte stützt. Gleichzeitig könnte es zu höheren Importen aus Ländern mit stark erhöhten

20 Vgl. Colm Bates et al. (2025): Real Wage Catch-up in the Euro Area. In: ECB Economic Bulletin, Issue 5/2025 (online verfügbar).

US-Zöllen kommen, da etwa China schon jetzt verstärkt auf andere Absatzmärkte ausweicht. Die Dienstleistungsexporte entwickeln sich seit der Corona-Pandemie unverändert robust.

Die Annahmen zur Geldpolitik bleiben im Vergleich zur Herbstprognose unverändert: Es wird von keinem weiteren Zinsschritt über den Prognosehorizont ausgegangen. Das Zinsniveau dürfte somit weiterhin neutral ausgerichtet sein. Trotz der günstigeren Finanzierungsbedingungen im Vergleich zu Beginn dieses Jahres haben sich die Investitionen in den großen Mitgliedsländern – mit Ausnahme von Spanien – insgesamt nur wenig dynamisch entwickelt. Ein Grund dafür dürfte die weiterhin hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit sein. Zwar hat sie seit den Höchstständen im Frühling etwas abgenommen, bleibt aber auf hohem Niveau. Während das EU-US-Handelsabkommen die Unsicherheit mildert, dürften die europäische Sicherheitslage und die offenen Regierungsbildungen in Frankreich und den Niederlanden für Beunruhigung sorgen. Alles in allem dürften die Investitionen weiter zaghaft wachsen. Der Arbeitsmarkt bleibt robust. Die Arbeitslosenquote verharrte in den vergangenen Monaten bei 6,4 Prozent und dürfte diese Rate wohl auch im Jahresdurchschnitt halten. Das Beschäftigungswachstum lag im zweiten Quartal bei 0,2 Prozent und entschleunigte sich damit im Vergleich zum Vorquartal. Insgesamt stützt die stabile Lage am Arbeitsmarkt die konjunkturelle Dynamik.

Die Inflation im Euroraum betrug im November 2,2 Prozent und schwankt seit Mitte des Jahres um das Zwei-Prozent-Ziel der Europäischen Zentralbank. Trotz der normalisierten Inflationsraten bleibt das Preisniveau seit der Energiekrise deutlich erhöht, was bei Konsument*innen den Eindruck einer anhaltend stärkeren Inflation weckt. In den großen Ländern des Euroraums sind die Inflationsraten recht heterogen. So lag die Inflation in Frankreich zuletzt bei 0,8 Prozent, in Spanien hingegen bei 3,1 Prozent. Grund dafür dürften die unterschiedlichen Dynamiken bei den Energie- und Lebensmittelpreisen sein. Im Euroraum insgesamt sinken die Energiepreise weiter, allerdings mit nachlassender Dynamik. Auch bei den Nahrungsmitteln hat der Preisdruck zuletzt leicht abgenommen, bleibt aber wie die Dienstleistungspreise ein wesentlicher Preistreiber. Diese Prognose geht davon aus, dass das erweiterte europäische Emissionshandelssystem für Gebäude und Verkehr (ETS 2) erst im Jahr 2028 eingeführt wird, weshalb für den Prognosehorizont keine Effekte auf die Inflation im Euroraum zu erwarten sind.

Die expansive deutsche Finanzpolitik dürfte über den Prognosezeitpunkt zum Wachstum im Euroraum beitragen. Insgesamt bleibt der europäische Fiskalkurs jedoch in etwa neutral, zumal einige große Mitgliedsländer mit fiskalischen Unsicherheiten kämpfen. Frankreichs und Italiens Staatsverschuldung liegt weiterhin deutlich über der kritischen Marke von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung. Die jüngste Herabsetzung der Kreditwürdigkeit Frankreichs durch Rating- Agenturen spiegelt die wirtschaftspolitische Unsicherheit wider. Der Ausgang der Haushaltsverhandlungen nach den Neuwahlen in Frankreich und auch in den Niederlanden ist offen, größere Wachstumseffekte sind jedoch nicht zu erwarten. Insgesamt lag das aggregierte Defizit der Haushalte im Euroraum im Jahr 2024 bei 3,1 Prozent in Relation zum BIP, im Vergleich zum Vorjahr sank damit das Defizit um 0,4 Prozentpunkte. Die Staatsverschuldung ist hingegen leicht gestiegen und lag Ende 2024 bei 87,1 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Das seit 2021 laufende Investitionsprogramm „NextGenerationEU“ umfasst insgesamt 650 Milliarden Euro für die digitale und grüne Transformation. Bislang wurden rund 56 Prozent der Mittel abgerufen – im Schnitt etwa zwölf Prozent pro Jahr. Eine Ausgabe der verbleibenden Mittel im kommenden Jahr würde das bisherige Jahresvolumen mehr als verdoppeln. Da viele EU-Mitgliedstaaten ihre Wiederaufbau- und Resilienzpläne zuletzt überarbeitet haben, deutet vieles auf höhere Ausschüttungen im Jahr 2026 hin. Nennenswerte fiskalische Impulse werden jedoch nur in einigen Ländern erwartet. Für den Euroraum insgesamt dürfte das Programm kaum spürbare Effekte entfalten. Auch das Auslaufen der Förderung ab 2027 wird wohl nur geringe Lücken hinterlassen, da die Mitgliedstaaten voraussichtlich verstärkt auf Mittel der Kohäsionspolitik zurückgreifen. Das sind reguläre EU-Fonds, die der Verringerung wirtschaftlicher Ungleichheiten dienen.

Die Europäische Union hat zudem Initiativen zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Europas ins Leben gerufen. Vom Darlehensinstrument „Sicherheitsmaßnahmen für Europa – SAFE“ dürften bisher neunzehn EU-Staaten profitieren, vor allem Frankreich, Ungarn und Rumänien mit je 16 Milliarden Euro, gefolgt von Italien mit knapp 15 Milliarden Euro. Hinzu kommt die Lockerung der Fiskalregeln bis 2028 im Rahmen des Programms „Readiness 2030“: Die Schwelle zur Einleitung eines Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit kann um den Betrag angehoben werden, um den die Verteidigungsausgaben das Niveau des Jahres 2021 überschreiten, jedoch höchstens um 1,5 Prozent des BIP. Davon dürften zwar einige kleinere Mitgliedsländer profitieren, insgesamt werden die expansiven Impulse für den Euroraum jedoch wohl gering ausfallen.

Für das Jahr 2025 wird im Euroraum mit einem Wirtschaftswachstum von 1,4 Prozent gerechnet. Im kommenden Jahr dürften sich die fiskalpolitischen Impulse in Deutschland auch im europäischen Aggregat niederschlagen. Demgegenüber dürften in Frankreich und den Niederlanden anhaltende Unsicherheiten hinsichtlich der Haushaltslage dämpfend wirken. Insgesamt dürfte sich das Wachstum im Jahr 2026 auf 1,2 Prozent entschleunigen. Mit einer Erholung der Güterexporte dürfte die Wirtschaft im Euroraum im Jahr 2027 dann wieder stärker in Schwung kommen und um 1,4 Prozent wachsen (Abbildung 11).

Vereinigtes Königreich: Stagnation und Ausblick auf verhaltene Erholung

Nach einem starken Jahresauftakt hat sich die Wirtschaft des Vereinigten Königreiches im dritten Quartal nicht von der Stelle bewegt. Zwar stützten Investitionen und der Binnenkonsum die Nachfrage, doch die Unternehmen weiteten ihre Produktion trotz robuster Binnenkonjunktur nicht aus. Stattdessen deckten sie die Nachfrage durch Lagerabbau.

Im laufenden Quartal dürfte die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs mit 0,2 Prozent nur leicht wachsen. Zwar kurbeln steigende Reallöhne den privaten Verbrauch etwas an. Das weiterhin hohe Preisniveau sowie die durch das Herbstbudget gestiegene Steuerlast dürfte die Kauflaune jedoch dämpfen. Auch das noch recht hohe Zinsniveau wird den Investitionsappetit der Firmen wohl noch zügeln. Positiv wirkt sich hingegen das zur Jahresmitte verabschiedete Handelsabkommen mit den USA aus, das Unsicherheiten reduziert haben dürfte. Die Frühindikatoren zeichnen insgesamt ein gemischtes Bild: Die Einkaufsmanagerindizes für Dienstleistungen und auch der Gesamtindex liegen weiterhin über der Marke von 50. Auch der Index für das Verarbeitende Gewerbe überschritt zuletzt knapp die Expansionsschwelle, während derjenige für den Bau weiter nachgab und darunter notiert. Die Einzelhandelsumsätze entwickelten sich zuletzt schwach, aber positiv. Umfragen deuten allerdings auf eine eingetrübte Stimmung im Einzelhandel hin. Auch das Konsumentenvertrauen verharrt auf niedrigem Niveau. Im kommenden Jahr dürfte die Wirtschaft zunächst nur moderat wachsen, bevor sie ab der zweiten Jahreshälfte an Dynamik gewinnt. Unter der Annahme, dass die Zentralbank drei weitere Zinsschritte vornehmen wird, dürfte dies den Investitionen insbesondere ab der zweiten Jahreshälfte Schwung verleihen.

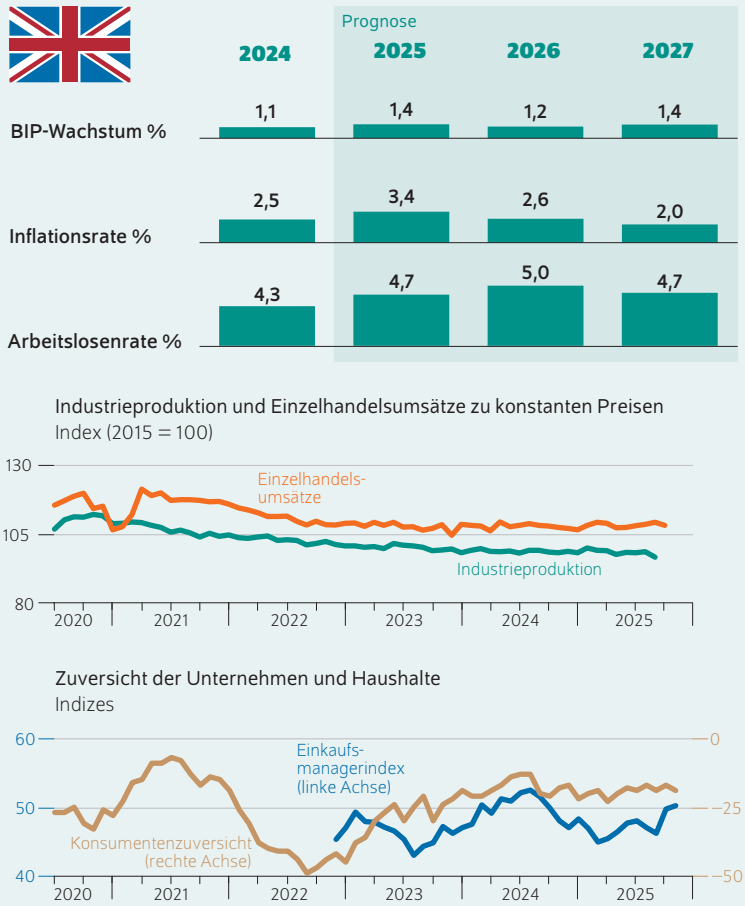
Die Inflation ist mit 3,8 Prozent im dritten Quartal weiterhin hoch, jedoch dürfte der Gipfel überschritten sein. Der Preisauftrieb wird im kommenden Jahr wohl noch über dem Inflationsziel liegen, sich ab Ende 2026 bis zum Ende des Prognosehorizontes jedoch auf rund zwei Prozent einpendeln. Der Inflation stehen Reallohnzuwächse entgegen. Allerdings scheinen die Haushalte diese eher auf die hohe Kante zu legen. Der private Konsum dürfte mit einem Absinken der Inflation etwas mehr an Fahrt gewinnen.

Von der Fiskalpolitik gehen bis zum Jahresende wohl nur geringe Impulse aus. Nach einer noch expansiven Ausrichtung im Frühjahr lässt das Herbstbudget einen Konsolidierungskurs erwarten: Das verlängerte Einfrieren der Steuerfreibeträge bei Einkommens- und Sozialabgaben sowie eine neue Zusatzabgabe auf hochpreisige Immobilien erhöhen die Steuerlast. Der Haushalt sieht jedoch auch Entlastungen vor, wie etwa die Aufhebung der Zwei-Kind-Grenze für das Kindergeld ab April 2026. Aufgrund der gestiegenen Wohlfahrtsausgaben dürften die Staatsausgaben weiter zunehmen, wobei die Neuverschuldung bis Ende des Planungshorizontes zurückgehen dürfte. Bis 2029/2030 wird ein Überschuss des Staatshaushalts erwartet. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt entspannt sich weiter. Die Zahl der offenen Stellen hat sich zuletzt stabilisiert. Allerdings hat ein deutlicher Rückgang der Nichterwerbstätigenquote zu einem etwas stärkeren Anstieg in der Arbeitslosenrate geführt. Diese dürfte bis zum Jahresbeginn 2026 wohl leicht zunehmen, bevor sie im weiteren Prognoseverlauf allmählich wieder zurückgeht.

Die zuvor beobachteten Vorzieheffekte infolge der US-Zölle sind weitgehend ausgelaufen. Das Handelsabkommen mit den USA hat zwar die Unsicherheit hinsichtlich künftiger Handelshemmnisse reduziert, zugleich dämpfen bestehende Zölle jedoch die Exporttätigkeit des Vereinigten Königreiches. Somit ist mit einem Wachstum von 1,4 Prozent im Jahr 2025, gefolgt von 1,2 und 1,4 Prozent in den Jahren 2026 und 2027 zu rechnen. Aufgrund eines schwächer als erwartet ausgefallenen dritten Quartals und einer restriktiver ausgerichteten Fiskalpolitik wurde die Prognose für das Jahr 2026 um 0,1 Prozentpunkte nach unten revidiert (Abbildung 12).

Abbildung 12

UK auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtungen September 2025 (Industrieproduktion); November 2025 (Einkaufsmanagerindex, Konsumentenzuversicht).

Quellen: Markit; GfK UK; U.K. Office for National Statistics; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

USA: Handelshemmnisse und Shutdown sorgen für Wachstumsdelle zum Jahresende

In den USA sind wegen des Shutdowns von Anfang Oktober bis Mitte November amtliche Zahlen bislang noch nicht verfügbar. Schätzungen legen nahe, dass die Wirtschaft im dritten Quartal um 0,6 Prozent gewachsen ist. Damit dürfte die Volkswirtschaft ihren Expansionskurs fortführen. Im September stieg die Beschäftigung stärker als erwartet. Die Einzelhandelsumsätze haben über die Sommermonate moderat zugelegt und die Industrieproduktion ist trotz der Zollturbulenzen nicht eingebrochen.

Im laufenden Quartal dürfte die US-Wirtschaft stagnieren. Der Shutdown wird die Konjunktur wohl spürbar belastet und das Wachstum um etwa 0,4 Prozentpunkte gedrückt haben.[21] Immerhin hat sich der Einkaufsmanagerindex für die Dienstleistungen etwas erhöht und liegt über der Expansionsschwelle von 50, während derjenige für die Industrie darunter verharrt. Das hängt wohl auch mit der US-Handelspolitik zusammen. Zwar wurden die zunächst angekündigten drastischen Zollerhöhungen teilweise zurückgenommen, doch belasten die verbleibenden Zölle und die anhaltende Unsicherheit die Wirtschaft. Der Oberste Gerichtshof wird vermutlich in Kürze über die Rechtmäßigkeit einiger Zölle urteilen.

Zum Jahresauftakt wird die US-Wirtschaft zwar durch den Wegfall des Shutdowns angeschoben, die zugrunde liegende Dynamik dürfte sich jedoch weiter abgeschwächt haben. Insbesondere der private Konsum wächst nur verhalten. Nach dem Auslaufen der zollbedingten Vorzieheffekte und angesichts zunehmender Arbeitsmarktrisiken halten sich die Verbraucher*innen bei Neuanschaffungen zurück. Auch von den Unternehmensinvestitionen ist mit Ausnahme des gegenwärtigen Booms bei Datenzentren vorerst nur wenig Schub zu erwarten. In der zweiten Jahreshälfte 2026 dürfte die US-Wirtschaft wieder etwas mehr in Fahrt kommen, wenn der Zollschock Ende des laufenden Jahres langsam abflaut und sich die Unsicherheit etwas legt. Stützend wirken dann auch die etwas niedrigere Inflation und die Zinssenkungen des laufenden Jahres.

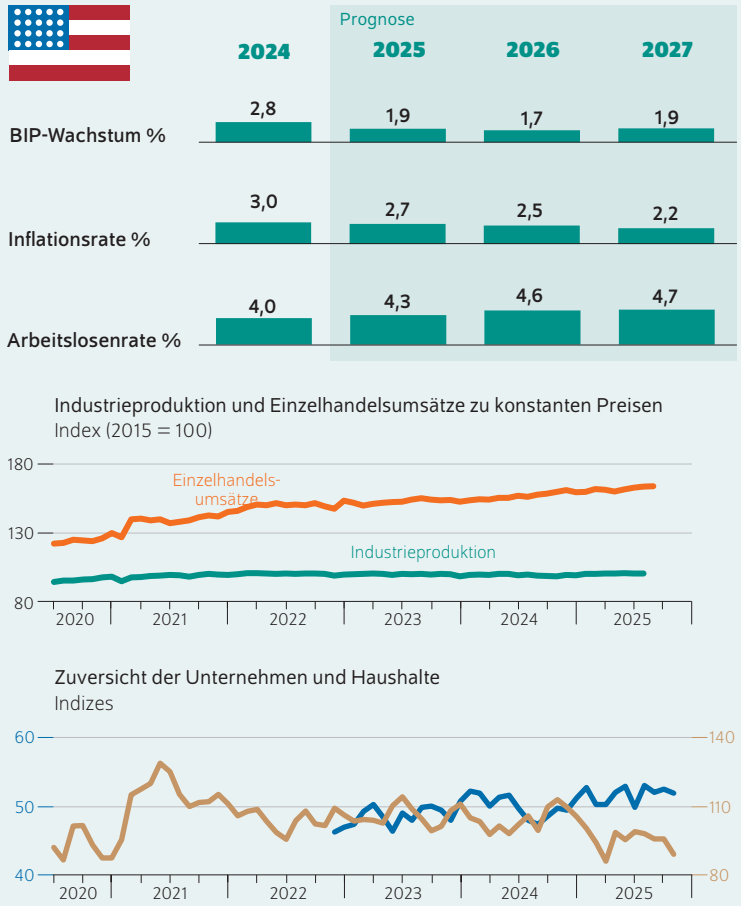
Das Defizit des Bundeshaushalts wird hoch bleiben. Die Zolleinnahmen erhöhen sich zwar, werden aber nur einen kleinen Beitrag zur Reduktion des hohen Defizits leisten. Ende Januar könnte es erneut zu einem Shutdown kommen, falls sich die politischen Kräfte nicht auf eine erneute Anhebung der Schuldenobergrenze und damit verbundene Kompromisse einigen.

Auch wegen der steigenden Risiken am Arbeitsmarkt ist im Dezember mit einer weiteren Zinssenkung um 25 Basispunkte zu rechnen. Gemäß Daten des ADP Research Instituts wurden im Oktober nur 42 000 neue Jobs im privaten Sektor geschaffen. Bereits in den Monaten zuvor hatte der Arbeitsmarkt – abgesehen vom September – spürbar an Dynamik verloren. Die Arbeitslosigkeit steigt jedoch nur leicht, weil die Zahl der Erwerbstätigen infolge der restriktiven Einwanderungspolitik nur schwach wächst. Gegen stärkere Zinssenkungen spricht, dass die Inflation im September mit drei Prozent weiterhin deutlich über dem Zwei-Prozent-Ziel der Notenbank lag, auch wenn die Zollerhöhungen die Teuerung weniger stark angetrieben haben als zunächst befürchtet.

Insgesamt dürfte die US-Wirtschaft im laufenden Jahr um 1,9 Prozent wachsen. Im Jahr 2026 ist mit 1,7 Prozent eine etwas schwächere Expansion zu erwarten, bevor die Wirtschaft 2027 mit 1,9 Prozent wohl wieder an Tempo gewinnt. Wegen des vorübergehend schwächeren Wachstums wird sich die bislang positive Produktionslücke schließen und leicht negativ werden. Die Inflation wird sich wohl nur langsam verringern und das Inflationsziel von zwei Prozent erst im Jahr 2027 erreichen (Abbildung 13).

Abbildung 13

USA auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtungen August 2025 (Industrieproduktion); September 2025 (Einzelhandelsumsätze); November 2025 (Einkaufsmanagerindex, Konsumentenzuversicht).

Quellen: Markit; The Conference Board; Federal Reserve; U.S. Census Bureau; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

21 Vgl. Congressional Budget Office: A Quantitative Analysis of the Effects of the Government Shutdown on the Economy Under Three Scenarios, 10/2025.

Chinesische Wirtschaft verliert an Schwung

Chinas Wirtschaftsentwicklung hat im dritten Quartal an Tempo eingebüßt. Zwar legte das BIP gegenüber dem Vorquartal leicht auf 1,1 Prozent zu, doch im Vorjahresvergleich ging es spürbar von 5,2 auf 4,8 Prozent zurück. Dies spiegelt vor allem die Schwäche der Binnenwirtschaft wider: Der Einzelhandel ist erstmals seit der Corona-Pandemie geschrumpft, der Konsum bleibt aufgrund der schwelenden Immobilienkrise gedämpft und der anhaltende Rückgang im Bausektor belastet die Investitionen. Die chinesischen Exporte in die USA brachen infolge der stark erhöhten Zölle um rund ein Drittel gegenüber dem Vorjahr ein. Dass das Wachstum im dritten Quartal dennoch etwas besser ausfiel als erwartet, ist maßgeblich auf gezielte wirtschaftspolitische Unterstützungsmaßnahmen zurückzuführen.

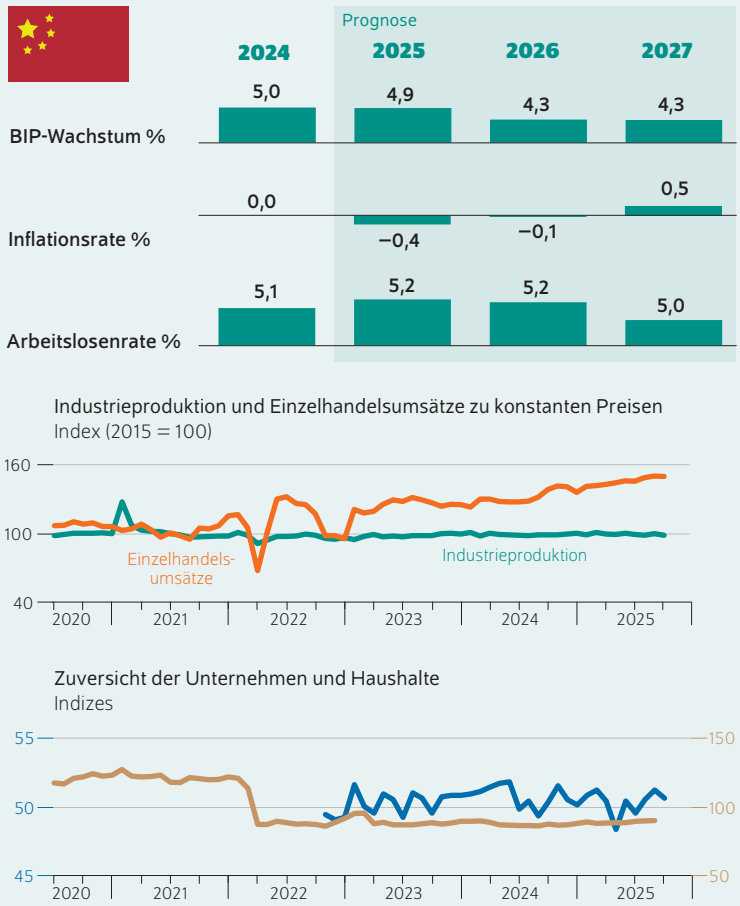
Im laufenden Quartal dürfte sich die chinesische Wirtschaft infolge des verhaltenen privaten Konsums mit 0,9 Prozent etwas verlangsamen. Auch von den Exporten ist nur wenig Schub zu erwarten. Die Einigung zwischen China und den USA zur Aussetzung der Zollanhebungen sorgt zwar für eine kurzfristige Stabilisierung der Handelsbeziehungen. Das insgesamt hohe Zollniveau dürfte aber weiterhin auf die chinesischen Exporte drücken. Auch das Konsumklima bleibt stark eingetrübt. Der private Konsum ist durch die Immobilienkrise sowie die hohe Verschuldung vieler Haushalte und lokaler Regierungen weiterhin belastet, da dadurch staatliche Ausgaben, Beschäftigung und verfügbare Einkommen in vielen Regionen eingeschränkt sind. Auch die schleppende Erholung am Arbeitsmarkt mit einer weiterhin hohen Jugendarbeitslosigkeit sowie die niedrige Einkommensdynamik wirken bremsend. Die Investitionen dürften infolge gezielter fiskalischer Impulse hingegen anziehen, was sich auch in dem Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe niederschlägt, der mit 50,6 Punkten über der Expansionsschwelle von 50 liegt.

Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die konjunkturelle Dynamik in China weiter nachlassen. Dabei werden wohl die schwächere weltwirtschaftliche Entwicklung und die Unsicherheiten über den weiteren Verlauf des Handelskonflikts mit den USA die Exporte bremsen. Stützend wirkt die weiterhin expansiv ausgerichtete Finanzpolitik. Das im Herbst beschlossene Konjunkturpaket von über 500 Milliarden Yuan (in etwa 60 Milliarden Euro) soll insbesondere öffentliche Investitionen und Zukunftsbranchen wie Halbleiter und Elektromobilität fördern. Die chinesische Zentralbank bleibt auf Lockerungskurs, hat den Leitzins jedoch zuletzt unverändert belassen, da zusätzliche Zinssenkungen angesichts der verhaltenen Kreditnachfrage nur begrenzte Wirkung erwarten lassen.

Insgesamt wird das BIP im Jahr 2025 wohl um 4,9 Prozent zulegen und damit leicht unter dem Regierungsziel von fünf Prozent bleiben. In den Jahren 2026 und 2027 dürfte die Zuwachsrate auf etwa 4,3 Prozent zurückgehen. Die Teuerung ist anhaltend niedrig und dürfte nur allmählich anziehen, da die Nachfrage schwach und die Produktionskapazitäten weiterhin hoch sind (Abbildung 14).

Abbildung 14

China auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtungen Oktober 2025 (Industrieproduktion, Einzelhandelsumsätze, Einkaufsmanagerindex); September 2025 (Konsumentenzuversicht).

Quellen: Markit; The Conference Board; China National Bureau of Statistics; China Association of Automobile Manufacturers; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

Wachstum in Polen überlagert Schwäche in anderen Ländern der Region

Die Volkswirtschaften in Mittel- und Südosteuropa haben sich im dritten Quartal sehr unterschiedlich entwickelt. Das BIP stieg in Polen um 0,9 und in Tschechien um 0,8 Prozent, während es in Ungarn stagnierte und in Rumänien um 0,2 Prozent zurückging. Diese Unterschiede werden bei einer aggregierten Betrachtung verdeckt, da die Wachstumsrate durch die starke Entwicklung in Polen als größte Volkswirtschaft maßgeblich bestimmt wird.

Das Wachstum in Polen wird vorwiegend getragen vom privaten Konsum. Begünstigt wird dies durch weiterhin steigende Reallöhne. Deren Zuwachs fällt indes nicht mehr ganz so hoch aus wie im Jahr 2024. Die Zuversicht der polnischen Konsument*innen ging zuletzt etwas zurück. Leicht optimistischer zeigten sich hingegen die Verbraucher*innen in Tschechien.

Rumänien ist das Land mit der höchsten Inflationsrate der EU. Der Wegfall des Strompreisdeckels und Steuererhöhungen haben hier im dritten Quartal zu einem spürbaren Sprung der Inflationsrate auf 8,6 Prozent im September geführt. Die rumänische Zentralbank hat im Oktober den Leitzins bei 6,5 Prozent belassen. Auch die ungarische Zentralbank hat ihren Leitzins beibehalten. In den anderen Ländern flachte sich der Preisanstieg ab. Die polnische Zentralbank hat in mehreren Schritten den Leitzins vorsichtig auf vier Prozent Anfang Dezember zurückgenommen. Tschechien hatte bereits im ersten Halbjahr den Leitzins auf 3,5 Prozent gesenkt.

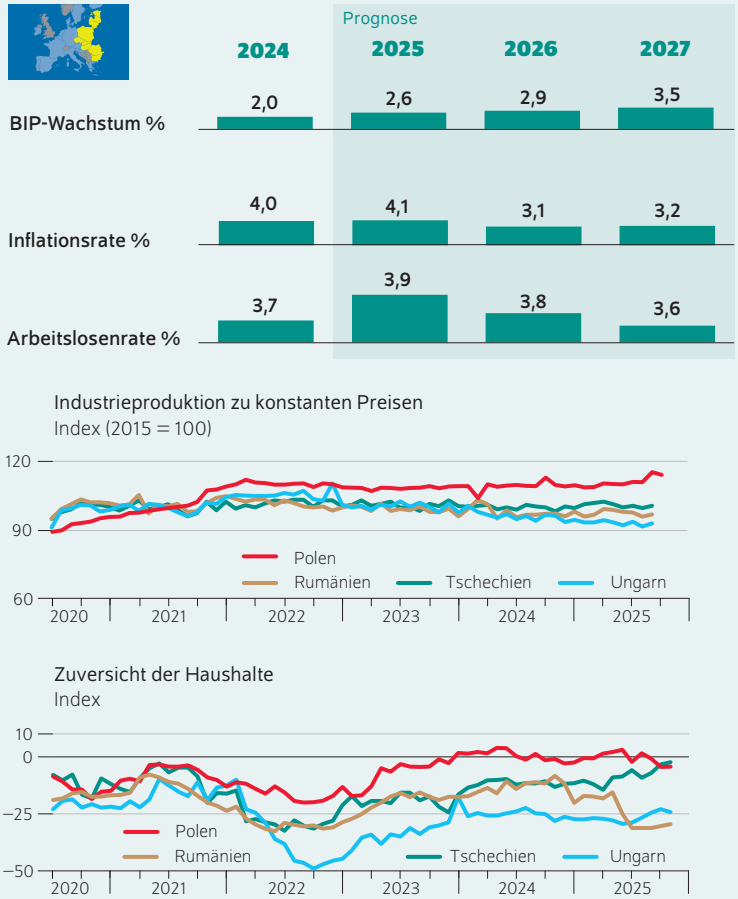
Im dritten Quartal hat in Polen und Tschechien auch die Investitionstätigkeit zum Wachstum beigetragen. In beiden Ländern ist der Einkaufsmanagerindex des Verarbeitenden Gewerbes gestiegen, bleibt aber unter der Expansionsschwelle. Das tschechische Verarbeitende Gewerbe wird aufgrund seiner hohen Verflechtung mit Deutschland wohl durch die anhaltende Schwäche der deutschen Wirtschaft weiterhin belastet.

Die Defizite der öffentlichen Haushalte liegen mit Ausnahme von Tschechien[22] in den Ländern der Region über der EU-Defizitgrenze von drei Prozent. Die Europäische Kommission hat mit den Ländern mittelfristige finanzpolitisch-strukturelle Pläne (FSP) zur Konsolidierung vereinbart. Die Konsolidierungen werden in den einzelnen Ländern über jeweils verschiedene Zeiträume gestreckt. Rumänien, das 2024 mit 9,3 Prozent die EU-weit höchste Defizitquote aufwies, wurde eine siebenjährige Konsolidierungsfrist eingeräumt. Dieses Jahr wird Rumänien die vorgegebene Defizitquote von 8,4 Prozent wohl nicht einhalten können. Polen soll das Defizit bis 2028 unter die Drei-Prozent-Schwelle senken, wobei die Konsolidierung nicht linear, sondern insbesondere in den Jahren 2026 bis 2028 erfolgen soll. Bei der Vereinbarung des polnischen FSP wurden staatliche Kofinanzierungen für an Polen fließende Mittel aus EU-Fonds sowie steigende Verteidigungsausgaben berücksichtigt. Im Jahr 2025 wird Polen für Verteidigung 4,7 Prozent des BIP ausgeben und damit den höchsten Anteil der Nato-Länder.

Insgesamt wird das Wachstum in der Region dieses Jahr wohl 2,6 Prozent erreichen und sich 2026 mit 2,9 Prozent und 2027 mit 3,5 Prozent erhöhen (Abbildung 15).

Abbildung 15

Mittel- und südosteuropäische Länder auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtungen September 2025 (Industrieproduktion, Einzelhandelsumsätze für: Tschechien, Rumänien, Ungarn); Oktober 2025 (Industrieproduktion, Einzelhandelsumsätze für: Polen); November 2025 (Konsumentenzuversicht für: Tschechien, Polen, Ungarn, Rumänien).

Quellen: Nationale statistische Ämter; Europäische Kommission; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

22 Die neugewählte tschechische Regierung hat Ausgabenerhöhungen unter anderem in sozialen Bereichen in Aussicht gestellt, deren Umfang und Wirkung auf das Defizit noch nicht absehbar sind.

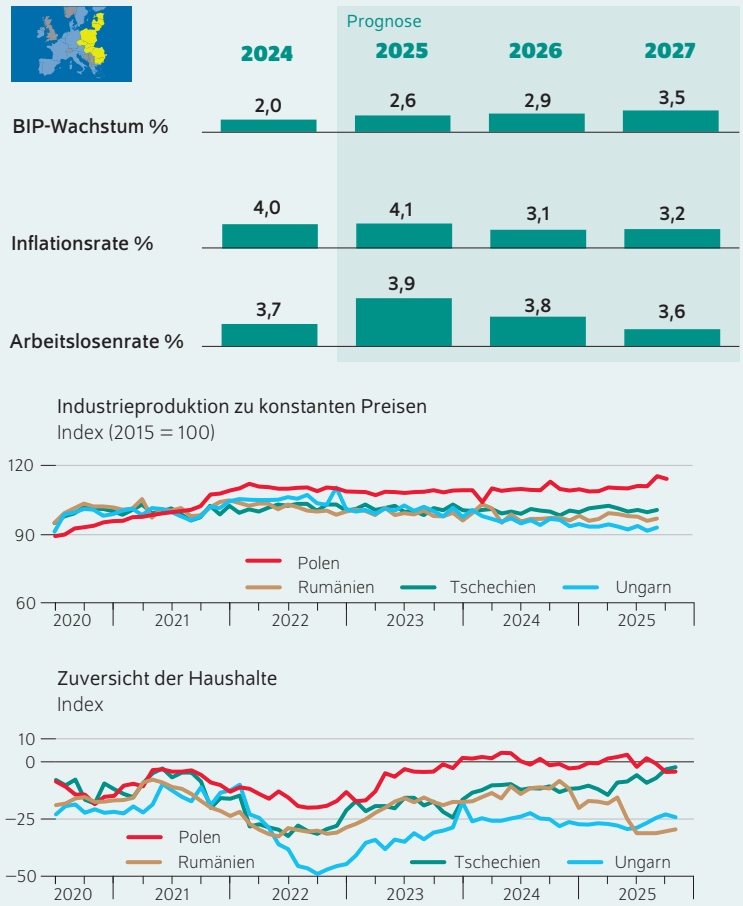
Japan: Schwacher Außenhandel bremst Wachstum – Binnennachfrage bleibt Stütze

Die japanische Wirtschaft ist im dritten Quartal erstmals seit sechs Quartalen geschrumpft. Das BIP ging von Juli bis September um 0,4 Prozent zurück, vor allem wegen eines deutlichen Rückgangs der Exporte. Viele Unternehmen, insbesondere Automobilhersteller, hatten ihre Lieferungen in die USA bereits im Frühjahr vorgezogen, um den angekündigten US-Zöllen zuvorzukommen. Mit dem Inkrafttreten der Zölle fiel die Exportdynamik stark ab. Gleichzeitig belasteten strengere Energieeffizienzvorschriften den Wohnungsbau, sodass auch die Bauinvestitionen zurückgingen.

Etwas robuster zeigten sich dagegen die Binnensektoren. Der private Konsum, der mehr als die Hälfte der Wirtschaftsleistung ausmacht, legte das sechste Quartal in Folge zu, diesmal jedoch nur um 0,1 Prozent und damit spürbar schwächer als im zweiten Quartal. Die hohe Inflation dämpft weiterhin die Kaufkraft der Haushalte. Gestützt wurde die Wirtschaft durch erneut wachsende Unternehmensinvestitionen. Staatliche Förderprogramme, insbesondere im Halbleiterbereich, fördern diese Entwicklung.

Abbildung 16

Japan auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtungen September 2025 (Industrieproduktion, Einzelhandelsumsätze); November 2025 (Einkaufsmanagerindex).

Quellen: Markit; The Conference Board; Japanese Ministry of Economy, Trade and Industry; DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

Für das laufende Quartal wird eine Stagnation gegenüber dem Vorquartal erwartet. Darauf deutet auch die Frühindikatorik hin. Der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe bleibt deutlich unter der Expansionsschwelle von 50 Punkten und ist am äußeren Rand abwärtsgerichtet. Der Dienstleistungssektor expandiert weiterhin, wenn auch mit weniger Schwung. Der private Konsum dürfte angesichts der hohen Lebenshaltungskosten und der weiterhin hohen Inflation nur geringfügig zunehmen. Der Außenhandel wird auch im vierten Quartal voraussichtlich keine Impulse liefern, da die Nachfrage aus den USA wohl aufgrund der hohen Importzölle gedämpft bleibt.

Im weiteren Prognoseverlauf bleibt die wirtschaftliche Dynamik voraussichtlich verhalten. Insbesondere vom Außenhandel ist nur wenig Schub zu erwarten. Der private Konsum dürfte die Konjunktur hingegen weiterhin stützen. Der Arbeitskräftemangel und staatliche Anreize für die Erwerbstätigkeit von Frauen werden wohl die Reallöhne etwas stärker steigen lassen. Zudem lag die Arbeitslosenquote im September weiterhin bei niedrigen 2,6 Prozent. Die Unternehmensinvestitionen dürften vor dem Hintergrund staatlicher Förderprogramme weiterhin robuste Wachstumsimpulse geben.

Die japanische Zentralbank hat angesichts der Inflation den Ausstieg aus der Negativzinspolitik bereits im Frühjahr 2024 vollzogen und seither den Leitzins auf 0,5 Prozent angehoben. Die Inflation bleibt jedoch mit 2,9 Prozent im September weiterhin spürbar über dem Zwei-Prozent-Ziel. Aufgrund der schwachen Konjunktur wird allerdings erwartet, dass der Leitzins erst im nächsten Jahr weiter erhöht wird.

Die Finanzpolitik ist leicht expansiv ausgerichtet. Ein neues, umfangreiches Fiskalpaket der Regierung unter Premierministerin Sanae Takaichi soll Haushalte und Unternehmen entlasten. Mit einem Gesamtvolumen von über 21 Billionen Yen (rund 116 Milliarden Euro) handelt es sich um das größte Konjunkturprogramm seit der Corona-Pandemie. Finanziert werden die zusätzlichen Ausgaben durch erwartete Steuermehreinnahmen und vor allem neue Staatsanleihen, was an den Finanzmärkten zu spürbarer Nervosität geführt hat. Die Renditen langfristiger japanischer Staatsanleihen sind zuletzt auf den höchsten Stand seit der globalen Finanzkrise gestiegen, da Investoren angesichts der bereits sehr hohen Staatsschulden zunehmende fiskalische Risiken sehen.

Insgesamt wird für 2025 ein Zuwachs des BIP um 1,3 Prozent erwartet. In den Jahren 2026 und 2027 dürfte die Wirtschaft mit jeweils 0,7 Prozent wachsen. Die Inflation wird wohl 2025 noch über dem Zielwert verharren und erst 2026 wieder auf zwei Prozent sinken (Abbildung 16).

Geraldine Dany-Knedlik ist Leiterin des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Nina Maria Brehl ist Expertin für den Euroraum und Verbraucherpreise in Deutschland und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | nbrehl@diw.de

Hella Engerer ist Expertin für Mittel- und Osteuropa und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin | hengerer@diw.de

Angelina Hackmann ist Expertin für den deutschen Arbeitsmarkt und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | ahackmann@diw.de

Konstantin A. Kholodilin ist Experte für die Potenzialschätzung und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | kkholodilin@diw.de

Frederik Kurcz ist Experte für den Euroraum und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | fkurcz@diw.de

Laura Pagenhardt ist Expertin für Investitionen und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | lpagenhardt@diw.de

Jan-Christopher Scherer ist Koordinator der Prognose für die deutsche Wirtschaft und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | jscherer@diw.de

Teresa Schildmann ist Expertin für die deutsche Finanzpolitik und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | tschildmann@diw.de

Hannah Magdalena Seidl ist Koordinatorin der Prognose für die Weltwirtschaft und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | hseidl@diw.de

Ruben Staffa ist Experte für die USA und den deutschen Außenhandel und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | rstaffa@diw.de

Kristin Trautmann ist Expertin für das Vereinigte Königreich und die europäische Geldpolitik und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | ktrautmann@diw.de

Jana Wittich ist Expertin für den deutschen Außenhandel und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | jwittich@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 50/2025:

www.diw.de/diw_weekly

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2025
Milliarden Euro

		Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3		Bruttowertschöpfung	4 039,5	2 742,4	502,2	794,8	–
4	–	Abschreibungen	917,9	503,3	125,8	288,9	–
5	=	Nettowertschöpfung[1]	3 121,6	2 239,2	376,5	505,9	–113,7
6	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 470,0	1 784,3	384,8	300,9	21,0
7	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,1	30,4	0,3	10,4	–
8	+	Empfangene sonstige Subventionen	55,7	53,6	0,2	1,9	–
9	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	666,1	478,2	–8,5	196,5	–134,8
10	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 476,0	–	–	2 476,0	15,0
11	–	Geleistete Subventionen	51,2	–	51,2	–	4,5
12	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	462,2	–	462,2	–	5,4
13	–	Geleistete Vermögenseinkommen	1 127,8	1 030,3	50,9	46,6	409,1
14	+	Empfangene Vermögenseinkommen	1 281,8	745,6	31,1	505,1	255,1
15	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 707,0	193,5	382,7	3 130,9	–272,7
16	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	556,5	122,8	–	433,6	14,9
17	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	570,6	–	570,6	–	0,8
18	–	Geleistete Sozialbeiträge[2]	989,2	–	–	989,2	4,1
19	+	Empfangene Sozialbeiträge[2]	988,0	167,1	820,0	0,8	5,3
20	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	844,0	93,7	749,4	0,8	0,7
21	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	834,9	–	–	834,9	9,7
22	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	474,4	270,8	94,0	109,6	107,4
23	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	415,9	243,0	31,6	141,3	165,9
24	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 652,3	116,2	961,4	2 574,6	–218,0
25	–	Konsumausgaben	3 369,1	–	1 009,1	2 360,0	–
26	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,2	–	61,2	–
27	=	Sparen	283,2	55,1	–47,6	275,7	–218,0
28	–	Geleistete Vermögenstransfers	107,2	8,8	78,1	20,4	6,8
29	+	Empfangene Vermögenstransfers	89,7	50,2	24,3	15,2	24,3
30	–	Bruttoinvestitionen	983,2	570,0	138,9	274,2	–
31	+	Abschreibungen	917,9	503,3	125,8	288,9	–
32	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	19,5	19,7	–0,4	0,2	–19,5
33	=	Finanzierungssaldo	181,0	10,1	–114,2	285,1	–181,0
		Nachrichtlich:					
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 652,3	116,2	961,4	2 574,6	–218,0
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	620,5	–	620,5	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	620,5	–	–	620,5	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 652,3	116,2	340,9	3 195,1	–218,0
38	–	Konsum[3]	3 369,1	–	388,6	2 980,5	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,2	–	61,2	–
40	=	Sparen	283,2	55,1	–47,6	275,7	–218,0

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.
2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

© DIW Berlin 2025

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2026
Milliarden Euro

		Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3		Bruttowertschöpfung	4 189,6	2 842,0	524,0	823,7	–
4	–	Abschreibungen	948,5	519,9	130,2	298,4	–
5	=	Nettowertschöpfung[1]	3 241,1	2 322,1	393,8	525,2	–97,4
6	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 555,9	1 836,0	402,7	317,2	21,5
7	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	47,7	36,6	0,3	10,7	–
8	+	Empfangene sonstige Subventionen	58,1	55,8	0,2	2,2	–
9	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	695,7	505,3	–9,1	199,5	–118,9
10	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 561,7	–	–	2 561,7	15,6
11	–	Geleistete Subventionen	56,9	–	56,9	–	4,5
12	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	477,3	–	477,3	–	7,6
13	–	Geleistete Vermögenseinkommen	1 143,8	1 042,2	55,1	46,5	419,3
14	+	Empfangene Vermögenseinkommen	1 305,7	761,6	32,0	512,0	257,4
15	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 839,8	224,8	388,2	3 226,7	–262,1
16	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	579,0	127,4	–	451,6	15,1
17	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	593,3	–	593,3	–	0,8
18	–	Geleistete Sozialbeiträge[2]	1 032,5	–	–	1 032,5	4,3
19	+	Empfangene Sozialbeiträge[2]	1 031,1	170,9	859,4	0,8	5,6
20	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	876,0	96,8	778,4	0,8	0,7
21	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	866,7	–	–	866,7	10,0
22	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	502,8	281,4	105,4	116,1	111,5
23	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	435,8	254,0	32,4	149,4	178,5
24	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 776,4	144,2	989,5	2 642,7	–198,7
25	–	Konsumausgaben	3 481,5	–	1 059,1	2 422,3	–
26	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,4	–	61,4	–
27	=	Sparen	295,0	82,8	–69,6	281,8	–198,7
28	–	Geleistete Vermögenstransfers	115,2	11,4	82,8	21,0	6,6
29	+	Empfangene Vermögenstransfers	94,1	56,9	21,5	15,7	27,7
30	–	Bruttoinvestitionen	1 044,8	604,8	155,4	284,5	–
31	+	Abschreibungen	948,5	519,9	130,2	298,4	–
32	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	20,5	20,5	–0,3	0,2	–20,5
33	=	Finanzierungssaldo	157,1	22,8	–155,8	290,1	–157,1
		Nachrichtlich:					
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 776,4	144,2	989,5	2 642,7	–198,7
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	641,9	–	641,9	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	641,9	–	–	641,9	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 776,4	144,2	347,6	3 284,7	–198,7
38	–	Konsum[3]	3 481,5	–	417,2	3 064,3	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,4	–	61,4	–
40	=	Sparen	295,0	82,8	–69,6	281,8	–198,7

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.
2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

© DIW Berlin 2025

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2027
Milliarden Euro

		Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3		Bruttowertschöpfung	4 343,8	2 945,4	544,7	853,6	–
4	–	Abschreibungen	986,7	541,0	135,1	310,6	–
5	=	Nettowertschöpfung[1]	3 357,1	2 404,4	409,6	543,1	–80,1
6	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 652,6	1 902,1	419,0	331,6	22,1
7	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	47,9	36,6	0,3	10,9	–
8	+	Empfangene sonstige Subventionen	63,7	60,9	0,2	2,6	–
9	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	720,2	526,6	–9,5	203,1	–102,2
10	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 658,5	–	–	2 658,5	16,3
11	–	Geleistete Subventionen	59,6	–	59,6	–	4,5
12	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	493,1	–	493,1	–	6,5
13	–	Geleistete Vermögenseinkommen	1 173,1	1 066,0	59,7	47,4	425,9
14	+	Empfangene Vermögenseinkommen	1 337,0	782,5	33,1	521,4	259,3
15	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 976,1	243,1	397,4	3 335,7	–250,5
16	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	602,4	131,3	–	471,1	15,7
17	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	617,2	–	617,2	–	0,9
18	–	Geleistete Sozialbeiträge[2]	1 079,0	–	–	1 079,0	4,5
19	+	Empfangene Sozialbeiträge[2]	1 077,7	174,9	902,0	0,8	5,8
20	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	906,3	100,0	805,4	0,9	0,7
21	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	896,7	–	–	896,7	10,3
22	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	521,5	292,6	107,5	121,5	117,8
23	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	457,9	265,7	32,8	159,4	181,5
24	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 916,3	159,7	1 036,5	2 720,2	–190,8
25	–	Konsumausgaben	3 599,8	–	1 105,1	2 494,7	–
26	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,6	–	61,6	–
27	=	Sparen	316,5	98,0	–68,6	287,1	–190,8
28	–	Geleistete Vermögenstransfers	121,3	11,9	87,7	21,7	6,2
29	+	Empfangene Vermögenstransfers	99,4	61,0	22,2	16,2	28,1
30	–	Bruttoinvestitionen	1 112,5	638,8	173,0	300,6	–
31	+	Abschreibungen	986,7	541,0	135,1	310,6	–
32	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	21,6	21,6	–0,3	0,2	–21,6
33	=	Finanzierungssaldo	147,3	27,7	–171,8	291,4	–147,3
		Nachrichtlich:					
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 916,3	159,7	1 036,5	2 720,2	–190,8
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	672,5	–	672,5	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	672,5	–	–	672,5	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 916,3	159,7	364,0	3 392,7	–190,8
38	–	Konsum[3]	3 599,8	–	432,6	3 167,2	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,6	–	61,6	–
40	=	Sparen	316,5	98,0	–68,6	287,1	–190,8

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.
2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

© DIW Berlin 2025

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2027

	2025	2026	2027	2025		2026		2027	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	0,0	0,1	0,3	0,1	−0,1	−0,1	0,2	0,4	0,3
Arbeitszeit, arbeitstäglich	−0,2	0,6	0,3	−0,4	0,0	0,2	0,9	−0,2	0,0
Arbeitstage	−0,3	1,0	0,5	−1,1	0,6	0,0	1,9	0,8	0,2
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	−0,2	0,6	0,6	−0,4	0,0	0,1	1,1	0,8	0,5
Produktivität[1]	0,4	0,6	0,9	0,4	0,4	0,5	0,7	0,9	0,9
Reales Bruttoinlandsprodukt	**0,2**	**1,3**	**1,6**	**0,0**	**0,4**	**0,7**	**1,9**	**1,8**	**1,4**
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	3 369,1	3 481,5	3 599,8	1 643,1	1 726,0	1 695,0	1 786,4	1 753,8	1 846,0
Private Haushalte[2]	2 360,0	2 422,3	2 494,7	1 154,4	1 205,7	1 180,8	1 241,5	1 217,1	1 277,6
Staat	1 009,1	1 059,1	1 105,1	488,7	520,3	514,2	544,9	536,7	568,4
Anlageinvestitionen	903,7	955,2	1 022,4	437,2	466,6	454,8	500,4	489,0	533,4
Ausrüstungen	265,9	284,6	308,3	126,3	139,6	131,8	152,8	144,5	163,8
Bauten	458,8	479,1	509,7	225,3	233,5	231,5	247,6	246,7	263,0
Sonstige Anlageinvestitionen	179,0	191,5	204,5	85,6	93,4	91,5	100,0	97,8	106,7
Vorratsveränderung[3]	79,4	89,6	90,1	43,4	36,0	59,6	30,0	54,9	35,1
Inländische Verwendung	4 352,3	4 526,2	4 712,3	2 123,7	2 228,6	2 209,4	2 316,8	2 297,7	2 414,5
Außenbeitrag	113,7	97,4	80,1	68,8	44,9	58,9	38,6	52,0	28,0
Exporte	1 808,6	1 831,5	1 882,1	904,9	903,7	902,3	929,2	929,3	952,8
Importe	1 694,9	1 734,1	1 802,0	836,1	858,8	843,4	890,6	877,3	924,7
Bruttoinlandsprodukt	**4 466,0**	**4 623,7**	**4 792,3**	**2 192,5**	**2 273,5**	**2 268,3**	**2 355,4**	**2 349,7**	**2 442,6**
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	4,2	3,3	3,4	4,3	4,0	3,2	3,5	3,5	3,3
Private Haushalte[2]	3,4	2,6	3,0	3,5	3,2	2,3	3,0	3,1	2,9
Staat	6,0	5,0	4,3	6,3	5,8	5,2	4,7	4,4	4,3
Anlageinvestitionen	2,0	5,7	7,0	1,2	2,9	4,0	7,3	7,5	6,6
Ausrüstungen	−0,5	7,0	8,3	−2,4	1,4	4,3	9,5	9,7	7,2
Bauten	1,8	4,4	6,4	1,3	2,3	2,8	6,0	6,5	6,2
Sonstige Anlageinvestitionen	6,6	7,0	6,8	6,6	6,6	6,8	7,1	6,9	6,7
Inländische Verwendung	4,5	4,0	4,1	4,7	4,3	4,0	4,0	4,0	4,2
Exporte	0,8	1,3	2,8	0,2	1,5	−0,3	2,8	3,0	2,5
Importe	4,0	2,3	3,9	4,9	3,0	0,9	3,7	4,0	3,8
Bruttoinlandsprodukt	**3,2**	**3,5**	**3,6**	**2,7**	**3,6**	**3,5**	**3,6**	**3,6**	**3,7**
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 747,5	2 780,7	2 817,2	1 354,7	1 392,8	1 367,0	1 413,7	1 386,1	1 431,2
Private Haushalte[2]	1 912,9	1 925,9	1 945,5	942,1	970,9	944,2	981,7	954,8	990,7
Staat	835,2	855,6	872,7	413,0	422,2	423,3	432,3	431,8	440,9
Anlageinvestitionen	697,9	720,5	750,2	338,3	359,6	344,2	376,4	360,2	390,1
Ausrüstungen	223,1	234,2	246,5	105,9	117,1	108,7	125,5	115,9	130,6
Bauten	320,7	326,0	337,2	158,2	162,5	158,4	167,6	164,1	173,1
Sonstige Anlageinvestitionen	158,4	165,9	172,8	75,7	82,7	79,3	86,7	82,7	90,2
Inländische Verwendung	3 512,7	3 576,7	3 642,3	1 728,6	1 784,1	1 754,1	1 822,6	1 789,4	1 852,9
Exporte	1 489,1	1 506,3	1 532,1	743,1	746,0	744,0	762,2	758,8	773,3
Importe	1 392,1	1 427,5	1 461,6	682,8	709,4	696,8	730,7	714,8	746,8
Bruttoinlandsprodukt	**3 607,0**	**3 653,1**	**3 710,7**	**1 787,6**	**1 819,4**	**1 800,0**	**1 853,1**	**1 832,0**	**1 878,7**
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	1,3	1,2	1,3	1,5	1,0	0,9	1,5	1,4	1,2
Private Haushalte[2]	0,8	0,7	1,0	1,0	0,6	0,2	1,1	1,1	0,9
Staat	2,3	2,4	2,0	2,6	1,9	2,5	2,4	2,0	2,0
Anlageinvestitionen	−0,6	3,2	4,1	−1,5	0,3	1,7	4,7	4,6	3,6
Ausrüstungen	−2,3	5,0	5,3	−4,3	−0,5	2,6	7,1	6,7	4,1
Bauten	−1,2	1,7	3,4	−1,9	−0,6	0,1	3,2	3,6	3,2
Sonstige Anlageinvestitionen	3,9	4,7	4,2	3,9	4,0	4,7	4,8	4,3	4,0
Inländische Verwendung	1,6	1,8	1,8	2,0	1,3	1,5	2,2	2,0	1,7
Exporte	−0,2	1,2	1,7	−1,6	1,2	0,1	2,2	2,0	1,5
Importe	3,5	2,5	2,4	3,3	3,6	2,1	3,0	2,6	2,2
Bruttoinlandsprodukt	**0,2**	**1,3**	**1,6**	**0,0**	**0,4**	**0,7**	**1,9**	**1,8**	**1,4**

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2027

	2025	2026	2027	2025		2026		2027	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020 = 100)									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben[2]	2,5	1,9	1,9	2,5	2,6	2,1	1,8	1,9	2,0
Konsumausgaben des Staates	3,7	2,5	2,3	3,5	3,8	2,7	2,3	2,3	2,3
Anlageinvestitionen	2,6	2,4	2,8	2,7	2,5	2,2	2,5	2,7	2,8
Ausrüstungen	1,9	2,0	2,9	2,0	1,9	1,7	2,2	2,8	3,0
Bauten	3,1	2,7	2,9	3,2	3,0	2,6	2,8	2,8	2,9
Exporte	1,0	0,1	1,0	1,7	0,3	−0,4	0,6	1,0	1,1
Importe	0,5	−0,2	1,5	1,6	−0,6	−1,2	0,7	1,4	1,6
Bruttoinlandsprodukt	**3,0**	**2,2**	**2,0**	**2,7**	**3,2**	**2,7**	**1,7**	**1,8**	**2,3**
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Milliarden Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	3 130,9	3 226,7	3 335,7	1 532,3	1 598,6	1 575,4	1 651,3	1 625,7	1 709,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	439,1	457,9	478,5	212,8	226,3	222,2	235,6	231,8	246,6
Bruttolöhne und -gehälter	2 036,9	2 103,9	2 180,0	972,8	1 064,1	1 008,3	1 095,6	1 044,6	1 135,4
Übrige Primäreinkommen[4]	654,9	665,0	677,2	346,7	308,3	344,9	320,1	349,3	327,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	576,1	613,0	640,4	271,6	304,5	292,3	320,7	307,4	333,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	**3 707,0**	**3 839,8**	**3 976,1**	**1 803,9**	**1 903,1**	**1 867,7**	**1 972,1**	**1 933,1**	**2 043,0**
Abschreibungen	917,9	948,5	986,7	456,9	461,1	471,2	477,3	489,7	497,0
Bruttonationaleinkommen	**4 625,0**	**4 788,3**	**4 962,8**	**2 260,8**	**2 364,2**	**2 338,9**	**2 449,4**	**2 422,8**	**2 540,1**
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3 296,1	3 419,4	3 542,6	1 596,3	1 699,8	1 655,2	1 764,1	1 713,4	1 829,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	820,1	857,6	884,1	410,7	409,4	424,7	432,9	436,9	447,1
Arbeitnehmerentgelt	2 476,0	2 561,7	2 658,5	1 185,6	1 290,3	1 230,5	1 331,2	1 276,4	1 382,1
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	3,6	3,1	3,4	3,7	3,4	2,8	3,3	3,2	3,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	6,9	4,3	4,5	7,3	6,6	4,4	4,1	4,3	4,7
Bruttolöhne und -gehälter	4,6	3,3	3,6	4,6	4,6	3,7	3,0	3,6	3,6
Übrige Primäreinkommen[4]	−1,5	1,5	1,8	−0,8	−2,4	−0,5	3,9	1,3	2,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,7	6,4	4,5	−2,7	5,9	7,6	5,3	5,2	3,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	**3,3**	**3,6**	**3,6**	**2,7**	**3,8**	**3,5**	**3,6**	**3,5**	**3,6**
Abschreibungen	3,3	3,3	4,0	3,4	3,2	3,1	3,5	3,9	4,1
Bruttonationaleinkommen	**3,3**	**3,5**	**3,6**	**2,8**	**3,7**	**3,5**	**3,6**	**3,6**	**3,7**
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3,0	3,7	3,6	2,0	4,0	3,7	3,8	3,5	3,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	−2,6	4,6	3,1	−6,1	1,1	3,4	5,7	2,9	3,3
Arbeitnehmerentgelt	5,0	3,5	3,8	5,1	4,9	3,8	3,2	3,7	3,8
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Milliarden Euro									
Masseneinkommen	2 058,2	2 120,8	2 189,1	989,1	1 069,1	1 024,7	1 096,1	1 059,7	1 129,4
Nettolöhne- und -gehälter	1 409,8	1 448,8	1 494,1	666,3	743,6	688,9	759,9	712,2	781,9
Monetäre Sozialleistungen	834,9	866,7	896,7	414,7	420,2	432,4	434,4	447,3	449,5
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen[5]	186,6	194,7	201,8	91,9	94,7	96,6	98,2	99,8	102,0
Übrige Primäreinkommen[4]	654,9	665,0	677,2	346,7	308,3	344,9	320,1	349,3	327,9
Sonstige Transfers (Saldo)[6]	−138,5	−143,1	−146,1	−64,9	−73,6	−65,6	−77,4	−67,0	−79,1
Verfügbares Einkommen	**2 574,6**	**2 642,7**	**2 720,2**	**1 270,9**	**1 303,8**	**1 303,9**	**1 338,8**	**1 342,0**	**1 378,2**
Nachrichtlich:									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	61,2	61,4	61,6	29,6	31,5	29,7	31,6	29,9	31,7
Konsumausgaben	2 360,0	2 422,3	2 494,7	1 154,4	1 205,7	1 180,8	1 241,5	1 217,1	1 277,6
Sparen	275,7	281,8	287,1	146,2	129,6	152,9	128,9	154,7	132,4
Sparquote in Prozent[7]	10,5	10,4	10,3	11,2	9,7	11,5	9,4	11,3	9,4
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	4,1	3,0	3,2	4,2	4,0	3,6	2,5	3,4	3,0
Nettolöhne- und -gehälter	4,0	2,8	3,1	3,8	4,2	3,4	2,2	3,4	2,9
Monetäre Sozialleistungen	5,4	3,8	3,5	6,0	4,8	4,3	3,4	3,4	3,5
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen[5]	9,2	4,4	3,6	9,5	8,8	5,1	3,6	3,3	3,9
Übrige Primäreinkommen[4]	−1,5	1,5	1,8	−0,8	−2,4	−0,5	3,9	1,3	2,4
Verfügbares Einkommen	**2,5**	**2,6**	**2,9**	**2,6**	**2,5**	**2,6**	**2,7**	**2,9**	**2,9**
Konsumausgaben	3,4	2,6	3,0	3,5	3,2	2,3	3,0	3,1	2,9
Sparen	−4,7	2,2	1,9	−5,1	−4,3	4,6	−0,5	1,2	2,7

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2027

	2025	2026	2027	2025		2026		2027	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates[8]									
a) Milliarden Euro									
Einnahmen									
Steuern	1 032,8	1 070,6	1 110,3	511,5	521,3	529,0	541,6	548,7	561,6
direkte Steuern	570,6	593,3	617,2	282,3	288,3	292,6	300,7	303,9	313,4
indirekte Steuern	462,2	477,3	493,1	229,2	233,0	236,4	240,9	244,8	248,3
Nettosozialbeiträge	820,0	859,4	902,0	398,4	421,7	418,3	441,1	438,0	464,0
Vermögenseinkommen	31,1	32,0	33,1	15,6	15,5	15,9	16,1	16,6	16,5
Laufende Übertragungen	31,6	32,4	32,8	14,2	17,4	14,6	17,7	14,9	18,0
Vermögenstransfers	24,3	21,5	22,2	12,1	12,2	9,7	11,8	9,6	12,6
Verkäufe	196,0	206,1	215,5	91,3	104,7	95,4	110,7	100,1	115,4
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	**2 136,0**	**2 222,1**	**2 316,2**	**1 043,2**	**1 092,8**	**1 083,0**	**1 139,2**	**1 127,9**	**1 188,3**
Ausgaben									
Vorleistungen	289,5	308,2	326,3	132,0	157,5	139,7	168,5	148,9	177,4
Arbeitnehmerentgelte	384,8	402,7	419,0	185,6	199,3	194,3	208,4	201,9	217,1
Soziale Sachleistungen	413,4	433,1	449,6	203,7	209,7	215,0	218,1	223,3	226,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	50,9	55,1	59,7	25,1	25,8	27,5	27,6	29,8	30,0
Subventionen	51,2	56,9	59,6	21,5	29,7	23,9	33,0	25,1	34,5
Monetäre Sozialleistungen	749,4	778,4	805,4	372,1	377,4	388,3	390,1	401,7	403,7
Sonstige laufende Transfers	94,0	105,4	107,5	45,9	48,1	51,4	54,0	52,3	55,2
Bruttoinvestitionen	138,9	155,4	173,0	59,9	79,0	66,7	88,7	74,6	98,5
Vermögenstransfers	78,1	82,8	87,7	29,2	48,8	31,1	51,8	33,0	54,8
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	−0,4	−0,3	−0,3	−0,3	−0,1	−0,1	−0,1	−0,2	−0,1
Sonstige Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Insgesamt	**2 250,2**	**2 378,0**	**2 487,9**	**1 074,9**	**1 175,3**	**1 137,9**	**1 240,1**	**1 190,6**	**1 297,4**
Finanzierungssaldo	−114,2	−155,8	−171,8	−31,7	−82,5	−55,0	−100,9	−62,6	−109,1
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	3,6	3,7	3,7	5,2	2,2	3,4	3,9	3,7	3,7
direkte Steuern	3,2	4,0	4,0	4,8	1,7	3,7	4,3	3,8	4,2
indirekte Steuern	4,2	3,3	3,3	5,6	2,8	3,1	3,4	3,6	3,1
Nettosozialbeiträge	8,4	4,8	5,0	8,9	7,9	5,0	4,6	4,7	5,2
Vermögenseinkommen	−8,9	3,1	3,3	−11,0	−6,7	2,2	3,9	4,1	2,6
Laufende Übertragungen	0,7	2,5	1,3	2,3	−0,6	2,8	2,2	1,5	1,2
Vermögenstransfers	19,8	−11,5	3,2	31,6	10,0	−20,3	−2,7	−0,9	6,6
Verkäufe	5,8	5,1	4,6	6,8	5,0	4,4	5,8	5,0	4,2
Sonstige Subventionen	−20,4	−0,2	0,0	−6,1	−30,8	−0,5	0,0	−0,2	0,2
Insgesamt	**5,5**	**4,0**	**4,2**	**6,6**	**4,5**	**3,8**	**4,2**	**4,2**	**4,3**
Ausgaben									
Vorleistungen	3,2	6,5	5,9	3,4	3,1	5,8	7,0	6,6	5,3
Arbeitnehmerentgelte	7,7	4,6	4,0	8,2	7,2	4,7	4,6	3,9	4,2
Soziale Sachleistungen	6,9	4,7	3,8	7,2	6,7	5,5	4,0	3,9	3,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	11,0	8,3	8,5	9,4	12,6	9,3	7,2	8,4	8,5
Subventionen	−5,5	11,0	4,8	−16,9	5,0	11,1	11,0	5,0	4,6
Monetäre Sozialleistungen	5,6	3,9	3,5	6,3	5,0	4,4	3,4	3,5	3,5
Sonstige laufende Transfers[9]	4,2	12,1	2,0	4,7	3,8	12,1	12,1	1,8	2,2
Bruttoinvestitionen	5,8	11,8	11,3	4,2	7,0	11,3	12,3	11,7	11,0
Vermögenstransfers[9]	−7,1	6,1	5,9	−21,3	4,2	6,3	6,0	6,0	5,8
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen[9]	−784,2	−32,9	4,1	134,8	−182,3	−44,1	−12,0	3,4	4,9
Sonstige Produktionsabgaben[9]	5,4	0,0	0,2	8,7	2,4	−0,1	0,0	0,1	0,3
Insgesamt	**5,2**	**5,7**	**4,6**	**4,7**	**5,6**	**5,9**	**5,5**	**4,6**	**4,6**

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.
2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
4 Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.
5 Einschließlich verbrauchsnaher Steuern.
6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.
7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.
8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Milliarden Euro.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); DIW-Konjunkturprognose Winter 2025.

© DIW Berlin 2025

IMPRESSUM

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 E-Mail: kundenservice@diw.de
92. Jahrgang 12. Dezember 2025

Herausgeber*innen
Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion
Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann; Kristina van Deuverden

Lektorat
Dr. Alexander Schiersch

Redaktion
Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer; Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung
Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter **www.diw.de/wochenbericht** abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter **www.diw.de/wb-anmeldung**

ISSN 1860-8787
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).